



KOMMUNAL

GEMEINDEN . GESTALTEN . ÖSTERREICH .



**45 SEITEN NACHLESE
SONDERTEIL**



Beim Hochfest der
Kommunalpolitik
in Dornbirn
zeigten Österreichs
Bürgermeister
Geschlossenheit
und Stärke.

Seite 6

Im Zeichen der Digitalisierung

Die echte Breitband-Anbindung ist eine Überlebensfrage
für Gemeinden. Eine Umfrage, an der mehr als 600
Bürgermeister und Amtsleiter teilgenommen haben,
unterstreicht das deutlich.

ab Seite 52

KOMMUNAL
KREDIT DIREKT

DIREKT MEHR ERTRAG

Sichern Sie sich direkt mehr Ertrag mit unseren Termineinlagen.

Neben attraktiven Zinsen bietet Ihnen unsere Online-Plattform eine einfache, schnelle und kostenfreie Abwicklung.

JETZT DIREKT ANLEGEN

www.kommunalkreditdirekt.at

Das Veranlagungsangebot der Kommunalkredit
für Gemeinden und Unternehmen.

Hotline: +43 1 / 31 6 31-750 | kommunalkreditdirekt@kommunalkredit.at



Attraktive
Zinsen

GEMEINDETAG UND DIGITALE INFRASTRUKTUR

SOLIDARITÄT AM WEG IN DIE ZUKUNFT GEFORDERT



Der Österreichische Gemeindetag in Dornbirn stand ganz im Zeichen der kommunalen Daseinsvorsorge und der Bedeutung der digitalen Infrastruktur für die Zukunft aller Gemeinden in unserem Land. In Gesprächen mit Medien, in den Diskussionen der Fachtagung und in den Hauptreden am Freitag drehte sich alles um die Frage, wie wir gemeinsam die digitale Zukunft meistern können. Für uns war und ist klar: Die digitale Infrastruktur muss Aufgabe der öffentlichen Hand werden. Denn sie ist heute genauso wie Kanal, Wasser, Straßen und Strom eine wesentliche Existenzfrage für Gemeinden und Bürger. Und vor 50 Jahren hätte auch keiner gesagt, wir bauen den Kanal, die Wasserleitung, die Stromversorgung und Straßen nur dort, wo es sich auch finanziell auszahlt. Es war völlig klar, dass alle Regionen und Gemeinden diese Infrastruktur brauchen, und in gemeinsamen Anstrengungen haben wir uns darum gekümmert. So soll es nun auch bei der digitalen Infrastruktur sein!

Der Bundesvorstand des Gemeindebundes hat dazu im Vorfeld des Gemeindetages einstimmig eine Resolution verabschiedet und gesamtstaatliche Anstrengungen eingefordert, die den flächendeckenden raschen Breitbandausbau ermöglichen. Unser Vorschlag wurde von zahlreichen Landes- und Bundespolitikern wohlwollend aufgenommen. In ihren Reden am Freitag haben Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Finanzminister Hartwig Löger und Landeshauptmann Markus Wallner den erfolgreichen und richtigen Weg der Gemeinden hervorgehoben und die Solidarität zwischen den Gebietskörperschaften auf dem Weg in die Zukunft eingemahnt.

Der Gemeindetag ist in den letzten 65 Jahren zum Hochfest der Kommunalpolitik geworden. Auch in Dornbirn haben fast 2000 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter gezeigt, was Kommunalpolitik ausmacht: Zusammenarbeit und Miteinander über alle Parteigrenzen hinweg. Wenn wir zurückblicken, waren es immer die Gemeinden, die das Land in schwierigen Zeiten in eine erfolgreiche Zukunft geführt haben. Die Gemeinden und Städte sind die Wurzeln der Demokratie.

Wir können deswegen mit einer großen Portion Selbstbewusstsein sagen, dass ohne uns die anstehenden Herausforderungen nicht gemeistert werden können. Die Gemeinden sind heute mehr denn je Partner von Bund und Ländern auf Augenhöhe. Gehen wir nun gemeinsam und solidarisch die Themen an, die unsere Gemeinden und unser Land nach vorne bringen.

BÜRGERMEISTER MAG. ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes



**ZUSAMMEN-
ARBEIT UND
MITEINANDER
ÜBER ALLE
PARTEIGRENZEN
HINWEG.
DAS IST ES, WAS
KOMMUNALPOLITIK
AUSMACHT.“**

FEEDBACK, ANMERKUNGEN ODER
KOMMENTAR BITTE AN
leserbriefe@kommunal.at

EDITORIAL

Liebe Leserin,
lieber Leser,



ein funktionierendes Breitband-Internet ist die Basis dafür, dass Unternehmen sich im ländlichen Raum niederlassen können.

In fast 40 Prozent der Gemeinden gibt es die dafür nötige Glasfaserverkabelung aber noch nicht. Betroffen sind meist Orte, die ohnehin schon unter Abwanderung leiden und die dadurch noch stärker ins Hintertreffen geraten. Am Gemeindetag wurde klar, wie wichtig es ist, dass die nötige Infrastruktur möglichst rasch geschaffen wird – und zwar in allen Gemeinden des Landes.

Wie sich Gemeinden auf die neuen Rahmenbedingungen vorbereiten können, zeigte die zeitgleich mit dem Gemeindetag stattfindende Kommunalmesse. Bei zahlreichen Ausstellern informierten sich die Besucher, wie sie die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Darüber hinaus gab es auch den traditionellen Branchenmix mit allem, was Gemeinden für ihre Aufgaben benötigen.

Zahlreiche Gäste aus der benachbarten Schweiz und aus Deutschland zeigten, dass die Kommunalmesse sich auch jenseits der Grenzen einen Ruf als Informations- und Vernetzungsplattform für Gemeindevertreterinnen und -vertreter erworben hat. Dieser gute Ruf ist uns als Veranstalter eine Ehre, aber auch ein Auftrag für kommende Veranstaltungen. Ich freue mich auf ein Wiedersehen nächsten Juni in Graz.

Michael Zimmer,
Geschäftsführer Kommunalverlag



/06

Digitale Infrastruktur flächendeckend!

Der Gemeindetag, das Hochfest der Kommunalpolitik, hatte eine zentrale Forderung: Breitband für alle Gemeinden.



/52

Nicht einfach nur „eine Forderung“

Die Digitalisierung muss kommen. Aber für die Gemeinden am Land ist es mehr als eine Forderung, sondern eine Überlebensfrage.

KOMMUNAL 10C/2018



/74

Österreichs digitalste Gemeinde

Ein Blick in den Alltag von Kettenbruck



/102

Ich bin kein Sesselkleber

Stefan Bachmann, Blons im Großen Walsertal

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE 2018

Erfolgreiche Premiere bei Kaiserwetter 14

Ein digitaler Rundgang durch die Kommunalmesse überzeugt von der Innovationskraft der Aussteller

70 Jahre Vorarlberger Gemeindeverband 46

Freiwilligkeit und Überparteilichkeit sind das Motto seit der Gründung 1948

MEINUNG

Eigenverantwortung & Hausverstand gefragt 68

Walter Leiss über spannende Studienergebnisse

POLITIK & RECHT

VRV-Eröffnungsbilanz 64

Ab 1. Jänner 2019 ist die VRV 2015 von allen Gemeinden anzuwenden

Finanzierung bis 2022 sichergestellt 66

Was bedeutet die Änderung der Richtlinie zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors

GESTALTEN & ARBEITEN

Müssen Gemeinden ihre Facebook-Seite löschen? 80

Nach dem EuGH-Urteil raten Experten, erst einmal abzuwarten.

Wie WLAN-Hotspots sicher genutzt werden 82

Eine Studie des KfV zeigte unterschätzte Risiken auf

Lebensqualität im Alter und was Gemeinden tun können 97

In einer Studie wurden elf Faktoren für örtliche Lebensqualität aus der Perspektive älterer Menschen erarbeitet

LAND & LEUTE

Blons im Großen Walsertal: Ein Gemeindeporträt 105

Fortschritt durch Zusammenhalt

Mountainbike: Die Gemeindegewinner stehen fest 106

Die Salzkammergut-Trophy kürte die besten Biker aus Österreichs Gemeinden

Der Paradigmenwechsel ist schon im Gang 108

Die renommierte „Branchenkonferenz Behörden“ brachte erstaunliche Einblicke in den Stand der Digitalisierung

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Altstoff Recycling Austria AG	25	KS Kompetenz und Service	
BLACHERE Illumination GmbH	85	Steuerberatungs GmbH & CO KG	24
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus	72	Murexin GmbH	93
CONZEPT Container Modulbau & Handel GmbH	100	Österreichische Post AG	92
FTTP GmbH	39	Pappas Holding GmbH	87
HTI Schmidt`s Weyland Handelsgesellschaft mbH	88	Reed Messe Salzburg G.m.b.H.	95
JENOPTIK Robot GmbH	84	Salzburg Wohnbau GmbH	89
		TRESCON Betriebsberatungsgesellschaft mbH	94
		TÜV Österreich Gruppe	90

KOMMUNAL THEMA

65. ÖSTERREICHISCHER GEMEINDETAG

Klare Worte an die
Bundesregierung



„WIR FORDERN DIGITALE INFRASTRUKTUR FLÄCHENDECKEND“

„Infrastruktur darf nicht nur dort gebaut werden, wo es sich für Unternehmen finanziell auszahlt!“ Das stellte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl beim 65. Österreichischen Gemeindetag vor rund 2000 Delegierten klar. Wichtig war ihm dabei, dass ALLE Gemeinden – auch solche in ungünstigen Lagen – eine leistungsfähige Anbindung an Breitband-Internet bekommen müssen.

KLARE ANSAGE AM GEMEINDETAG

„WIR MÜSSEN ES JETZT AUF DIE REIHE KRIEGEN“

Bei der Haupttagung des Gemeindetages verlangte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl einen raschen Ausbau der Breitbandversorgung in allen österreichischen Gemeinden.

Es darf keine Rosenzweigenpickerei der Telekom-Unternehmen geben. Es kann nicht sein, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden“, stellte Gemeindebund-Chef Riedl klar. Er verlangte, dass die Politik dort eingreift, wo der Markt den Standortwettbewerb verzerrt. Der Bund müsse aktiv werden und die digitale Infrastruktur zur Daseinsvorsorge erklären. „Breitbandinfrastruktur gehört in die öffentliche Hand“, so Riedl.

Riedl wehrte sich in seiner Rede auch gegen ein Abschieben von Belastungen und Aufgaben auf die Gemeinden, etwa in den Bereichen soziale Wohlfahrt, Schulen, Kinderbetreuung oder in der Pflege. Man habe wie beim Stabilitätspakt den Wunsch, künftig auch bei 15a-Vereinbarungen, „wo es uns betrifft“, gesetzlich verankerter Vertragspartner zu sein. Das sei etwa bei der Abschaffung des Pflegeregresses „übersehen“ worden. In der Pflege fehle weiter ein Gesamtkonzept. In Hinblick auf die Mindestsicherungsreform erklärte Riedl, es sei „völlig ausgeschlossen“, dass die Gemeinden die Mehrkosten trügen. Die soziale Wohlfahrt belaste die Gemeindebudgets bereits stark, „wir sind am Limit“.

Er bedankte sich bei den 1150 Städten und Gemeinden, die den Gemeindebund mit Resolutionen zum Pflegeregress im Frühjahr unterstützt haben: „Wir stehen zum Pflegeregress an sich, nur wurde hier nicht weiter als bis zum Wahltag gedacht. Der lautstarke Protest der Gemeinden war deswegen notwendig und hat schließlich Wirkung gezeigt.“ Die entstanden Kosten werden nun ersetzt.

Im Bereich Bildung, wo eine Entflechtung dringend nötig sei, wehrte er sich gegen das

Abschieben von Kosten auf die Schulerhalter. Wenn der Bund die Digitalisierung der Schulen verordne, müsse er diese auch bezahlen. Er verstehe den Wunsch nach einer Steuerreform, doch Partnerschaft sei keine Einbahnstraße, sagte Riedl mit Blick auf die Grundsteuer. Man habe Vorschläge gemacht, nun sei das Finanzministerium am Zug. Bei der Steuerreform habe er seitens des Bundes die Zusage, „dass es keine Reform zulasten Dritter“ geben werde.

Bund soll Breitbandausbau übernehmen.

Riedl verlangte neuerlich, dass der Bund für den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur sorgt. Das habe man bisher den Privaten überlassen, die für sie unrentable Gemeinden im Netzausbau außen vor lassen. Was vor Jahren Strom oder Kanal gewesen sei, sei nun die digitale Infrastruktur. Nur so ließe sich in Gemeinden Abwanderung verhindern. Er spüre nun seitens des Bundes das ehrliche Bemühen, „es jetzt auf die Reihe zu kriegen“.

„Die Gemeinden sind die Wurzeln der Demokratie und die Grundsäulen der Republik – ohne uns geht in diesem Land nichts. Es waren immer die Gemeinden, die das Land aus schwierigen Zeiten in eine erfolgreiche Zukunft geführt haben“, erklärte Riedl die politische Bedeutung der Gemeinden. „Dieses Selbstverständnis gilt es zu erhalten und auch weiter zu stärken, denn die kommunale Selbstverwaltung ist der Erfolgsgarant für unser Land und unsere Demokratie. Immerhin engagieren sich ja auch fast 40.000 Gemeindevorstandinnen und Gemeindevorstände in den 2098 Gemeinden“, so Riedl.



Wenn wir entlasten wollen, müssen wir es auch **miteinander finanzieren.**“

Markus Wallner zu Steuerreformplänen.



Wir werden euch nicht im Stich lassen, großes Ehrenwort meinerseits.“

Hartwig Löger, Finanzminister, gibt den Gemeinden sein Wort für mehr Unterstützung beim Breitbandausbau.



Demokratie wird auf allen Ebenen gelebt.“

Wolfgang Sobotka über die Bedeutung der Gemeinden als „Keimzelle der Demokratie“.



Wir sind am Limit.“

Alfred Riedl zur Situation der Gemeinden, die durch das ständige Abschieben von Belastungen und neuen Aufgaben an den Rand der Leistungsfähigkeit gedrängt wurden.

Ein Ende der Schuldenpolitik. Finanzminister Hartwig Löger sicherte seine Unterstützung dabei zu: „Wir werden euch nicht im Stich lassen, großes Ehrenwort meinerseits.“ Gemeinden und Länder seien für den Bund Vorbild in der Haushaltspolitik. So werde der Bund 2019 erstmals seit 65 Jahren einen Überschuss erwirtschaften. Löger versprach, die Gemeinden und Länder auch in der Diskussion um eine Steuerentlastung als Partner einzuladen. Es gehe darum, sich „richtig und gut“ abzustimmen. Löger bat zudem um Verständnis für Maßnahmen, die die Gemeinden auf Einnahmenseite berühren könnten. Etwa über den Familienbonus würden dafür Mittel frei, die in die Gemeinden zurückfließen. Die Steuerreform werde neben der monetären Entlastung in Höhe von rund 5,5 Milliarden Euro auch eine Vereinfachung des Systems beinhalten. Großes Einsparungspotenzial ortete Löger in der Verwaltung, daraus hole man sich Spielräume für Investitionen, etwa für den Digitalausbau.

„Gemeinden vermitteln Heimatgefühl“. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sprach bei der Festveranstaltung über den digitalen Wandel. Er machte dabei deutlich, dass auch bisher unterentwickelte Gesellschaften schnell aufholen und an die Spitze der technologischen Entwicklung gelangen können.

Länder wie Österreich können sich daher nicht zurücklehnen, sondern müssen ständig versuchen mit der Entwicklung mitzuhalten, so Sobotka. Den Gemeinden komme dabei eine wichtige Funktion zu, weil sie den Menschen jenes Heimatgefühl vermitteln, das man braucht, um Innovationen entwickeln zu können.

„Demokratie findet nicht abgehoben im Parlament statt. Demokratie wird auf allen Ebenen gelebt, nicht zuletzt in der Gemeinde. Daher sind für mich die 2098 Gemeinden eine Art Keimzelle der Demokratie“, betonte Sobotka. »



Es geht darum, sich
**gut miteinander
abzustimmen.“**

Hartwig Löger, Finanzminister,
über die Budgetpolitik

Vorbild „Zurcaroh“. Landeshauptmann Markus Wallner beschwor in seiner Rede die Solidarität der Gebietskörperschaften untereinander. Angesichts steigender Ertraganteile fahre man derzeit gemeinsam mit dem Lift nach oben. Wenn man sich für eine Steuerreform entscheide, werde man mit dem Lift auch ein Stück wieder hinunterfahren, also Einnahmeneinbrüche hinnehmen müssen – „um dann hoffentlich später wieder hinaufzufahren“, so Wallner. „Wenn wir entlasten wollen, müssen wir es auch miteinander finanzieren“, betonte er. Er hoffe, man werde sich in der Frage bald gemeinsam an einem Tisch finden, alle müssten eingebunden werden. Die Forderung nach dem Digitalisierungsausbau unterstütze er voll, denn nur eine funktionierende Infrastruktur wirke der Abwanderung im ländlichen Raum entgegen.

Wallner erläuterte anhand der in den USA erfolgreichen Akrobatengruppe „Zurcaroh“ die Wichtigkeit von freiwilligem Engagement. „Diese Gruppe zeigt uns, was engagierte Freiwillige alles erreichen können!“

Und auch Wallner hob die Bedeutung einer funktionierenden Infrastruktur als Standortfaktor hervor: „Wenn eine Familie entscheidet, aus einer Gemeinde wegzuziehen, weil es keine Kinderbetreuung oder keine leistungsfähige Internetverbindung gibt, dann haben wir etwas falsch gemacht“, meinte er, zeigte sich aber dar-

über erfreut, dass es in Vorarlberg keine Abwanderungstendenzen aus kleinen Gemeinden gibt. „In Ländern wie Frankreich oder Italien ist das anders. Daraus lassen sich auch die oft katastrophalen Wahlergebnisse dort erklären“, meinte Wallner.

Zentralisierungstendenzen entgegenwirken.

„Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Erfolgsmodell, wofür uns ganz Europa beneidet“, so Riedl. „Deswegen müssen wir die Eigenverantwortung und Selbstverwaltung der Kommunen weiter stärken und auch gegen Zentralisierungstendenzen in Österreich oder in der EU ankämpfen“, erklärte Riedl und fordert von der EU weniger Verordnungen und Regeln, sondern mehr Hausverstand.

Zum Abschluss bedankte sich Riedl bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie den Gemeindemandataren für ihre Arbeit für das Land und die Gemeinden: „Durch eure Unterstützung ist der Gemeindebund zum Partner auf Augenhöhe geworden. Voller Stolz und Selbstbewusstsein werden wir deswegen auch in Zukunft unsere Gemeinden gestalten.“

Traditionell folgte dann noch die Einladung zum Gemeindetag 2019, der gemeinsam mit der Kommunalmesse am **27. und 28. Juni 2019** in Graz stattfinden wird. 📍



Es waren immer die Gemeinden, die das Land aus schwierigen Zeiten **in eine erfolgreiche Zukunft** geführt haben.“

Alfred Riedl zum Selbstverständnis der Gemeinden



BUNDESVORSTAND

FINGER WEG VON GEMEINDESTEUERN

Neben dem flächendeckenden Breitbandausbau fordert der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes eine Sicherung der gemeindeeigenen Steuern.

Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes hat in seiner Sitzung am 26. September 2018 zwei für die Zukunft der Gemeinden wichtige Themen aufgegriffen und diskutiert. Daraus ergab sich eine Resolution an die Bundesregierung mit den wesentlichsten Forderungen (siehe Beitrag rechts).

Vor allem die ständigen Debatten um eine Änderung bei der Kommunalsteuer (sie soll im Wesentlichen vereinheitlicht werden), würden zur Verunsicherung beitragen. „Es muss bei den Gemeinden das ankommen, was den Gemeinden gehört“, forderte Präsident Alfred Riedl.

Und neben der fast schon traditionellen Debatte zum Zustand der Gemeindefinanzen kam diesmal auch eine Änderung der Statuten zur Sprache. Mit dieser Anpassung soll der Anteil der weiblichen Bürgermeisterinnen im Bundesvorstand und Präsidium gefördert werden. Mit Ablauf der Funktionsperiode wird diese Änderung in Kraft treten..

Im Zuge des Bundesvorstands wurde Bürgermeister Wolfgang Eder eine besondere Ehrung zuteil (Bild unten). Für sein jahrelanges Engagement für die österreichischen Gemeinden erhielt er die Ehrenmitgliedschaft und das Ehrenzeichen des Österreichischen Gemeindebundes von Präsident Alfred Riedl verliehen.



Wolfgang Eder wurde für sein langjähriges Engagement geehrt.



Die Vizepräsidenten Rupert Dworak und Hans Hingsamer waren mit Alfred Riedl einig: Breitband muss als Daseinsvorsorge gelten.

RESOLUTION:

Daseinsvorsorge Breitband

„Breitbandinfrastruktur ist nur als Daseinsvorsorge eine Chance für den ländlichen Raum.“ Die Resolution des 65. Österreichischen Gemeindetages macht das deutlich. Nicht nur Breitband als Daseinsvorsorge ist Inhalt der Resolution. Auch die **dauerhafte Sicherung der Gemeindefinanzierung und die Vermeidung einer Unterhöhlung der kommunalen Selbstverwaltung durch Sicherung der gemeindeeigenen Selbstverwaltung** wurden deutlich angesprochen.

Die Resolution im Wortlaut auf <https://kommunal.at/artikel/breitband-muss-es-fuer-alle-geben> oder Sie folgen dem QR-Code rechts.



Gemeindetags-Splitter



Delegation besucht Liechtenstein

Kommunalvertreter aus Liechtenstein, der Schweiz und Österreich trafen sich im Vorfeld des Österreichischen Gemeindetages zum Austausch. Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl war beeindruckt: „Hier sind die Dimensionen schon etwas anders. Die österreichischen Gemeinden, die von der Größe mit Liechtenstein durchaus vergleichbar sind, können vom liechtensteinischen Budget nur träumen.“ Mehr auf www.gemeindebund.at



Auf der Hohentwiel, dem einzigen Schaufelraddampfer am Bodensee, entspannte der Bundesvorstand im Vorfeld des 65. Österreichischen Gemeindetages. Der betagte Dampfer – 1913 war der Stappellauf – brachte den hohen Besuch sicher nach Hard, wo der Vorarlberger Verbandspräsident Harald Köhlmeier die Gäste empfing.

Treffen der Bürgermeisterinnen

Zu einem spontanen Treffen der Bürgermeisterinnen kam es auf der Kommunalmesse. Gemeindebund-Chef Alfred Riedl unterbrach seinen Messerundgang und eilte zu den Damen ins „Gemeindetags-Café“.



KOMMUNAL THEMA

DIE KOMMUNALMESSE

Aussteller, Promis,
jede Menge Besucher,
Kaiserwetter, gute
Laune: Vorarlberg halt.

ERFOLGREICHE PREMIERE BEI KAISERWETTER

Mehr als 200 Aussteller präsentierten auf rund 14.000 m² erstmals in Vorarlberg ihre innovativen und praktischen Lösungen für die Bedürfnisse des kommunalen Sektors. Internationale Konzerne und Start-ups waren genauso vertreten wie Ministerien und Verbände. Ihre Konzepte und maßgeschneiderte Lösungen für die Herausforderungen von Städten und Gemeinden in Zeiten des digitalen Wandels begeisterten rund 6000 Besucher.



1

FOTOS/Schuller, Christandl

Die Gastgeberin des 65. Gemeindetages, Dornbirns Bürgermeisterin Andrea Kaufmann, wies bei der Eröffnung darauf hin, dass ihre Stadt ein Zentrum der Vorarlberger Digitalisierungsszene ist. Unter dem Hashtag #gt2018 konnten die Besucherinnen und Besucher des Gemeindetages auf Facebook, Twitter oder Instagram posten, wenn ihnen etwas in Dornbirn unklar war oder wenn sie Fragen hatten. „Und dann werden sie sehen, wie schnell sich Einheimische melden und Insidertipps geben“, versprach Moderatorin Heidi Winsauer. Und sie hat nicht zuviel versprochen.

Der Gemeindegtag ist immer auch ein Anlass, der Öffentlichkeit klar zu machen, was Gemeinden leisten. „Ich habe gewusst, dass Gemeinden viele Aufgaben haben, aber dass es SO viele Aufgaben sind, hätte ich nicht gedacht“, gestand Winsauer.

Erstmals gab es zur Eröffnung eines Gemeindegtages Bigband-Sound. Der stimmungswalrige, blinde Sänger Georg Nussbaumer – Songcontest-Teilnehmer 1996 – und der Bigbandbandclub Dornbirn stimmten das Publikum auf die Veranstaltung ein.

Und überhaupt zum ersten Mal fand eine Kommunalmesse in Vorarlberg statt. Über 200 Aussteller haben alles geboten – nicht nur im Bereich Digitalisierung –, was Gemeinden zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben benötigen. Sowohl Aussteller als auch Besucher wurden nicht enttäuscht: Bei Kaiserwetter waren im Verlauf der Messetage rund 6000 Besucher unterwegs, dementsprechend gut war die Stimmung auch unter den Prominenten, die auf der Messe unterwegs waren – allen voran Staatssekretärin Karoline Edtstadler und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sowie jede Menge Vertreter der verschiedensten Landtage Österreichs.

KOMMUNAL war für Sie auf den kommenden Seite auf einem ausgedehnten Rundgang auf der ersten Kommunalmesse im Ländle und sagt Danke und wünscht viel Vergnügen. »



3



4

1 Blick über die Messehalle.

2 Alfred Riedl und Karoline Edtstadler auf dem Weg durch die Kommunalmesse. Rechts im Hintergrund Harald Köhlmeier, Bürgermeister von Hard am Bodensee und Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes.

3 Das herrliche Wetter machte die intensiven Beratungsgespräche bei den Reformwerken zum Vergnügen.

4 Die Ergebnisse der Begutachtung des Kommunalgeräts von Hochfilzler wurden sofort per Telefon geteilt.

IM FOKUS

KOMMUNALMESSE IM BILD

Im Mittelpunkt jeder Kommunalmesse stehen die Aussteller und ihre Produkte. Die Messe, die erstmals in Vorarlberg stattfand, kam beim Publikum sehr gut an. Das strahlende Wetter tat das seine dazu.

FOTOS // Jürg Christandl, Robert Schuller, Andreas Hussak



3



4

1 Die Aussteller des Freigeländes freute das schöne Wetter doppelt. Ein herrlicher Herbsttag lockte viele ins Freie.

2 Ein Kaffee zum Gespräch: Die ARA-Strategie ist voll aufgegangen.

3 Mittlerweile ein Fixpunkt ist das Treffen der Tiroler auf dem Stand der GemNova.



7



8



9



1



2



5



6

4 Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ist seit Jahren auf der Kommunalmesse und immer ein guter Anlaufpunkt.

5 Die Cloud-Telefonanlage von NfON ermöglicht nahtlose Integration von Systemfunktionen und war dementsprechend oft gefragt.

6 Ein Highlight der besonderen Art war die Leistungsschau der Polizeihunde und der Hundeführer der Polizei Vorarlberg.

7 Unübersehbar war die Mann- und Frauschaft von Kommunos. Genauso unübersehbar wie die Vorzüge des Angebots.

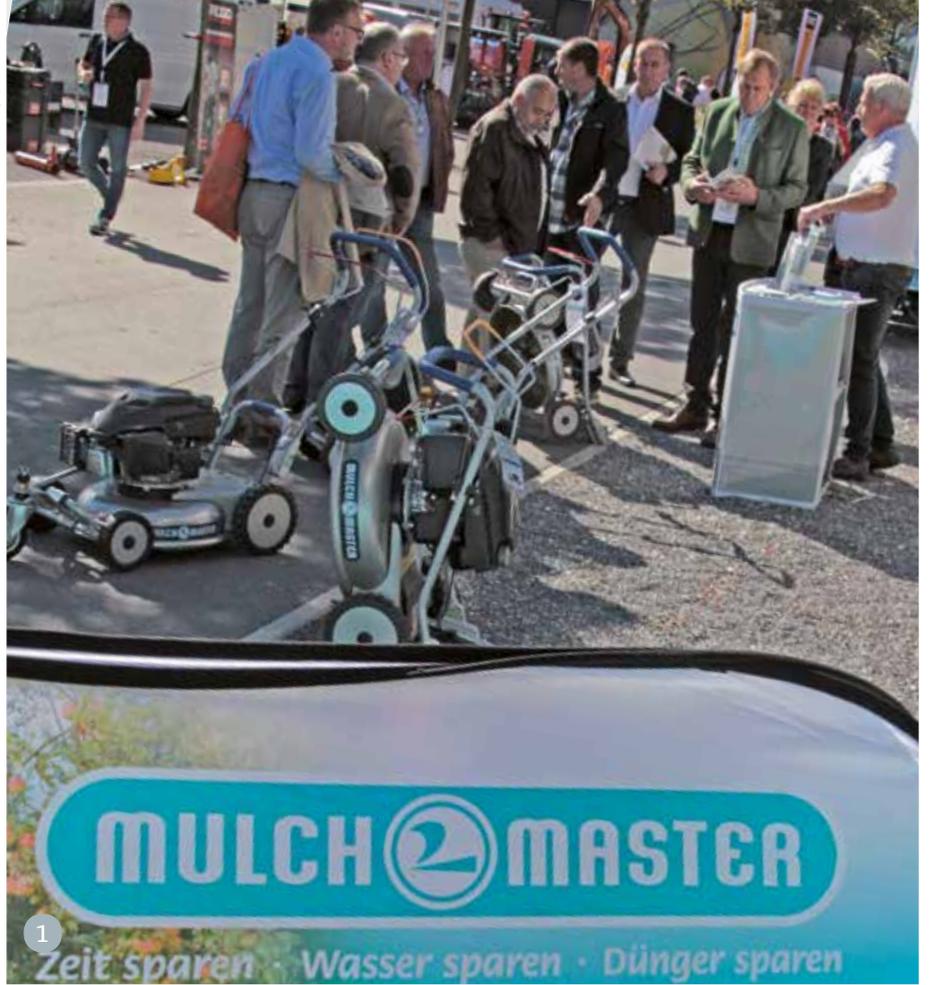
8 KOMMUNAL-Kundenberaterin Sabine Brüggemann „folgte den Schildern“ – und fand den Weg zu Bayer, dem Experten für Verkehrstechnik und Winterdienst.

9 Gleich zu Beginn der Messe war der Andrang bei der Registrierung fast schon beängstigend.

10 Großer Empfang bei der Energie Allianz.



10



1 Die Präsentation des Mulch-Masters beeindruckte und lockte viele Besucher an.

2 Große Freude bei der Kommunalkredit über den Besuch vom Gemeindebund-Chef mit Delegation.

3 Das Spiel für Groß und Klein am Stand der Raiffeisen – die Finanzangebote waren trotzdem der Hauptgrund für die vielen Besuche.

1

Zeit sparen · Wasser sparen · Dünger sparen

4 Zwei Powerfrauen im Gespräch: Staatssekretärin Karoline Edtstadler (links) plaudert mit Dornbirns Bürgermeisterin Andrea Kaufmann. In der Mitte Gemeindebund-General Walter Leiss.

5 Verkehrstechnik vom Feinsten gabs bei Boschung zu begutachten.

6 Verbund Solutions präsentierte Lösungen für die Energie von morgen.



2



3



4



5



6

DIE NEUE GENERATION IM KOMMUNALMANAGEMENT

- k5 Finanzmanagement
- k5 E-Gov – Elektronische Verwaltung
- k5 Lohn
- k5 EB – Erfassen & Bewerten
- k5 Verfahren
- k5 Wirtschaftshof
- k5 Gästemeldewesen
- k5 BI – Business Intelligence

15 Partner, **9** Länder,
1 Lösung für alle **2.098**
 Gemeinden Österreichs.

1.632 Gemeinden
 haben sich bis heute
 für k5 Finanzmanagement
 entschieden
 ... und täglich kommen neue hinzu!



Die fünf Entwicklungspartner:



Gemdat Niederösterreich
www.gemdatnoe.at



Gemdat Oberösterreich
www.gemdat.at



Kufgem
www.kufgem.at



Gemeindeinformatik
www.gemeindeinformatik.at



PSC Public Software & Consulting
www.psc.at

FACHTAGUNG

WIE WERDEN GEMEINDEN ZUKUNFTSFIT?

Die Infrastruktur ist das Rückgrat der kommunalen Daseinsvorsorge. Aber welche Infrastruktur ist nötig, damit Gemeinden attraktiv bleiben können? Diese Frage wurde bei der Fachtagung diskutiert.

TEXT // Helmut Reindl

Bei der Podiumsdiskussion war man sich einig, dass es unerlässlich ist, dass Gemeinden selbst über ihre Infrastruktur entscheiden. Bei Wasser und Gas sei das allgemein akzeptiert – „Wer will sich schon von Nestlé den Preis für Trinkwasser diktieren lassen?“ –, bei Infrastruktur wie etwa Breitband aber noch nicht, meinte Gerald Mathis vom ISK-Institut Dornbirn.

Wie es in der Praxis funktionieren kann, dass die Gemeinden, und damit die Bürgerinnen und Bürger, die Steuerungsautonomie für den Ausbau von Breitband-Infrastruktur behalten können, erläuterte Oskar Januschke von der Stadt Lienz: Die 15 Gemeinden des „Zukunftsraums Lienzer Talboden“ arbeiten am Bau eines modernen Glasfasernetzes, bei dem das Netz in Gemeindehand bleibt. Die Auswahl des jeweiligen Providers bleibt aber dem Nutzer überlassen.

Vorkaufsrecht für Grund und Boden gefordert.

Harald Köhlmeier, Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, machte darauf aufmerksam, dass auch das Vorhandensein von leistbarem Grunde und Boden ein wichtiger Faktor für die Entwicklung von Gemeinden ist. „Gerade in Tirol und Vorarlberg ist das ein großes Thema“, sagte Köhlmeier, und Gerald Mathis meinte

dazu: „Die Vorarlberger werden sich über kurz oder lang Vorarlberg nicht mehr leisten können.“

Köhlmeier begrüßte zwar, dass es in Vorarlberg kürzlich gelungen ist, Maßnahmen gegen die Hortung von Bauland zu beschließen, bedauerte aber, dass es nicht gelungen sei, ein Modell wie es etwa im deutschen Bundesbaugesetz verankert ist, zu beschließen. Dort haben Gemeinden ein Vorkaufsrecht auf Grund und Boden. „In Österreich gibt es leider nicht die gesetzliche Grundlage dafür“, appellierte Köhlmeier in Richtung von Staatssekretärin Karoline Edtstadler als Vertreterin der Bundesregierung.

Österreich soll an die 5G-Spitze. Diese verwies darauf, dass die Absicherung des Wohlstandes durch den Ausbau der Digitalisierung einer der Kernpunkte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft sei. „Die Verwaltung soll durch Digitalisierung näher an den Bürger“, so Edtstadler. Ziel sei es, den Rückstand, den Österreich bei der Versorgung mit 5G-Technologie hat, nicht nur aufzuholen, sondern sogar an die Europa-Spitze zu gelangen. „Wir stehen zur Breitband-Milliarde“, so Edtstadler, „und beim Ausbau sollen auch regionale Anbieter zum Zug kommen.“

FOTOS // Gemeindebund/Schuller



» Wir werden verpflichtet, Infrastruktur auszubauen, **ohne dass mit den Gemeinden gesprochen wird** oder dass sie Geld dafür bekommen.“

Oskar Januschke,
Abteilungsleiter Stadtmarketing, Umwelt- und Zivilschutz der Stadt Lienz



Volles Haus gab es bei der Fachtagung des Gemeindebundes, wo die Zukunft der Breitband-Versorgung in Österreich diskutiert wurde.

„Die Vorarlberger werden sich über kurz oder lang **Vorarlberg nicht mehr leisten können.**“

Harald Köhlmeier,
Präsident des Vorarlberger
Gemeindeverbandes, zum
Vorkaufsrecht für Grund und
Boden



Keine Rosinenpickerei beim Breitband-Ausbau.

Das sei derzeit nicht immer der Fall, kritisierte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, wo die drei großen Anbieter den Markt dominieren. „Beim Ausbau der Breitband-Infrastruktur darf es keine Rosinenpickerei geben“, stellte Riedl klar – dass also die Telekom-Unternehmen nur dort die Netze ausbauen, wo sie viel Geld verdienen.

Wichtig für Riedl auch: „Es darf keine Förderung für Übertragungsgeschwindigkeiten unter 100 Mbit geben.“ Bisher wurden auch Förderungen für bis zu 30 Mbit vergeben, damit auch Kupferkabel in den Genuss einer Förderung kommen können, vermutet Riedl.

Mehr Mitsprachrecht für Gemeinden. Oskar Januschke befürchtet, dass mit dem neuen

„Wer will sich schon von **Nestlé den Preis für Trinkwasser diktieren lassen?**“

Gerald Mathis,
Direktor des Instituts für
Standort-, Regional- und
Kommunalentwicklung

Telekommunikationsgesetz über die Gemeinden hinweg entschieden wird. „Wir werden verpflichtet, Infrastruktur auszubauen, ohne dass mit den Gemeinden gesprochen wird oder dass sie Geld dafür bekommen.“ Der Experte aus Lienz kritisierte, dass sich drei Anbieter den Markt teilen, die Gemeinden aber nicht einmal als Stakeholder angesehen würden. Gemeindebund-Chef Riedl blies in das selbe Horn als er meinte: „Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass nicht Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden.“

Einig war man sich, dass moderne Technologien in die Regionen gebracht werden müssen. Das sei nicht nur wichtig für das Gedeihen des ländlichen Raumes, sondern nützt auch den Städten, die unter dem steigenden Pendlerverkehr leiden. [®]



k

k
KÖNIG & LANDL

KANALTECHNIK

k

www.koenig-landl.at

Reinigung

Rioned

Inspektion

WIPEK
WinCan

Ortung

RIDGID

Sanierung

DANCUTTER

www.koenig-landl.at

www.koenig-landl.at



4

1 Der Elektro-Scooter von Scoot lockte viele interessierte Besucher an.

2 Gemeindefinanzen waren das Thema am Stand der Hypo NÖ.

3 Niederösterreich-Treffen am Stand von Fonatsch. NR-Präsident Wolfgang Sobotka (l.) und LR Karl Wilfing.

4 Straßenzustandsbewertung ist eines der Themen der Firma Kosima.

5 Präsident Riedl besuchte mit seiner Delegation auch den ÖVGW-Stand.

6 „G’standene Mannsbilder“ betreuten den Stand von Simon Voss.



5



6



Vollautomatische Fahrradverleihsysteme mit Ladestation



www.sycube.at

DEN UMSTIEG AUF DIE VRV 2015 GUT MEISTERN

MIT NEUEN KENNZAHLEN BESSEREN ÜBERBLICK GEWINNEN



Beim Umstieg auf die VRV 2015 stellt sich schon zu Beginn beim Bewerten die Frage: Passen die angenommenen Werte und worauf kommt es an? Wie steht meine Gemeinde insgesamt da?

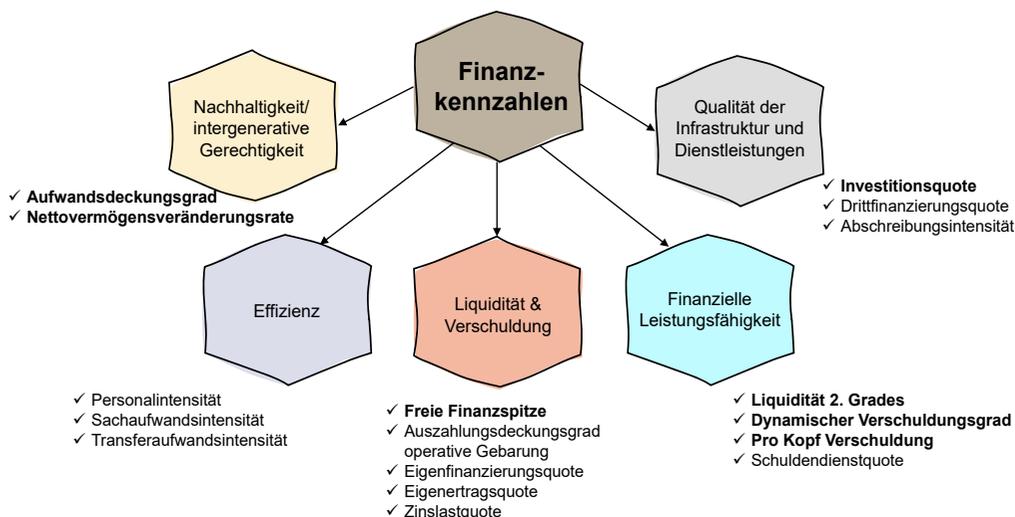
Die VRV 2015 führt dazu, dass Gemeindefinanzen rasch aus drei Blickwinkeln beurteilt werden können.

- Sind wir im laufenden Betrieb ausreichend liquide?
- Decken unsere Erträge auch den Verbrauch ab?
- Sind wir in der Lage, das Gemeindevermögen zu erhalten?

Die VRV 2015 verlangt unter anderem die Berücksichtigung von Abschreibungen. Die Aussagekraft des Rechnungswesens soll mit dieser und anderen Neuerungen erhöht werden. Damit sind Liquidität und Verschuldung allein nicht mehr ausreichend für die Bewertung von Gemeindefinanzen. Vielmehr ist eine breitere Analyse möglich und ein entsprechendes Kennzahlensystem notwendig.

Um eine angemessene Bewertung durchführen zu können, sind zwei Grundvoraussetzungen notwendig: Einerseits braucht es einen Orientierungsrahmen, was

IFÖR-FINANZKOMPASS FÜR EINE RASCHE ERSTANALYSE



Orientierungsrahmen zur Bestimmung der Finanzlage mit den aussagekräftigsten Kennzahlen.

gut und erstrebenswert ist. Andererseits gilt es, so bald wie möglich ein Gefühl für die Zahlen der eigenen Gemeinde zu entwickeln.

Der Orientierungsrahmen ist insbesondere in Artikel 13 Bundesverfassung festgelegt, wo von Gemeinden eine nachhaltige Haushaltsführung

verlangt wird. Nachhaltigkeit wird auch mit intergenerativer Gerechtigkeit gleichgesetzt. Diese ist erfüllt, wenn die heute aktive Generation nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt und gleichzeitig das vorhandene Vermögen erhält. Damit liegt der Fokus der Analyse auf der Ergebnisrechnung:

Die Erträge sollten zumindest mittelfristig gleich hoch oder höher als die Aufwendungen sein. Ist dies der Fall, sind sowohl der laufende Aufwand als auch die Abnutzung des vorhandenen Vermögens gedeckt und die Nachhaltigkeit erfüllt.



Andere wichtige Kriterien in der Finanzanalyse sind insbesondere

- der budgetäre Spielraum („Freie Finanzspitze“),
- die durchschnittliche Höhe der Investitionen der letzten Jahre im Vergleich zu den Abschreibungen,
- die Verschuldung im allgemeinen Haushalt und in den Gebührenhaushalten.

Für all diese Parameter gilt es ein Gefühl zu entwickeln, welcher Wert für die eigene Gemeinde als hoch oder niedrig eingeschätzt werden kann. Unabhängig von den offiziellen Fristen zum Beschluss der Eröffnungsbilanz sollte daher frühzeitig ein ungefähres Bild in Form einer „Probeeröffnungsbilanz“ gewonnen werden. Im Endeffekt gilt es jedoch die Bewertungsansätze realistisch, d. h. möglichst nahe dem tatsächlichen Wert zu wählen. Dann ist auch die Grundlage für die Erfüllung des bundesverfassungsrechtlichen Nachhaltigkeitsgebots erfüllt.

MEHR INFOS

Meszarits, V. (2017), „**Finanz-Kennzahlen für Gemeindehaushalte nach VRV 2015**“; erschienen in der RFG Schriftenreihe im Verlag Manz. Gratis herunterzuladen:

<https://gemeindegund.at/rfg-schriftenreihe-zum-thema-finanz-kennzahlen-erschienen/>



Mag. Veronika Meszarits, MBA, unterstützt gemeinsam mit Dr. Peter Pilz (BDO), Günter Toth und Ing. Andreas Schlögl (KS Steuerberatung) Gemeinden in Finanzangelegenheiten.



Institut für öffentliches Rechnungswesen
Ein Unternehmen von BDO & ICG



EXPERTEN INFORMIEREN AUF DER KOMMUNALMESSE

ARA: Partner der Kommunen

Das Team der Altstoff Recycling Austria AG stand den Besuchern im Rahmen der Kommunalmesse bei Fra-

gen zur Verpackungssammlung und darüber hinaus mit Rat und Tat zur Seite.
www.ara.at

KommunalTECHNIK









Systemkomponenten für Gemeinde, Stadt und Land




www.hennlich.at/kommunal

- 1 Der Überblick über die Halle 13 der Messe – rege Gespräche allerorts.
- 2 Extreme Schrägfahrten sind mit dem Spider möglich – und das ferngesteuert.
- 3 Am Stand der A1 zeigte der Präsident Humor und ließ sich mit einer Spielzeug-Kuh fotografieren.
- 4 Siemens trufte mit unschlagbaren Angeboten und einem umgebauten alten VW-Bus auf.
- 5 Die Bau- und Kommunalmaschinen von Bakom waren Gegenstand regen Interesses.
- 6 Für das breitgefächerte Themenfeld Kanal- und Kameratechnik hatte König & Landl ein breites Angebot wie Gaswarngeräte oder persönliche Schutzausrüstung auf Lager.





2



3



6



7



11

7 Signify, der neue Name von Philips Lighting, sorgte kurz für Verwirrung. Umso „erhellender“ die Aufklärung.

8 Gekreuzte Schwerter gab's bei den Elektrokettensägen von Stihl – alles ganz friedlich und nur fürs Foto.

9 „Das Dach – stark wie ein Stier“: Der Slogan von Prefa ist Synonym für robuste Systeme.

10 ITEK ist ein Partner der Gemeinden im Beschilderungsbereich – im Bild Geschäftsführer Karl Kaltenhauser.

11 Am Stand von VTA Umwelttechnik informierten sich der Präsident und seine Delegation über Umweltschutz und -technologie.



Beim Breitbandausbau ist Österreich Schlusslicht in Europa. Besonders der ländliche Raum ist kaum erschlossen. Dabei bietet der Anschluss an schnelles Internet besonders dort große Chancen. Lösungsansätze diskutierte der Fachverband für leitende Gemeindebedienstete deshalb gemeinsam mit Experten auf der Kommunalmesse.

Gor Brusic von der Niederösterreichischen Glasfaserinfrastrukturgesellschaft (noegig) stellte zunächst das Problem dar: Einen flächendeckenden Glasfaserausbau könne man nicht Unternehmen überlassen. Denn diese schaffen nur dort Infrastruktur, wo es sich wirtschaftlich für sie lohnt. Das schließt besonders dünn besiedelte Gebiete aus. Der Bereichsleiter Strategie und Business machte den anwesenden Bürgermeistern jedoch auch Mut. Der Glasfaserausbau sei in jeder Gemeinde öffentlich realisierbar und es gebe zahlreiche Player, die finanzielle Unterstützung bieten. „Das ist eine Herausforderung, aber sie ist machbar und essentiell wichtig für die Zukunftsfähigkeit“, ist sich der Experte sicher. Denn die Digitalisierung der Verwaltung, die Flexibilisierung der Arbeit, die Attraktivitätssteigerung des ländlichen Raums und viele weitere positive Effekte hängen maßgeblich von einer schnellen Internetverbindung ab.

Den Bürgermeistern gibt Brusic eine Rechnung an die Hand, mit der sie die Kosten für den Glasfaserausbau in ihren Gemeinden abschätzen können: Man müsse nur die Trassenlänge des Kanalnetzes mit Tiefbaukosten für 70 x 30 Zentimeter-Standardkühnette multiplizieren und den Faktor 1,3 ansetzen. „Ihr habt die Daten, rechnet es aus“, will Brusic die Anwesenden motivieren. Anderen Bundesländern rät er, so wie Niederösterreich eine Landesgesellschaft für Glasfaserausbau zu gründen. Mit allen anderen Rednern des Fachforums – Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Franz Haugensteiner, Obmann des FLGÖ, Bernhard Scharmer, Vize-Obmann des FLGÖ, Gottfried Haber, Vizedekan an der Fakultät für Gesundheit und Medizin der Donau-Universität Krems und Peter Parycek, Leiter des Kompetenzzentrums Öffentliche IT am Fraunhofer FOKUS Institut und Mitglied des deutschen Digitalrats – ist er sich einig, dass der Ausbau



Ihr habt die Daten,
rechnet es aus.“

Igor Brusic, Glasfaser-Experte der nöGiG, und sein Rat an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Abschätzung der Kosten für den Glasfaserausbau in ihren Gemeinden.



Gemeinsam können wir
den nötigen Druck erzeugen.“

Franz Haugensteiner,
Bundesobmann des FLGÖ

von der öffentlichen Hand betrieben und schnell vollzogen werden muss. „Die global-galaktische Aufgabe der Digitalisierung kommt ohne eine belastbare Infrastruktur nicht aus“, bestärkt auch Parycek. „Die Entscheider haben die Wichtigkeit des Themas mittlerweile verstanden, jetzt muss das Ding salopp gesagt nur noch verbudelt werden.“ Und dann könnte ein neuer Trend hin zur Lokalisierung angestoßen werden, meint der Wissenschaftler.

Warnung vor Stückwerk. Alfred Riedl warnt noch einmal davor, den Ausbau nicht flächendeckend stattfinden zu lassen. „Wir als Nation haben es in der Hand, die 25 Prozent Haushalte anzuschließen, die es sich für die Unternehmen nicht lohnt anzuschließen!“ Und auch Bundesobmann Hagensteiner ruft die Bürgermeister zum Handeln auf. „Gemeinsam können wir den nötigen Druck erzeugen, um den Ausbau voranzutreiben.“



Raum zum Wohlfühlen!



Ihre Vorteile:

- Flexible Raumlösungen für Kindergärten/ Schulen/Sportvereine/Jugendzentren
- Wärmedämmung mit modernsten Materialien
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Anwendungsbeispiele:

- Gruppenräume
- Aufenthalts- und Sozialräume
- Umkleieräume und Garderoben



Kontaktieren Sie uns

Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com



SENSATIONAUFTRITT VON ZURCARO

GALAABEND MIT PAUKENSCHLÄGEN

Es war das bestgehütete Geheimnis des gesamten Gemeindetages: der Auftritt der mittlerweile weltbekannten Vorarlberger Akrobatiktruppe Zurcaroh. Die aus 48 Mitgliedern bestehende österreichische Akrobatik- und Tanzgruppe aus Götzis belegte bei der größten Talenteshow der Welt, „America got Talent“, erst knapp zwei Wochen vor dem Auftritt vor den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den zweiten Platz.

Bürgermeister als Vortrommler. Das zweite Highlight des Galaabends war die Darbietung der Vorarlberger Bürgermeister-Percussion-Formation, die – angeleitet von den Profi-Trommlern der Gruppe Power Percussion – den Takt angaben. Nicht einmal Finanzminister Hartwig Löger, der am folgenden Festakt des Gemeindetags die Festrede hielt, konnte widerstehen und schwang die Trommelschlägel.





Oben: Zurcaroh begeisterten das Publikum

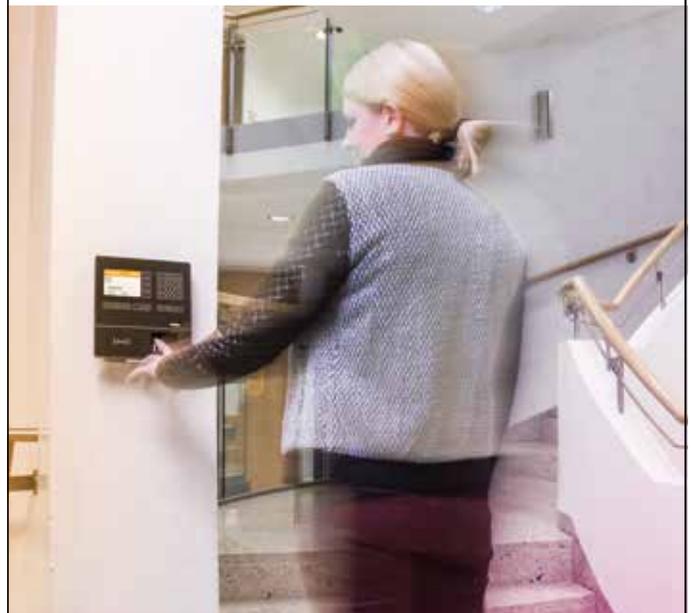
links und unten: Bei den Trommelrhythmen konnte Finanzminister Hartwig Löger nicht anders als mitmachen – und Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner filmte mit.



ZEUS®

EFFIZIENZ UND MEHRWERT

FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG



FOKUS PERSONAL

Flexible Softwaremodule und individuelles Customizing sind Erfolgsfaktoren in unseren zahlreichen Projekten im öffentlichen Dienst. Die optimale Umsetzung bedarfsgerechter und motivationsfördernder Arbeitszeiten und Dienstvereinbarungen mit der ZEUS® Zeiterfassung sind Schlüsselfaktoren unserer Lösung.

Lösungsumfang

- » **Webbasierte Zeiterfassung und Workflows**
- » **Produkt- und Leistungserfassung**
- » **Zeiterfassung im Internet oder lokal**
- » **Dienstplangestaltung**
- » **Zutrittskontrolle & digitale Schließtechnik**
- » **Kommunikation zu Lohn & Gehalt, ERP etc.**



www.isgus.at



1



2



3

HTI

HANDEL FÜR TIEFBAU
UND INDUSTRIE-TECHNIK



KOMMUNEN BRAUCHEN STARKE PARTNER!

Die Aufgaben von Kommunen und Verbänden sind anspruchsvoll und vielfältig. Zur Sicherstellung reibungsloser Abläufe ist ein starker Partner gefordert, der mit technischer Unterstützung und einer flexiblen Dienstleistung die Arbeit erleichtert. Als ein moderner Großhandel versteht sich die HTI SCHMIDT'S WEYLAND als der »smarte Partner der Kommune«.

Produkte der Versorgung, Entsorgung, Klärwerktechnik, Wasserwirtschaft, Garten- und Landschaftsbau, Straßen-

bau und den regenerativen Energien liegen für Ihre Kommune permanent bereit und werden von uns bedarfsgerecht geliefert.

Wir beraten produktneutral und übergreifend. Die baustellengerechte Belieferung wird von uns nach den Bedürfnissen der Kunden umgesetzt.

HABEN SIE NOCH FRAGEN?
Wir stehen Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

4782 SANKT FLORIAN AM INN | HAID 26 | T +43 7712 60214-0
2345 BRUNN AM GEBIRGE | WIENER STRASSE 131-133 | T +43 2236 677529-0
5101 BERGHEIM | GOTTFRIED-SCHENKER-STRASSE 1 | T +43 662 904666-676
8051 GRAZ | PLABUTSCHER STRASSE 42 | T +43 316 242908-0





1 Kein Wunder, dass der Weltmarktführer für Seilbahnen aus einem Bergland wie Österreich kommt: Auch Doppelmayr war auf der Messe.

2 Ebinger ist seit mehr als 80 Jahren professioneller Partner für Druck- und Werbetechnik, Verkehrstechnik und Autofolierung.

3 Die Post hatte eines der besten Angebote auf der Messe: Die Tagungsunterlagen nicht schleppen, sondern zustellen lassen. Kein Wunder, dass dieses Angebot sehr oft genutzt wurde.

4 „Ihre Sorgen möchten wir haben“: Die Wiener Städtische ist in allen Sparten innovativer Partner für Gemeinden. Erfahrung, verlässliche Mitarbeiter und attraktive Produkte sind die Säulen der Beratung und waren sehr gut nachgefragt.

5 Stangl hatte nicht nur im Außenbereich eine breite Palette an Kommunalfahrzeugen, sondern im Innenbereich einen Stand mit Angeboten für Reinigung und Hygiene – und wurde perfekt betreut.



 **Bundesministerium Inneres**

- Katastrophenschutz
- Melderegister
- Reisepass

www.bmi.gv.at

 **BBG**
BUNDESBESCHAFFUNG

- Ihr verlässlicher Einkaufsdienstleister für Bauhof, Feuerwehr, Schule & Verwaltung

www.bbg.gv.at

 **FAMILIE & BERUF**
MANAGEMENT GMBH

- Familie stärken
- Standortattraktivität steigern
- Zukunft sichern

www.familieundberuf.at

 **BIG** BUNDES IMMOBILIEN GESELLSCHAFT

- Bildungsbau der Zukunft
- Baumanagement & umfassende Services rund um Ihre Immobilie

www.big.at



UNSERE LEISTUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE



1



2



3

1 Energieeffizienz – die richtige Balance zwischen Komfort, Gebäudeleistung und Nachhaltigkeit erklärte Siemens.

2 ALIAXIS Utilities & Industry GmbH konzentrierte sich auf die Verbindungstechnik von PE-Rohrsystemen – und bot den Gästen eine kleine Stärkung an.

3 McWERK ist seit über vier Jahren im Bildungsbereich tätig und pezialisiert auf den Bereich iPad-Einsatz an Schulen.

4 KECKEX steht für die Entwicklung von chemiefreien Unkrautbekämpfungsanlagen basierend auf einem Heißwasserdampfgemisch.

5 Riesengroß war die Freude bei den Wasserversorgern der Gemeindewerke Telfs, als sie das Zertifikat „Audit Wasserversorger“ auf der Kommunalmesse entgegennehmen konnten.

6 Tifone Ambiente ist spezialisiert auf die Entwicklung und Produktion von fortschrittlichen und innovativen technischen Geräten zur Schädlingsbekämpfung.



4



5



6

DIE GRÖSSE DER KLEINEN.

Zusammenhalt fördert Lebensqualität und Wachstum.

Infrastruktur entwickeln und die Region als Wirtschaftsstandort ausbauen ist das Ziel. Die Größe einer Gemeinde gestalten – mit unserer langjährigen Erfahrung in der Finanzierung von Gemeindeprojekten.

Mitten im Leben. Mitten im Business.
www.bawagpsk.com/firmenkunden





VTA mudinator®

Bringt Schwung in Ihren Schlamm

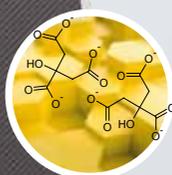
Veränderung der Schlammstruktur. Schlammigenschaften werden für Polymerzugabe optimiert. Sehr geringer Energieeinsatz.

Es findet keine Desintegration statt. Entwässerungsergebnis kann bis zu 5 %-Punkte verbessert werden. Öko? Logisch! Ökonomisch.

Reduziert Entsorgungskosten. Refinanziert in nur zwei Jahren.*



Jetzt schon ans Frühjahr denken!
Geruchsbekämpfung mit VTA Calcoferri®.



Optimierter Betrieb in Kombination mit VTA Biocitran®

Durch entstehende Synergieeffekte lässt sich der Faulschlamm noch effektiver entwässern – Polymerverbrauch verringert sich.

*Beispielrechnung: Anlage 50.000 EW, 110 m³ Schlamm/Tag, EUR 90,-/t Entsorgung, 2,5 %-Punkte TR-Steigerung

VTA Austria GmbH
VTA Technologie GmbH
Umweltpark 1
A-4681 Rottenbach
Tel: +43 7732 4133
Fax: +43 7732 2270
vta@vta.cc
www.vta.cc



3

1 Fuhrpark- & Anbaugeräte sowie Maschinen gab es bei der Mattinghofener Mauch GesmbH & Co KG, vertreten durch Marie Mauch.

2 Die Delegation zu Besuch bei Jenoptik, dem Spezialisten für mehr Verkehrssicherheit in den Gemeinden.

3 Alle wichtigen und nützlichen Informationen zum Thema des geförderten Breitbandausbaus in Österreich und zur Breitbandoffensive des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie.

4 ELEKTRO ALEX ist ein führender Hersteller und Vertreter von alternativen Installationen vor allem für Auto-Stromquellen.

5 Euronet Worldwide ist ein Branchenführer in der Verarbeitung sicherer elektronischer Finanztransaktionen.

6 Die ADEG Österreich Handels AG bündelt als Handelsfirma alle Großhandelsbeziehungen innerhalb der REWE International AG und ist auch aktiv für die Umwelt.



4



5



6

blachere
illumination

Blachere Illumination GmbH
Krenglbacherstraße 7, A-4631 Krenglbach
+43 7249 46 600
office@blachere-illumination.at



LET'S TALK ABOUT *light!*

Ihr Spezialist
für Weihnachts-
beleuchtung

© Max Steinbauer Photograph



2



1



3



4

1 Die Erste Bank & Sparkasse und Wiener Städtische waren auch dieses Jahr wieder gemeinsam auf der Kommunalmesse vertreten. Die Besucher erwarteten köstliche Salzburger Spezialitäten und anregende Gespräche

2 ROBI AG ist ein führender Anbieter kommunaler Produkte für die Hundekot- und Abfall-Entsorgung. Rund 3000 Kommunen europaweit profitieren von den ausgereiften Qualitätsprodukten.

3 PZ Pumptrack ist österreichischer Distributor des im Trend liegenden MODULAR Pumptracks, eine Topinvestition für jede familienfreundliche, gesunde Gemeinde.

4 K5: Die Gemeindefinformatik GmbH und die weiteren vier k5-Partner sind Komplettanbieter für den kommunalen Sektor. k5 Kommunalmanagement ist der neue Österreich-Standard sowie die marktführende Software für alle Bereiche der Stadt- und Gemeindeverwaltung.

5 Die Walter Bösch GmbH & Co KG agiert seit 1932 als erfolgreicher Komplettanbieter im Haustechnikbereich – ein Zukunftsmarkt für Gemeinden.



5

KOMMUNOS: PROFESSIONELL – RECHTSSICHER – EINFACH

KOMMUNALE SOFTWARE FÜR PERSONALSUCHE UND -AUSWAHL

Die explizit für den kommunalen Bedarf entwickelte Software kommunos hilft Ihnen, Ihre Personalsuche und -auswahl professionell, rechtssicher (DSGVO-konform) und einfach abzuwickeln.



Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung als Dienstleistungsbetrieb sind deren wertvollste Ressource. Darum kommt es darauf an, dass die richtigen Personen für die passenden Aufgaben ausgewählt und eingesetzt werden. Doch bei der Personalsuche und -auswahl sehen sich die Gemeinden mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert – genau hier kommt kommunos ins Spiel.

Was bietet kommunos den Gemeinden? Es wird immer schwieriger, Personal zu finden. kommunos bietet Stellenausschreibungsvorlagen für unterschiedliche kommunale Positionen sowie ein auf Ihrer Gemeinde-Website integrierbares Stellenportal. Auf diesem werden alle Ihre Ausschreibungen automatisiert veröffentlicht und Bewerber/innen können sich rasch und unkompliziert mittels Online-Bewerbungsformular bewerben. Dadurch vermitteln

Sie einen **modernen und professionellen Außenauftritt** Ihrer Gemeinde. Die damit geschaffene positive Wahrnehmung der Gemeinde als Arbeitgeber sowie die einfache und rasche Möglichkeit zur Bewerbung wird Ihre Bewerberzahlen erhöhen. Entscheidungen objektiv und transparent zu treffen wird durch die **Einbindung aller Stakeholder** (z. B. Bürgermeister, Amtsleiter, Personalbeirat usw.) in den Personalsuch- und -auswahlprozess gewährleistet. Ein integriertes Bewertungssystem sowie die Dokumentation aller Aktivitäten bis hin zum automatisierten Abschlussbericht erleichtern Ihnen diesen Prozess.

Sie behalten immer den Überblick und können mehrere Personalsuchen parallel durchführen bzw. verwalten. Dabei kommunizieren Sie direkt mit den Kandidaten/innen über das System und profitieren von einer einfachen

und übersichtlichen Darstellung von relevanten Informationen. Darüber hinaus ermöglicht Ihnen kommunos die **professionelle Verwaltung von Initiativbewerbungen**, sodass Sie im Bedarfsfall rasch auf Bewerber/innen zurückgreifen können. Auch die einfache Handhabung komplizierte Rechtsbestimmungen (z. B. DSGVO, Landesgesetze etc.) ist durch kommunos problemlos und ohne Aufwand möglich. Die Datenspeicherung erfolgt zu 100 Prozent auf deutschen Servern. Bewerber/innen erhalten automatisch alle relevanten Rechtsinformationen. Die **Bewerberkommunikation erfolgt zur Gänze über die Software**. Gemeinsam mit klar strukturierten Prozessen nach den aktuellen rechtlichen Bestimmungen sowie automatisierten Löschroutinen garantiert Ihnen kommunos eine DSGVO-konforme und rechtssichere Abwicklung Ihrer Personalsuche und -auswahl.

Macht diese Software nur für große Kommunen Sinn? NEIN – denn Sie können mit kommunos dauerhaft und kostenlos alle Bewerbungen verwalten und nutzen kommunos zusätzlich für Ihre konkreten Stellenausschreibungen – vom Amtsleiter, Mitarbeitern in der Verwaltung bis hin zum Bauhof, der Reinigungskraft oder der Kindergartenpädagogin (alle w/m). **kommunos ist für alle Kommunen DIE ideale Software-Auswahl.**

MEHR INFOS ...
bekommen Sie unter

www.kommunos.at

oder gleich direkt Angebot anfordern unter
office@kommunos.at





1



2



3



4

1 „Station by Fonatsch“ – die Design-Wartestation von Fonatsch ist mit dem „kreativ in die zukunft“-Preis 2017 ausgezeichnet und bietet neben einem tollen Design auch ansprechende Funktionalitäten.

2 Der BIG-Konzern ist mit 2201 Liegenschaften einer der größten Immobilieneigentümer in Österreich und auch in Gemeinden aktiv.

3 Um Förderungen für die Gesundheitsprojekt in der Gemeinde ging es am Stand des Fonds Gesundes Österreich. Und um „50 Tage Bewegung“.

4 Forster Verkehrs- und Werbetechnik bietet für alle Bereiche der Verkehrstechnik ausgereifte Lösungen.

5 Gemeinsam für mehr Familienfreundlichkeit: Die Familie & Beruf Management GmbH vertreten durch Anja Mayer, Bereichsleitung Presse & Öffentlichkeitsarbeit (Mitte) mit Alfred Riedl, Wolfgang Sobotka und Finanzminister Hartwig Löger.



5



z o t t e r
SCHOKOLADE

MFG™

Meine Flexible Geschäftslösung

**ZOTTER VERTRAUT AUF DIE INTERNATIONALE
KOMPETENZ VON T-MOBILE.**

Zotter zählt zu den besten Chocolatiers der Welt und stellt im beschaulichen Riegersburg in der Steiermark über 400 Sorten aus fair gehandelten Bio-Zutaten her. T-Mobile sorgt mit der All In Communication-Lösung für effiziente Abläufe und berät das Unternehmen bei der Umsetzung innovativer und digitaler Kommunikationslösungen. Erfahren Sie, wie T-Mobile auch Ihr Unternehmen dabei unterstützen kann, noch erfolgreicher zu werden, unter 0676 230676 oder auf business.t-mobile.at/mfg





- 1 Der TÜV Austria liefert mit umfassenden technischen Sicherheitsdienstleistungen den entscheidenden Mehrwert für nachhaltige, flexible und praxistaugliche Lösungen.
- 2 Jedes Jahr werden neue Infrastruktur-, Wohn- und Kulturprojekte realisiert. Mehr als 1300 Gemeinden vertrauen auf die Kompetenz und Erfahrung der BAWAG P.S.K.
- 3 Alles über Fuhrpark & Anbaugeräte, Maschinen / Geräte für Straßenbau & -erhaltung erfuhren Minister Löger und NR-Präsident Sobotka beim Zeppelin-Stand
- 4 Wer „kommunalen Fuhrpark“ sucht, wird bei FIAT Professional fündig.
- 5 Die LANDMARK Produktions- und Handelsgesellschaft mbH ist Ausrüster für Vermessungs- und Vermarktungsmaterialien.
- 6 Comm-Unity EDV GmbH ist seit 25 Jahren der innovative Full-Service-Provider für Österreichs Städte und Gemeinden.



- 7 IKARUS Security Software entwickelt Sicherheitslösungen: vom schlanken AntiVirus-Client über leistungsstarke Cloud-Services bis zu umfassenden Management-Lösungen.
- 8 Neuhauser Verkehrstechnik ist im Bereich statischer Beschilderungen und Beschriftungen für Verkehrswege, Objekte und Industrieanlagen tätig.
- 9 Das Österreichische Adressregister, der von Gemeinden geführte amtliche Adressbestand, war Thema beim BEV – Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen.
- 10 Glasfaser für Gemeinden – einfach und kostengünstig gibt es das bei FTTP.
- 11 Die UniCredit Bank Austria ist eine der führenden Banken in Österreich und bietet der Öffentlichen Hand ein umfassendes Produkt- und Serviceangebot.



1 Über 600 Modelle machen Makita zu einem führenden Anbieter auf dem Elektrowerkzeugsektor.



2 Einer der Renner auf der Messe waren die „schweren“ Fahrzeuge von Mercedes-Benz.

3 Hawle, ein 1948 gegründetes Familienunternehmen, ist weltweit führend in der Herstellung von Schwerarmaturen.



4 Die Epson GmbH bietet öffentlichen Auftraggebern Drucker, Scanner und Projektoren.



5 Sparpotenzial für Gemeinden: Wie mobile Raumsysteme Kosten reduzieren, erfuhren die Besucher bei Containex.



6 Produkte für Verkehrstechnik und -sicherheit stellte die Firma Sierzega vor.



7 UNIQA Österreich ist seit Jahren eine der bekanntesten Versicherungsmarken in Österreich.



8 Hoch hinaus ging's mit den HEMATEC Arbeitsbühnen. Die Hebebühnen ermöglichen das Arbeiten ohne Gerüst in fast jeder Höhe.

9 Klappt perfekt: Das Holzwerk Vitzthum zeigt seine Heurigen-Garnituren im Praxiseinsatz.

10 Dass Bodenmarkierungen für viel mehr als nur für die Verkehrsregulierung eingesetzt werden können, zeigt Geveko Markings mit einer bunten Palette an Zeichen, Bildern und Symbolen.

11 „GreenIce“ ist eine hochwertige Kunsteisbahn für Eislaufplätze oder fürs Eisstockschießen. Die Bahnen sind UV-stabil und für out- sowie indoor geeignet.

12 Virtual Reality selbst ausprobieren und live genießen konnte man bei Conrad Electronics, dessen Produkte über Kommunalbedarf.at erhältlich sind.

13 Mit dem Elektro-Dreirad von Bakom wurden die Shopping-Victims vom Kommunalbedarf-Stand abgeholt.



8



9



10



11



12



13



70 JAHRE VORARLBERGER GEMEINDEVERBAND

MIT SOLIDARITÄT ERREICHT MAN MEHR

Freiwilligkeit und Überparteilichkeit waren die großen Ziele, als am 24. Juni 1948 der Vorarlberger Gemeindeverband gegründet wurde.

TEXT // Hans Braun

Wie die meisten Gemeindevertreterverbände Österreichs wurde 1948 auch der Vorarlberger Verband gegründet. Und an der Wiege stand ein Dornbirner Bürgermeister, Günther A. Moosbrugger. Die Verbandsgründung im äußersten Westen des Bundesgebiets orientierte sich, erinnerte sich Moosbrugger später, an folgenden Richtlinien: „Für das Bundesland Vorarlberg habe ich darauf hingewiesen, dass sämtlich Gemeinden erfasst werden sollen, weil durch die Ausschaltung der vier Städte und größeren Marktgemeinden der Gemeindeverband seinen Zweck nicht erfüllen könnte. Von der Bildung eines Verbandes auf parteilicher Ebene soll Abstand genommen werden.“ Moosbrugger nahm im selben Jahr auch an der Gründungssitzung des Österreichischen Gemeindebundes am 16. November 1947 im Palais Todesco in Wien teil.

Nach der Konstituierung des Verbandes und dem Beitritt zum Österreichischen Gemeindebund 1948 standen gleich auch die ersten Bewährungsproben des Vorarlberger Verbandes an. Beide muten seltsam modern an, drehte es sich doch bei einem um das liebe Geld und beim anderen um die Übernahme einer neuen Aufgabe. Schon das zweite Rundschreiben des Verbandes handelt von der Entschädigung der Bürgermeister und Gemeindefunktionäre: „Hingegen ist es aber auch mit einer außerordentlichen Amtsführung nicht vereinbar, dass Gemeindefunktionäre, insbesondere Bürgermeister, derart unzulänglich entschädigt werden, dass ihre Tätigkeit ein ihnen auf die Dauer nicht zumutbares finanzielles Opfer darstellt.“

Nach 1948 entwickelte sich der Vorarlberger Gemeindeverband zügig weiter. Über die Jahre besonders ausgeprägt war der Servicegedanke des Verbandes. Dazu genügt es eigentlich, im



Gigaset E630

Robust
& praktisch

Jetzt
bestellen auf:
**kommunal
bedarf.at**



- Stoßfest, wasserabweisend und staubresistent (IP65)
- Vibrations- und Blinkalarm
- Profile für Innen-, Außen- und private Verwendung einstellbar

www.gigaset.at

Gigaset

Wherever you go.

Vorwort von Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber in der 60-Jahre-Festschrift des Verbandes von 2008 zu lesen: „Als Verein wahrt der Vorarlberger Gemeindeverband die gemeinsamen Interessen der Mitgliedsgemeinden. Er ist ein wertvolles und wichtiges Sprachrohr, wenn es gilt, übermäßige Belastungen der Gemeinden abzuwehren, die Interessen kleinerer wie größerer gewachsener Strukturen zu wahren und zu fördern ... Was auf Ebene der Gemeinden erledigt werden kann, soll auch in Zukunft dort entschieden werden.“

Weitere Meilensteine: 1984 wird die Anhörung des Gemeindeverbandes in der Vorarlberger Landesverfassung verankert – was eine wesentliche Stärkung des Verbandes bedeutete. 1992 wurde – auch als Bekenntnis zum Umweltschutz – der Gemeindeverband für Abfallwirtschaft und Umweltschutz gegründet. »



» Was auf Ebene der Gemeinden erledigt werden kann, **soll auch in Zukunft dort entschieden werden.**“

Herbert Sausgruber,
Landeshauptmann von
Vorarlberg, anlässlich des
Verbandsjubiläums 2008

COMMUNITY
THE AUSTRIAN eGOVERNMENT EXPERTS

GeOrg EVOLUTION

Unser digitaler Städte- und Gemeinde-Organisator ist der perfekte Helfer für Ihre Verwaltungsarbeit. Individuell und auf Ihre Bedürfnisse maßgeschneidert, vereinfacht GeOrg die tägliche Administration und hilft Ihnen, Zeit und Geld zu sparen.

Bereits in der Entwicklungsphase von GeOrg wurden sämtliche Anforderungen der bevorstehenden doppelten kommunalen Buchführung berücksichtigt. Mit seinem integrierten 3-Komponenten-System sind Sie somit schon jetzt bestens für die VRV 2015 gerüstet.

Gemeinsam zur digitalen Verwaltung.
Modular und individuell!

www.comm-unity.at

station

BY FONATSCH

DIE BESSERE WARTESTATION

stationbyfonatsch.com



„GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE SIND WAHRLICH PLATTFORMEN FÜR DIE VERNETZUNG ZWISCHEN GEMEINDEN – **DAS KONZEPT IST HEUER VOLL AUFGEANGEN.**“

Harald Köhlmeier, Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes

Im Juni 1998 wurde das „Gemeindehaus“ in der Dornbirner Marktstraße neuer Sitz des Vorarlberger Gemeindeverbandes, der Gemeindeformatik und des Umweltverbandes. Die Anliegen der Gemeinden konnten nun unter einem Dach bearbeitet und damit die Effizienz weiter gehoben werden.

2009 wurde das Pilotprojekt zur Einheitsbewertung auf das ganze Land ausgeweitet. Bedienstete aus den Gemeinden unterstützen das Finanzamt bei der Ermittlung der Einheitswerte, um die immer stärker ansteigenden Rückstände bei der Bewertung abzubauen.

Herausforderung Gemeindekooperation. Die Begleitung der Gemeinden bei den Prozessen für Gemeindekooperationen nahm immer mehr Zeit in Anspruch. Durch eine entsprechende personelle Aufstockung wurde diesem Bedarf Rechnung getragen. Im Bereich der Bauverwaltung werden – abgesehen von den Städten und großen Gemeinden – in fast allen Gemeinden diese Agenden im Rahmen von Verwaltungsgemeinschaften wahrgenommen. Derselbe Trend zeichnet sich bei der Finanzverwaltung ab. Weitere wichtige Kooperationsthemen entwickeln sich im Bereich der Kinderbetreuung, im Bereich der EDV und in der Abfallentsorgung (Abfall und Altstoffsammelzentren).

Der Kreis dreht sich weiter: Im Juni 2012 wird der unter Federführung des Vorarlberger Gemeindeverbandes errichtete Islamische Friedhof in Altach eröffnet. Damit steht allen, die nach islamischem Ritus in Vorarlberg beerdigt werden wollen, eine Begräbnisstätte zur Verfügung. Das Projekt erhält den international renommierten Agha-Khan-Preis.

Der Vorarlberger Gemeindeverband initiiert im Jahr 2013 die Verwaltungsgemeinschaft Ab-



Neu denken



bis zu **92%** weniger **CO₂ Emissionen** als bei Laserdruckern
96% weniger **Stromverbrauch** als bei Laserdruckern
94% weniger **Abfall** als bei Laserdruckern
3,5x schneller als Laserdrucker
Umweltfreundliche Technologie
Keine Ozonemissionen

Wie diese Einsparungen mit Business-Tintenstrahldruckern von Epson möglich sind, erfahren Sie unter www.epson.at/neudenken

Leistung im Einklang mit der Umwelt



gabenprüfung Vorarlberg, der zwischenzeitlich 53 von 96 Gemeinden angehören.

Im Juni 2015 verweist der Vorarlberger Gemeindeverband auf die humanitäre Verantwortung und ersucht die Gemeinden, sich aktiv bei der Flüchtlingshilfe zu beteiligen. Möglichst in jeder Gemeinde sollen Flüchtlinge untergebracht werden. In den Gemeinden und Regionen werden eigene Flüchtlingskoordinatoren eingesetzt.

Im Jahr 2017 wird das Projekt zur Neustrukturierung des Vorarlberger Gemeindeverbandes, der Gemeindefinformatik GmbH und des Umweltverbandes mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Zusammenführung der drei Verbände im Vorarlberger Gemeindehaus gestartet.

Eine umfangreiche Novelle des Gemeindegesetzes tritt mit 1. Jänner 2019 in Kraft, wobei der Gemeindeverband eine überbordende bürokratische Regelungen verhindern konnte. »

QUELLEN:

„CHRONIK eines Erfolges“ (Festschrift 1997);
„Vorarlberger Gemeindeverband 1948 – 1998“ (1998);
„60 Jahre – Starker Partner für 96 Gemeinden“ (Broschüre 2008)
Vorarlberger Gemeindeverband 2018

Meine Telefonanlage mag ich wie meinen Kaffee:
on demand.

Die Telefonanlage einer neuen Generation.
Können Sie in die Zukunft sehen? Wir auch nicht. Deshalb lässt sich die Cloud-Telefonanlage von NFON jederzeit bequem an Ihre Bedürfnisse anpassen. Hier mal zehn Nebenstellen mehr, da mal fix eine von 150 smarten Funktionen hinzugebucht: alles ganz einfach – und dank unserer exakten Abrechnung nach tatsächlich genutzten Nebenstellen auch noch mit einer satten Kostenersparnis. Hört sich doch gut an. nfon.com

Elektroakustische Lecksuche mit dem neuen HL 7000

sebaKMT
Ein Mitglied der Megger Gruppe

Bluetooth®

Histogramm-Messung Speicherfunktion GPS-Funktion

www.sebakmt.de

PREFA

DACH & FASSADE, STARK WIE EIN STIER!

DIE ALUMINIUM-KOMPLETTSYSTEME VON PREFA

Produkt: PREFA Dach- und Wandraute 44 x 44
Farbe: P.10 oxydrot
Ort: Marktl, Österreich
Architektur: Michael Embacher
Verarbeitung: Hoppel Dach- u Fassadensysteme GesmbH

WWW.PREFA.AT

GESCHICHTE

DIE PRÄSIDENTEN DES VORARLBERGER GEMEINDEVERBANDES

Im Entwurf der Satzungen von 1947 schlug Günther Moosbrugger zwei wichtige Formulierungen vor. Er empfahl „die Bezeichnung ‚Vereinspräsident‘, und zwar in Erwägung dessen, dass es sich um einen Verein handelt, dem immerhin in der Gemeindepolitik des Landes eine wesentliche Funktion zufallen soll“.

Und Moosbrugger war es auch, der die Funktionsdauer des Präsidenten auf zwei Jahre begrenzt wissen wollte. Heute noch wird im Rahmen der zweijährig stattfindenden Vorarlberger GemeindegTAGe nach den landesweiten Gemeindevertreterwahlen neu gewählt.

● Bürgermeister Dr. Günther Anton **Moosbrugger** (Dornbirn), 1948 – 1952; 1956 – 1960; 1964 – 1966

● Bürgermeister Josef **Bösch** (Lustenau), 1952 – 1956

● Bürgermeister Hanni **Amann** (Hohenems), 1960 – 1964

● Bürgermeister Gallus **Schmid** (Götzis), 1966 – 1969

● Bürgermeister Dr. Karl **Bohle** (Dornbirn), 1969–1974; 1978 – 1983

● Bürgermeister Hubert **Waibel** (Wolfurt), 1974–1978; 1983 – 1985

● Bürgermeister Gerhard **Köhlmeier** (Hard), 1985 – 1995

● Bürgermeister Wilfried **Berchtold** (Feldkirch), 1995 – 2011

● Bürgermeister Harald **Sonderegger** 2011 - 2013

● Bürgermeister Harald **Köhlmeier** (Hard) führt seit 2013 das Ruder des Vorarlberger Gemeindeverbandes



MESSE VERPASST?

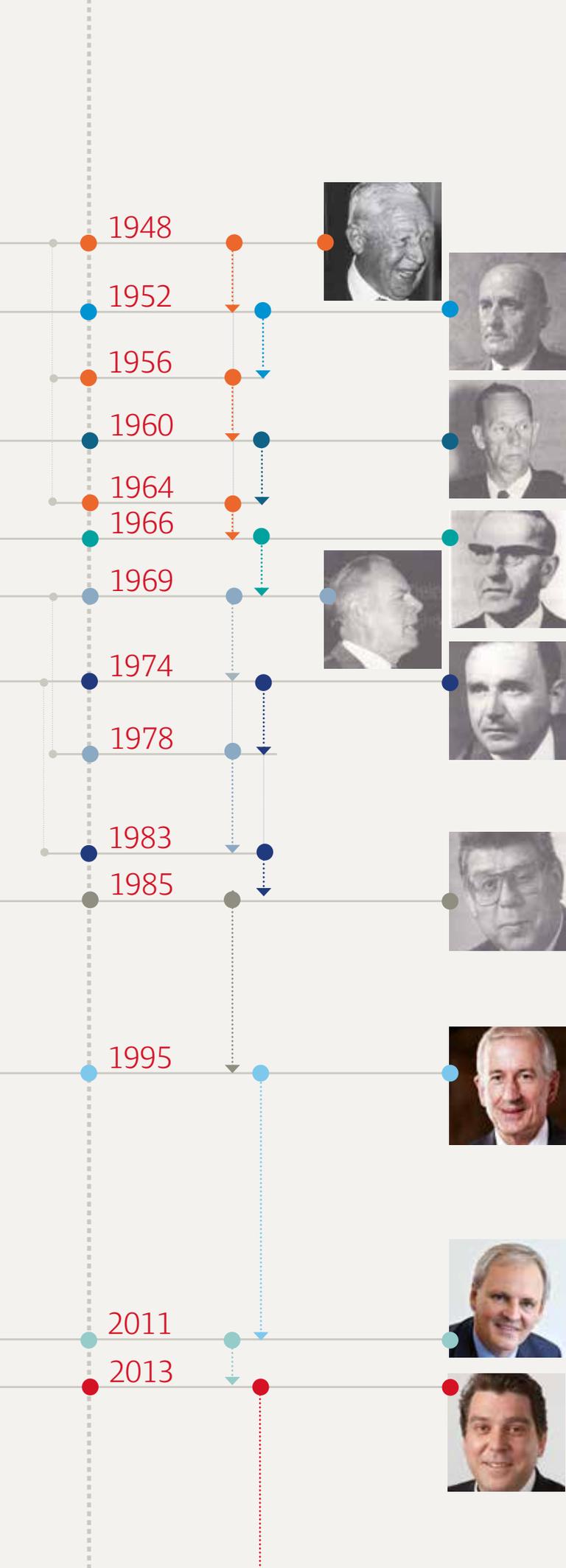
Ein großes **Dankeschön** an alle, die uns auf der Kommunalmesse 2018 besucht und unseren Stand damit zu einem der Highlights gemacht haben.

Zum Trost für alle, die dieses großartige Ereignis verpasst haben, gibt es einen 10% Gutscheincode für die nächste Bestellung auf **KOMMUNALBEDARF.AT**:

-10%

NAECHSTE_MESSE_KOMM_ICH_FIX

KOMMUNALBEDARF.AT ist der Online Marktplatz für Gemeinden - wir informieren Sie gerne, wie Sie ihn für sich nutzen können: Christian Sonnenberg, +43 1 / 532 23 88 540, info@kommunalbedarf.at



INFOGRAFIK

Land am Breitband
Seite 56

DIGITALISIERUNG

Der Mensch muss im
Mittelpunkt stehen
Seite 58

KINDERBETREUUNG

Einigung in letzter
Sekunde
Seite 66



NICHT EINFACH NUR FORDERUNG, SONDERN ÜBERLEBENSFRAGE

Der Gemeindetag Ende September hat zum wiederholten Mal aufgezeigt, dass eine moderne und leistungsfähige Breitbandversorgung der ländlichen Gebiete nicht einfach „nur eine Forderung“ ist. Für viele Gemeinden im ländlichen Raum ist die Anbindung an eine schnelle Internetverbindung eine Überlebensfrage. Eine Umfrage, an der 600 Gemeinden teilgenommen haben, unterstreicht das eindrucksvoll.



TEXT // Hans Braun

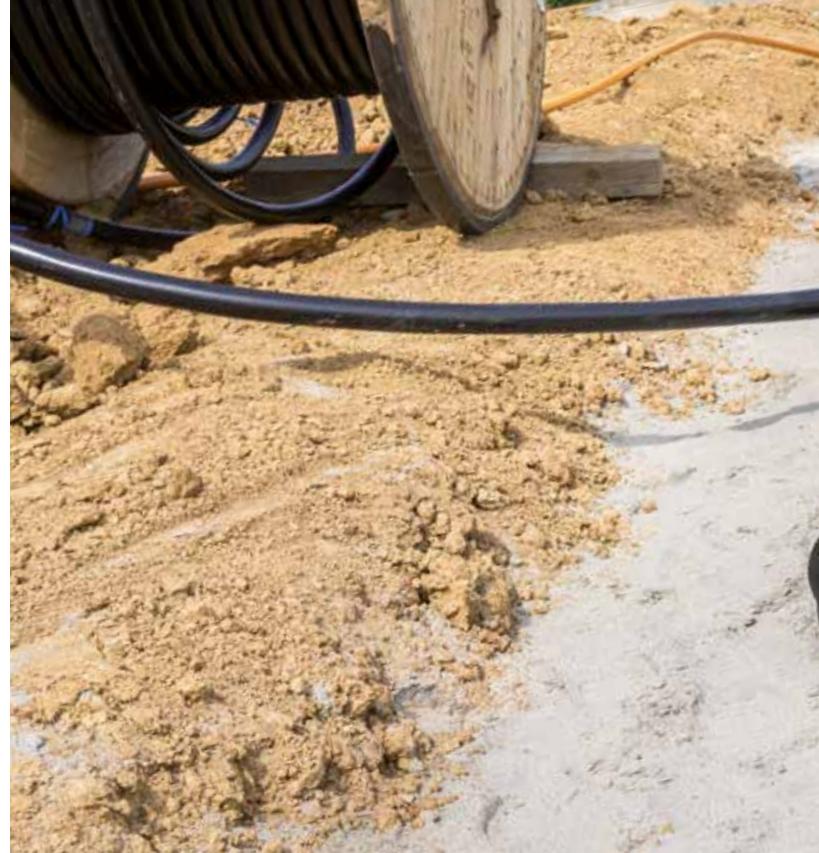
Viele Beispiele der Digitalisierung machen jetzt deutlich, dass in den neuen Technologien ein noch viel größeres Potenzial steckt. Digitalisierung wird den vielfältigsten Lebensbereichen zugutekommen, etwa um das Leben und die Arbeit einfacher zu gestalten, um ökonomisch sinnvoll und nachhaltig zu wirtschaften und um innovative Schritte in der Verwaltung zu setzen.

Als Voraussetzung dafür wird der Zugang zu einer modernen Breitbandinfrastruktur darüber entscheiden, ob die Gemeinden und damit letztlich unser Land auf längere Sicht erfolgreich sein werden. Vor allem weil Österreich in den letzten Jahren im Ranking der Breitbandinfrastruktur europaweit immer weiter zurückgefallen ist, muss der Ausbau eines Glasfasernetzes für ultraschnelles Internet oberste Priorität aller politischen Entscheidungsträger sein, denn nur Glasfaser weist die erforderlichen Leistungsdaten und Zukunftsaussichten auf.

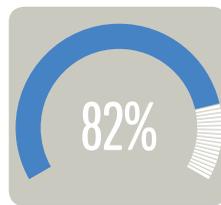
Eine Versorgung mit Breitband-Internet muss daher für alle Menschen gewährleistet sein – ob sie jetzt in Ballungsräumen oder in Dörfern leben. Bei der Ausrollung dieser Infrastruktur muss vor allem darauf geachtet werden, dass auf jene Regionen im ländlichen Raum, die durch Marktmechanismen schwer oder gar nicht erschlossen werden können, nicht vergessen wird. Eine durch eine digitale Kluft getrennte Zweiklassengesellschaft muss mit aller Kraft vermieden werden. Der gleichwertige Zugang zur digitalen Informationswelt ist der Grundbaustein für die Entwicklung der ländlichen Regionen und muss Priorität bekommen.

Als Schlüsselinfrastruktur ist schnelles Internet eine Standortfrage. Der Breitbandausbau hat den Charakter der Daseinsvorsorge. Schnelles Internet ist Standard und wie Wasser, Kanal oder Strom Teil der Gesamtinfrastruktur überall in den Siedlungsgebieten; der Ausbau der Breitband-Infrastruktur darf daher nicht zum Geschäftsmodell auf Kosten der Bürger werden. Das Modell einer Breitband-Grundversorgung als Leistung der Daseinsvorsorge soll dazu führen, dass ein einziges Glasfasernetz errichtet wird, welches allen Endkundendiensteanbietern diskriminierungsfrei zur Verfügung steht, auf Ebene der Netzinfrastruktur („open access“), ist damit ein Wettbewerb garantiert.

Der Österreichische Gemeindebund stellt daher seit längerem – zuletzt in der Resolution zum 65. Österreichischen Gemeindetag (siehe



DAS SAGEN DIE BÜRGERMEISTER



82 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind der Meinung, dass die Glasfaser-Infrastruktur ein Element der Daseinsvorsorge ist und damit das Netz und dessen Ausbau in die öffentliche Hand gehört.



MAG. HANS BRAUN IST CHEFREDAKTEUR VON KOMMUNAL

✉ hans.braun@kommunal.at

auch Bericht auf Seite 12 dieser Ausgabe) – einige Forderungen, die wesentlich die Entwicklung der Gemeinden beeinflussen können.

So muss die Breitband-Infrastruktur als Leistung der Daseinsvorsorge gelten. Sie muss entweder in die öffentliche Hand kommen oder zumindest so koordiniert sein und sozial gebunden werden, dass für jeden Haushalt in Österreich der Anschluss an einen Breitbandanschluss mit einer Kapazität von mindestens 100 Mbit/Sekunde möglich ist. Laut Breitbandstrategie des Bundes sollte das schon bis 2020 erreicht werden!

Es müssen organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit lokale Träger Aufgaben der Grundversorgung übernehmen können. Auch die Stellen der EU sollten den Standard von 100 Mbit/Sek als Mindestziel verfolgen und ihre Entscheidungen vor allem über die Förderbarkeit von Initiativen danach ausrichten.

Zur Bündelung aller Anstrengungen zum Ausbau der Glasfaser-Basisinfrastruktur ist auf Bundesebene eine Koordinationseinheit und auf Landesebene sind starke neutrale Trägergesellschaften einzurichten, die zu hundert Prozent in öffentlicher Hand sind. Damit sollen die Voraussetzungen für einen mit allen Akteuren koordinierten, flächigen Ausbau geschaffen werden. Und es sollen auf dieser Ebene auch die Initiati-



ven für den 5G-Ausbau kanalisiert werden. Die Koordination auf Bundesebene hat auch für eine regulierte Miteinbeziehung bestehender Netze von öffentlichen oder privaten Unternehmungen zu sorgen. Durch einen abgestimmten Netzausbauplan, Überbauungsverbote, „open access“-Verpflichtungen und die Koordination von Breitbandprojekten soll der Abfluss von Geldern in teure Doppelstrukturen vermieden werden.

Breitbandanbindungen müssen österreichweit in Stadt und Land für den Bürger „gleichpreisig“ sein. Das soll nicht durch Ausschalten des Marktes, sondern muss durch einen Ausgleich auf der Basisnetzebene erfolgen. Damit ist ein Ausgleich durch Abgaben in Ballungsgebieten und Förderungen auf dem Land gemeint.

Der Bund hat ausreichende finanzielle Mittel für eine tatsächlich flächendeckende und nachhaltige Hochleistungs-Breitbandinfrastruktur zur Verfügung zu stellen, Förderungen müssen vornehmlich in nachhaltige Modelle und in die Zukunftstechnologie Glasfaser fließen. Die daraus entstehenden volkswirtschaftlichen Effekte müssen in Österreich spürbar sein und dürfen nicht abfließen. Langzeitinvestitionen dürfen nicht mehr weiterhin maastrichtrelevant sein.

Breitbandinfrastruktur gehört in die öffentliche Hand. Eine Umfrage, an der rund 600 Bürgermeister und Amtsleiter teilgenommen haben und die ebenfalls erstmals am Gemeindetag präsentiert wurde, zeigt diesbezüglich ein klares Bild (siehe auch die KOMMUNAL-Infografik auf den folgenden Seiten).

Wenig überraschend meinen fast alle Bürgermeister, dass schnelles Internet eine große



» Grundvoraussetzung für lebenswerte und wirtschaftlich florierende Gemeinde sind **Internetverbindungen mit hohen Bandbreiten.**«

Peter Parycek,
E-Governance-Experte
der Donau-Uni Krems
und seit August 2018
Mitglied des Digitalrats
der Deutschen
Bundesregierung

Chance für die Gemeinden sei. 90 Prozent der Befragten gaben an, schon Anfragen von Gemeindebürgern und Betrieben wegen schnellerer Internetverbindungen bekommen zu haben.

Zur Abdeckung mit mobilen Verbindungen angesprochen, sind grundsätzlich 60 Prozent zufrieden mit dem mobilen Internet in ihrer Gemeinde. 79 Prozent sagen aber auch, dass es in ihren Gemeinden mehr oder weniger große Funklöcher gibt. 63 Prozent der Teilnehmer meinen auch, dass sie in ihren Gemeinden bereits leitungsgebundene Breitbandinfrastruktur haben, und dabei hauptsächlich Glasfaser.

Die Bürgermeister wünschen sich beim weiteren Ausbau des Glasfasernetzes mehr Koordination seitens der Länder und des Bundes, damit ganze Regionen rasch zum schnellen Internet kommen. 79 Prozent der Gemeinden sehen außerdem große bis sehr große Chancen in der Digitalisierung. Abschließend sind 82 Prozent der Bürgermeister der Meinung, dass die Glasfaserinfrastruktur ein Element der Daseinsvorsorge ist und damit das Netz und dessen Ausbau in die öffentliche Hand gehört.

Auch Handys brauchen Glasfasernetz. Denn schnelles Internet ist ein wichtiger Standortfaktor. Es erhält und ermöglicht neue Arbeitsplätze und kann auch gegen die Abwanderung in den ländlichen Regionen helfen. Dafür braucht es aber den flächendeckenden koordinierten Ausbau, denn auch für die neue 5G-Technologie benötigt man überall leistungsfähige Glasfasernetze. „Wir haben in der Vergangenheit gesehen, was passiert, wenn man das völlig der Privatwirtschaft überlässt, denn die Unternehmen haben sich beim Ausbau vor allem auf Ballungsräume konzentriert, und im breiten Land mussten Gemeinden einspringen“, so Gemeindebund-Chef Riedl. Er stellte klar, dass das Glasfasernetz genauso zur Infrastruktur der öffentlichen Hand zähle, wie das Kanal-, Wasser-, Strom- und Straßennetz.

Digitalisierung als Chance. Die Umfrage unter den Gemeinden hat auch gezeigt, dass die Bürgermeister in der Digitalisierung große Chancen für ihre Gemeinden sehen. Für den E-Governance-Experten der Donau-Uni Krems, Peter Parycek, ist klar: „Die österreichischen Gemeinden beschreiten bei Kommunikation und Service den Weg in die Zukunft, zahlreiche Best-Practice-Beispiele zeigen, wie fortschrittlich die Gemeinden denken. Grundvoraussetzung für lebenswerte und wirtschaftlich florierende Gemeinden sind Internetverbindungen mit hohen Bandbreiten.“ »

UMFRAGE DES GEMEINDEBUNDES

LAND AM BREITBAND

Der Gemeindegund hat sich umgehört: 600 Gemeinden wurden zu Status, Erwartungen und Einschätzungen hinsichtlich Breitband und Digitalisierung befragt.

Gibt es **Anfragen Ihrer Gemeindebürger/innen** bzgl. schnellerer Internetversorgung?



Mobiltelefonie: Gibt es in Ihrer Gemeinde noch **schlecht erreichbare Gebiete** (= Funklöcher)?



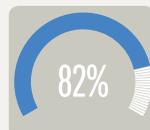
Gibt es **Anfragen von Betrieben** in Ihrer Gemeinde bzgl. schnellerer Internetverbindungen?



Gemeinden, die **keine Förderung für Breitbandausbau** in Anspruch genommen haben



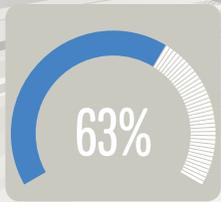
Gehört aus Ihrer Sicht **Glasfaser** für jede Liegenschaft zu den **Elementen der Daseinsvorsorge** wie Strom/Wasser/Kanal etc.?



Gemeinden, die **keine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit**, Leaderregionen etc. in Bezug auf Breitbandausbau in Anspruch nehmen



» Eine schnelle Internetanbindung hat für unsere Gemeinde **große** (27%) oder **sehr große** (72%) **Bedeutung**.

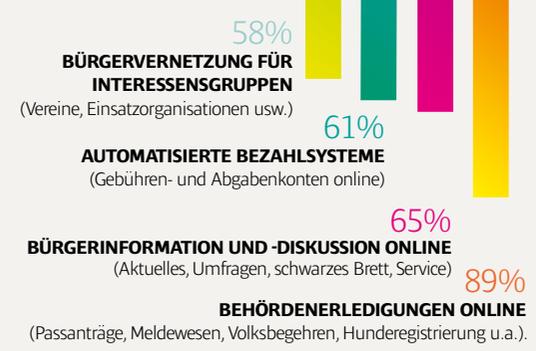


63% der befragten Gemeinden verfügen zumindest teilweise über leitungsgebundene Breitband-Infrastruktur.



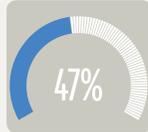
Welche leitungsgebundene Breitband-Infrastruktur ist das in Ihrer Gemeinde und **wieviel % der Liegenschaften** sind daran angeschlossen?

E-Government: Welche **neuen Anwendungsmöglichkeiten** sehen Sie für Ihre Gemeinde?



Wie sehr sollten sich **Gemeinden selbst für den Ausbau schneller Leitungen engagieren**, damit der ländliche Raum nicht auf der Strecke bleibt?

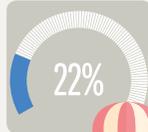
GEMEINDEN HABEN AUFGABEN GENUG.
Auch wenn kein Telekommunikationsanbieter ausbaut, sollte die Gemeinde nicht in diesen Bereich investieren.



GEMEINDEN SOLLTEN IN VORLEISTUNG GEHEN und Glasfasernetze selbst bauen und dann an Telekommunikationsanbieter vermieten.



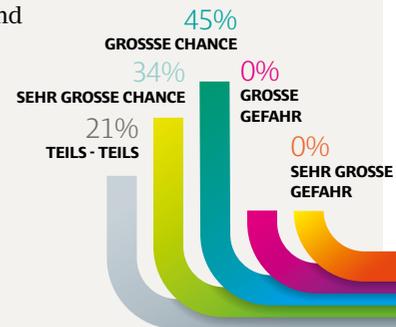
GEMEINDEN SOLLTEN kommunale Infrastruktur (Leitungsmasten, Straßen usw.) Telekommunikationsanbietern **KOSTENFREI ZUR VERFÜGUNG STELLEN.**



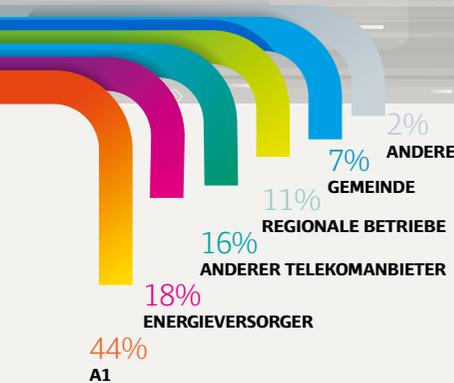
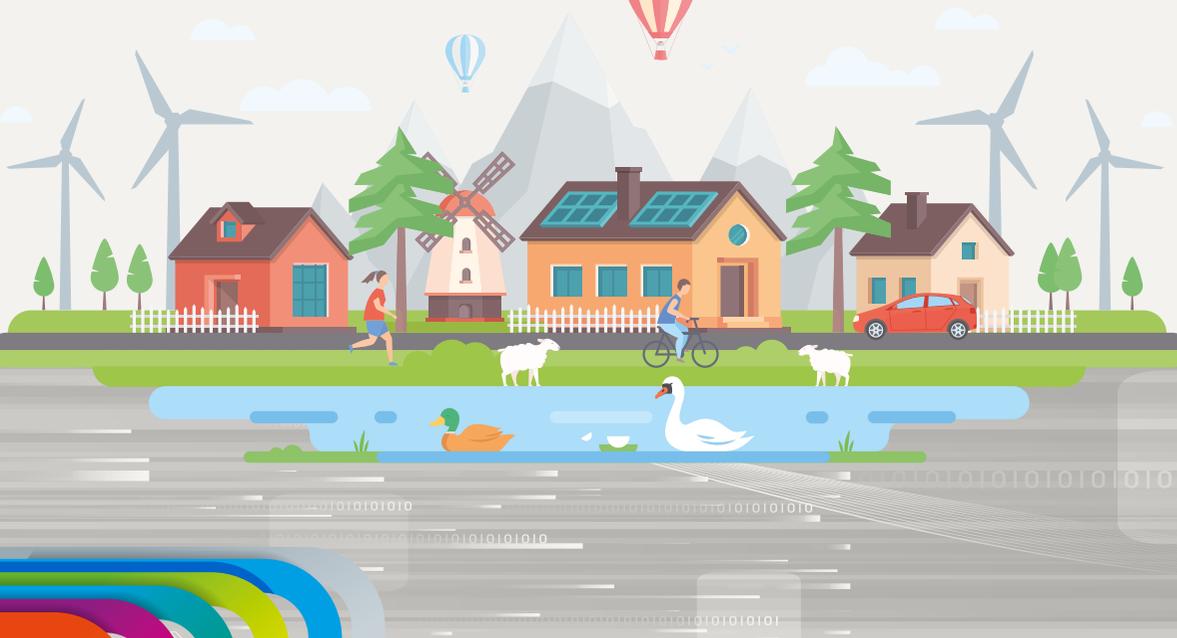
Sind Sie darüber und über die **Möglichkeiten des geförderten Ausbaus** als Gemeinde informiert?



Sind Ihnen **Landesunterstützungen** (Förderungen, Glasfaser-gesellschaften u. ä.) in Ihrem Bundesland bekannt?



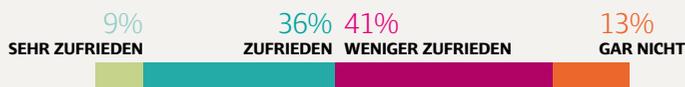
Wie empfinden Sie die Digitalisierung mit Blick auf Ihre Kommune? **Als Chance oder als Gefahr?**



Wer betreibt die Breitband-Infrastruktur?

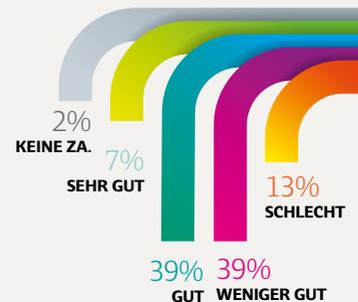


Wie zufrieden sind Sie mit der **mobilen Internetversorgung** (= Mobilfunk) in Ihrer Gemeinde?



Wie zufrieden sind Sie mit der **leitungsgebundenen Breitbandversorgung** (= Kupfer, Glasfaser etc.) in Ihrer Gemeinde?

Wie funktioniert aus Ihrer Sicht die **Zusammenarbeit mit Telekommunikationsunternehmen?**



DIGITALISIERUNG

DER MENSCH MUSS IM MITTELPUNKT STEHEN

Wir sind sicher auf dem Weg in eine digitale Zukunft. Damit wird sich das Leben für uns alle – und natürliche auch für die Gemeinden – massiv verändern. So viel steht fest. Aber wie sieht „die digitale Zukunft“ aus? Wie wird sie sein, die „digitale Gemeinde der Zukunft“? Was bedeutet eine digitale Zukunft für unser Leben, für unser Arbeitsumfeld, für unser System des sozialen Zusammenhalts oder des Zusammenlebens? Der Versuch einer Annäherung.

TEXT // Hans Braun

Gleich vorweg: Welche Anwendungen die digitale Zukunft für uns parat hält, können wir nach allgemeiner Ansicht zwar schon einigermaßen deutlich, aber dennoch immer noch höchstens annähernd erfassen. Bei Licht besehen haben wir nicht einmal einen schwachen Schimmer von unserer Zukunft, schon gar nicht von unserer digitalen. Zu schnell schreiten die Entwicklungen voran, zu schnell ändern sich die Parameter für die Technik selbst. Da wird in einem Labor an einer Uni ein neues Element entdeckt oder ein Genetiker entschlüsselt den Aufbau eines tierischen Exoskeletts – und schon müssen wir zumindest Teile unserer Zukunftsvisionen neu schreiben.

Heute schon sind Dinge wie Smart Meter, Smart Home, autonomer Verkehr, die intelligente Straße, Chatbots im Gemeindeamt, Reinigungsroboter fürs Heim oder auch für die Kanalisation selbstverständlich. Sogar diverseste künstliche Ersatzteile für unsere Körper gibt es – alles das ist keine Zukunftsmusik mehr, das gibt es schon. Das macht es auch so schwierig, eine halbwegs genaue Prognose zu erstellen.

Aber der Reihe nach: Im Grunde müssen wir zwischen zwei Arten der digitalen Zukunft unterscheiden. Die eine zeigt auf, was alles möglich sein könnte, die andere, was möglich und auch umsetzbar ist.

Möglich wird künftig sein, dass wir ewig leben. Wenn stimmt, was Noah Harari in seinem Werk „Homo Deus“ aufzeigt, ist künftig sogar eine

Lebenserwartung von ein paar hundert Jahren möglich. Genauer gesagt, wird daran sogar schon konkret geforscht. Und gar so unwahrscheinlich ist das gar nicht. Immerhin hat sich die Lebenserwartung im 20. Jahrhundert von 40 auf 70 Jahre nahezu verdoppelt. Wenn diese Entwicklung im 21. Jahrhundert weiter geht, halten wir zu Ende dieses Jahrhunderts bei einer Lebenserwartung von rund 150 Jahren. Rein technisch scheint das möglich – was das für uns als Gesellschaft bedeutet, darüber wird allerdings relativ wenig nachgedacht. Nur ein Gedankenspiel Hararis: Wenn künftig jemand mit 40 Jahren heiratet, dauert die Ehe 110 Jahre. Ist das realistisch? Nach Harari dürften dabei sogar „katholische Fundamentalisten leichte Zweifel beschleichen“.

Was wir mit Menschen machen, die mit 100 noch rüstig und arbeitswillig sind, ist völlig offen. Einerseits schreit die Wirtschaft ständig nach mehr Lebensarbeitszeit für die Menschen, andererseits sind gerade die Protagonisten dieser Forderung, beispielsweise Firmenchefs, nicht willig, sie zu unterstützen. Gerade gut ausgebildete ältere Arbeitnehmer finden so gut wie keine Jobs, in denen sie nach ihrer Ausbildung oder Erfahrung bezahlt werden. Lieber stellt man junge, unerfahrene Kräfte ein, die den Job mit Begeisterung, aber auch für weniger Geld erfüllen.

Ist auch irgendwie logisch, denn wenn man 150 wird, ist man vermutlich mit der neuesten Technologie nicht mehr ganz firm. Wie es in der Buchkritik in „Der Zeit“ heißt, verliert



MAG. HANS BRAUN IST
CHEFREDAKTEUR VON
KOMMUNAL

✉ hans.braun@kommunal.at



LITERATUR- UND LESETIPPS:

- Yuval Noah Harari; „Homo Deus. Eine kurze Geschichte von Morgen“; C.H. Beck Verlag, München 2017
- „Homo Deus“ in der „Zeit online“: www.zeit.de/kultur/literatur/2017-04/homo-deus-yuval-noah-harari-buchkritik
- Andrew McAfee, Erik Brynjolfsson; „Machine, Platform, Crowd: Harnessing Our Digital Future“; Verlag Norton & Company, New York, 2017
- Interview mit Andrew McAfee im „Handelsblatt“: www.handelsblatt.com/arts_und_style/kunstmarkt/buchtipp-machine-platform-crowd-muessen-wir-google-zerschlagen-nein/19997060.html?ticket=ST-3912170-3NOPbPVTack-L1xkVLIQQ-ap3
- „70 Jahre NÖ Gemeindebund“, Österreichischer Kommunalverlag, 2017

der Mensch „im Zeitalter der Automatisierung zunehmend die Kontrolle. Wir delegieren Entscheidungen an Algorithmen, ob bei der Navigation, auf den Terminbörsen oder beim Drohnenkrieg.“

Harari entwirft demnach in einer „düsteren Prognose eine gewisse Triftigkeit, schließlich steuern wir in smarten Städten, die eigentlich Cyborg-Cities sind, darauf zu, dass sich die Grenzen zwischen Körper, Stadt und Technologie auflösen. Und schon heute sehen wir die sogenannten Smombies, die wie ferngesteuert durch die Straßen irren.“ Harari warnt auch, dass durch den Einsatz von Algorithmen „liberale Gewohnheiten wie Wahlen obsolet werden, denn Google wird in der Lage sein, sogar unsere Überzeugungen besser zu repräsentieren“.

Die Macht der Algorithmen. Nach dem Brexit-Votum registrierte Google eine 250-prozentige Erhöhung von Suchanfragen nach „Was ist die EU?“ Womöglich wäre es besser gewesen, die Wähler hätten vor dem Referendum gegoogelt, was die EU eigentlich ist. Hätte man den Wahlakt nicht gleich der Suchmaschine überantworten können, die unsere Wahlpräferenzen besser kennt als wir selbst? Vielleicht könnte man den Wählerwillen durch ein algorithmisches Voting präziser und nicht durch Populisten verzerrt abbilden, was demokratietheoretisch gar nicht so abwegig erscheint. Doch letztlich würde die Willensbildung zur Farce, weil jede Wahl dann einem maschinellen Determinismus folgt. Hatte der Humanismus im 19. Jahrhundert noch die

Maxime „Hör auf deine Gefühle!“ ausgegeben, schreibt Harari, verlange der Dataismus (statt Dadaismus!) nun: „Hör auf Algorithmen. Sie wissen, wie du dich fühlst.“

Dieser Erkenntnis Hararis steht die Erkenntnis zweier MIT-Absolventen (MIT steht für „Massachusetts Institut of Technologie“, eine der renommiertesten Schulen dieser Welt) entgegen, die in ihrem Buch „Machine – Platform – Crowd“ den Schluss gezogen haben, dass man „sich vor der Zukunft nicht fürchten muss, man sie aber selbst gestalten muss“. Im Interview mit dem „Handelsblatt“ räumt Andrew McAfee ein, dass „künstliche Intelligenz in den nächsten sechs Monaten nicht jeden Arbeitsplatz vernichten wird. Aber sie wird zahlreiche Nöte verstärken.“

Trotzdem wird die digitale Zukunft mehr Wohlstand bringen. Aber die Frage, auf die wir noch keine Antwort wissen, ist laut McAfee, wie dieser Wohlstand verteilt wird. „Wir erzeugen Reichtum, aber er konzentriert sich immer mehr in einigen wenigen Gebieten der Welt und auf eine kleine Zahl an Unternehmen, das zeigen die Zahlen sehr deutlich. Der Fortschritt durch Technologie verstärkt diesen Trend statt ihn umzukehren“, auch wenn den Managern diese Probleme der Arbeitswelt bewusst ist. Die Diskussion wird aber sein, ob dieser Entwicklung mit einem bedingungslosen Grundeinkommen oder eher mit Lohnzuschüssen zu begegnen ist.

Und wie betrifft das die Gemeinden? Ein bisschen ist das so wie bei den Stufen des sogenannten „autonomen“ Autos. Bei Stufe 0 gibt es nur den Lenker. Beim „assistierten Fahren“ (Stufe 1) unterstützt das System den Fahrer beim Einparken oder Abstandhalten. Beim „teil-assistierten Fahren“ (Stufe 2) kann – muss aber nicht – auch Lenken, Beschleunigen und Bremsen an die Maschine übertragen werden. In der Stufe 3, dem „hoch-automatisierten Fahren“, kann der Mensch das Fahren für eine gewisse Zeit ganz der Maschine übergeben und sich anderen Dingen widmen. Er muss aber fähig bleiben, sofort das Kommando zu übernehmen, sonst bleibt das Fahrzeug stehen. Bei „voll-automatisierten Systemen“ (Stufe 4) kann das Auto mit seinen Passagieren selbstständig unterwegs sein – allerdings nur in jenen Gebieten oder auf jenen Strecken, die dafür vorbereitet wurden. In diese Stufe würde auch ein automatisiertes Einparken fallen.

In der Stufe 5, dem „autonomen Fahren“, wäre das System so weit, dass auf Dinge wie »

Lenkrad und Pedal verzichtet werden kann. Diese Stufe wird allerdings laut unseren Recherchen noch nirgends praktiziert. Derzeit arbeitet man am Sprung von Stufe 3 zu Stufe 4.

So wie die Entwicklung beim Auto voranschreitet, werden unserer Einschätzung nach auch die Gemeinden voranschreiten. Deshalb ist es höchst an der Zeit, „für den ländlichen Raum eigene Konzepte vorzuweisen. Denn es geht schließlich um die schiere Daseins- oder Dableibevorsorge für einen großen Teil der Bevölkerung. Es geht um gesellschaftliche Teilhabe in allen Phasen des Lebens: Gesundheitsversorgung, Mobilität und altersgerechte Dienstleistungen müssen dafür an veränderte gesellschaftliche Strukturen angepasst, vernetzt und neu konzipiert werden“, wie Gerhard Swarat vom deutschen Fraunhofer-Institut in der Broschüre „70 Jahre NÖ Gemeindebund“ geschrieben hat.

Die eigene Zukunft gestalten – mit dem Menschen im Mittelpunkt. Während sich die Städte in den letzten zwei Jahrzehnten beständig neu definieren, darbt der ländliche Raum weiterhin am demografischen Wandel, an der Stadtfucht und dem drohenden infrastrukturellen Abstellgleis. Die Attraktivität als Lebensmittelpunkt sinkt weiter, wenn die jungen, gut qualifizierten Menschen wegziehen, Schulen schließen, wodurch die letzten Busse eingespart werden und der Weg zum Arzt zur immer größer werdenden Hürde für die alternde Bevölkerung wird. Schon jetzt sind die Nahversorgung und der lokale Handel in ernster Bedrängnis, was bei ausbleibender Anpassung an den rasanten Wandel der digitalen Transformation dazu führen wird, dass auch die älteren Menschen für eine elementare Gesundheitsversorgung und für die Versorgung mit Pflegediensten den angestammten Raum verlassen müssen.

Digitalisierung kann und muss, so Swarat, teilweise industriegetrieben eine notwendige Geschwindigkeit erreichen, aber sie sollte gleichwohl durch gesellschaftspolitische Zukunftsdebatten und ethische Rahmenbedingungen geleitet und flankiert sein. Denn zu fragen, wie wir leben, arbeiten und gepflegt werden wollen, ist unerlässlich, um der Bevölkerung eine positive Vision innerhalb der digitalen Revolution zu vermitteln und damit zu verhindern, dass sie von Ängsten dominiert wird.

Was wäre, wenn sich die ländliche Gemein-



» Die digitale Zukunft wird mehr Wohlstand bringen.

Die Frage, auf die wir noch keine Antwort wissen, ist, wie dieser Wohlstand verteilt werden wird.“

Andrew McAfee im Interview mit dem „Handelsblatt“

schaft weigert, sich dem hinlänglich prognostizierten Verfall zu ergeben? Wenn sie gemeinschaftlich forschen und Innovationen schaffen, die ihrer Gemeinschaft eine Zukunft geben? Das Ergebnis sind die „Digitalen Dörfer“ in Rheinland-Pfalz. Das Fraunhofer IESE befragte die Kommunen nach eigenen Ansätzen und Herausforderungen, konzipierte die Szenarien und entwickelt nun gemeinsam mit ausgewählten Verbandsgemeinden konkrete digitale Lösungen für das Land von morgen.

Das Projekt ist somit aus den Gedanken geboren, dass Nachbarschaftshilfe und Gemeinschaftsgefühl auf dem Land eine ideale Basis bieten, die durch Digitalisierung in nachhaltig tragfähige Lösungen transformiert werden kann. Und die ganze Region richtet ihren Blick zukunftsorientiert nach vorn und strahlt eine neue Attraktivität auf Bürger wie Unternehmen aus.

Alle wesentlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, Umbrüche ebenso wie Chancen und Zukunftserwartungen spiegeln sich zuerst und nachhaltig in den Kommunen. Hier entstehen die Probleme, hier müssen sie gelöst werden. Wir erleben derzeit einen extremen Bedeutungsgewinn der Kommunen.

Digitalisierung bildet in der dargestellten Lösung eine Brücke zwischen Tradition und Zukunft. Die aktuellen Szenarien bilden erst den Anfang und dienen als Grundlage für Erweiterungen von der telemedizinischen Versorgung bis zum autonomen Fahren. Das Projekt ist deshalb eingebunden in die Forschungsinitiative Smart Rural Areas des Fraunhofer IESE, denn um mit digitalen Diensten in ländlichen Regionen einen Nutzen für Menschen und Unternehmen zu schaffen, ist ein sehr breites Kompetenzspektrum erforderlich: von Softwaretechnologien über intelligente Sensoren, Geräte und Systeme bis zum Anwendungswissen im breiten Spektrum von Mobilität, Logistik und medizinischer Versorgung.

Es ist an der Zeit, so das Resümee von Gerhard Swarat, mit dem Aufbau von Smart Cities und Smart Rural Areas unser Land für die kommenden Jahre wettbewerbsfähiger, nachhaltiger und umweltfreundlicher zu machen sowie die Lebensqualität seiner Menschen zu verbessern. Die notwendigen Grundlagen sind bekannt, Lösungsvorschläge gibt es auch – es fehlt eigentlich nur ein gesamtheitliches Konzept und die Mittel dazu. ●

ZUKUNFTSBERICHT 2018

DIGITALISIERUNG UND PFLEGE ALS SCHWERPUNKTE

Der Zukunftsbericht des Jahres 2018 ist der europäischen Ratspräsidentschaft Österreichs und einem Blick über die Grenzen gewidmet.

Der Zukunftsbericht behandelt mehrere Themen aus unterschiedlichen Blickwinkeln: Mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt sich Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl ebenso wie die drei E-Government-Experten Peter Parycek, Bettina Höchtl und Judith Schoßböck. Während sich Riedl eher den großen politischen Themen und ganz konkreten Forderungen zur Umsetzung in seinem Beitrag widmet, befassen sich Parycek, Höchtl und Schoßböck mit der digitalen Gemeinde(-verwaltung). Aber auch der wirtschaftliche Effekt der Digitalisierung wird sich in den nächsten Jahren dramatisch in den Gemeinden sichtbar machen, wenn sich die Geschäfte nicht umstellen. Daher schreibt Iris Thalbauer, die Geschäftsführerin der Bundessparte Handel in der WKÖ, über Möglichkeiten, wie die Geschäfte auf den Stadtplätzen trotz Online-Handel überleben und vielleicht sogar neue Tätigkeitsfelder entdecken können.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Thema Pflege: Lends Bürgermeisterin Michaela Höfelsauer, die gleichzeitig auch Leiterin eines Pflegeheims ist, gibt einen spannenden Einblick in die Praxis, während Kirsten Witte, Leiterin des Programms LebensWerte Kommune in der Bertelsmann Stiftung, das Modell des Regionalen Pflegebudgets vorstellt. Mit dem Thema Pflege in engem Zusammenhang steht die medizinische Versorgung. Ideen, wie dem drohenden Ärztemangel entgegengewirkt werden könnte, hat Tirols Ärztekammer-Präsident Artur Wechselberger.

Mit dem ewigen Reformthema der Aufgabenentflechtung steuert Gemeindebund-Generalsekretär Walter Leiss neue Aspekte bei,



„Der Politik alleine die Schuld zu geben, wäre zu einfach. Für notwendige Änderungen sind alle verantwortlich.“

Michaela Höfelsauer, Bürgermeisterin in Lend, Leiterin des örtlichen Seniorenheimes und Autorin im Zukunftsbericht 2018 zur Frage „Wie viel Pflege braucht die Pflege“



Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer widmet sich den starken Gemeinden und Jung-Journalist Patrick Krammer, der übrigens sein Können auch schon in der Lehrredaktion von Kommunalnet unter Beweis stellen konnte, reiste zu Bürgermeister Rainer Handlfinger nach Obergrafendorf. Entstanden ist eine wirklich lesenswerte Reportage über den Marktgemeinde mit 4500 Einwohnern und ihre Vorzeigeprojekte. In diesem Zukunftsbericht kommt aber noch ein zweiter Journalist zu Wort: Der Chefredakteur der Regionalmedien Austria AG sprach mit Zukunftsforscher Harry Gatterer und der Veranstalterin des Austrian World Summit darüber, wieviel Urbanität der ländliche Raum eigentlich braucht.

Der „Kommunale Zukunftsbericht 2018“ ist in einer Auflage von 5000 Stück erschienen. Er wurde am Gemeindetag an alle Teilnehmer/innen ausgegeben und wird in diesen Tagen an alle Gemeinden sowie politische Meinungsbildner in ganz Österreich versandt. Sie können den Bericht aber auch downloaden oder beim Gemeindebund in der gedruckten Fassung kostenfrei bestellen. 

Der Zukunftsbericht erscheint seit 2012 jedes Jahr, alle bisherigen Ausgaben können Sie auf gemeinebund.at/publikationen downloaden.

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

AUS UNSEREM ARCHIV



Einigung im letzten Moment: Bürde der Steuerreform entschärft

Manchmal muss man sich schon fragen, warum bei uns immer alles „im letzten Moment geschehen“ muss. Man könnte fast den Eindruck bekommen, als wäre ein ruhiger und besonnener Zugang zu Themen wie Finanzen oder Steuern irgendwie „unschicklich“.

Das „Österreich-Kommunal“ – vormals „kommunal-journal“, heute „KOMMUNAL“ – berichtete 1993 in der Ausgabe 20 über die Abschaffung der Gewerbesteuer und „größten Unmut bei allen Gemeindegemadaten“. Hintergrund war damals die Steuerreform, die mit 1. Jänner 1994 in Kraft treten sollte. Knapp vor dem Inkrafttreten gab es hektische und intensive Verhandlungen über einen Härteausgleich, und das Ergebnis lag rechtzeitig für die Ausgabe vor.

So stellten Länder und Gemeinden aus diesen Mitteln der Mehrwertsteuer für Importe, wofür der Fälligkeitstermin vorgezogen wurde, eine Milliarde Schilling (das wäre heute rund 70 Millionen Euro, allerdings ohne die Inflation einzuberechnen) zur Verfügung.

Der Rest der zusätzlich anfallenden Mehrwertsteuer wurde nach den gesetzlichen Bestim-

mungen des Finanzausgleichsgesetzes verteilt. Dabei gab es ein starkes Ringen um das Ergebnis, wobei die Positionen aller Beteiligten sehr weit auseinander lagen – auch das ein Punkt, der ohne weiteres heute noch gilt.

Bemerkenswert war folgender Satz des Berichts: „Zum größten Bedauern der Gemeindevertreter lehnte der Bund jeden Beitrag seinerseits zu diesem Härteausgleich ab, sodass Gemeinden und Länder gemeinsam eine Lösung suchten.“



Ob „die Gemeinden damit leben könnten“, darüber sprach Kommunal mit Gemeindebund-Präsident Franz Romeder (Bild links).

Tenor des Gesprächs: „Die

Gemeinden müssen und können mit dem Härteausgleich leben. Wäre es nicht im letzten Moment gelungen, diese Übereinkunft zu erzielen, wären viele Gemeinden in Österreich in größere finanzielle Schwierigkeiten gekommen. Hartes Verhandeln macht sich eben bezahlt.“

Vielleicht liegt hier auch die Antwort auf den „unschicklichen Eindruck“ der Entschärfung im letzten Moment: Vermutlich liegt die Ursache in beinhardter Verhandlungstaktik. Aber ein Scheitern dieser Taktik stellt man sich besser nicht vor.

LESER STIMMEN

Kommentar „Eigenverantwortung und Hausverstand wieder gefragt“ auf www.kommunal.at, von Walter Leiss

Danke! Hoffentlich wird dieses Statement gelesen, gehört und vor allem gelebt. Wenn es nicht gelingt, die Vollkasko-Mentalität des Staates für die Bürger hin zu einer gemeinsamen Verantwortung zu entwickeln, wird das in Zukunft weder leistbar noch verantwortlich für Gemeinden sein. Es muss nicht immer einen Schuldigen geben, Eigenverantwortung ist nicht giftig und Freiheit funktioniert ohne auch nicht. Auch die Justiz sollte dringend überlegen, in welcher Welt wir in Zukunft leben wollen – siehe Entscheidung Hechtbiss ...!

Michaela Schneidhofer,
auf Facebook

Kommentar „Nur Zusammenhalt sichert Demokratie“, in KOMMUNAL 09/2018

Sehr geehrter Herr Mag., was schlagen Sie also vor? Sie haben mit Ihren Aussagen völlig recht. Allerdings vermisse ich, gerade in Leitartikeln, immer wieder Lösungsansätze. Was bringt nun die ganze Schreiberlei? Vom Gemeindebund müssen Gegenmaßnahmen kommen. Vermutlich werden wir zukünftig die Dinge wieder richtig benennen müssen. Die Weichspülgänge müssen aufhören, das ganze überschießende Liberale zurecht gestutzt werden. Geben und Nehmen sich die Waage halten. Wer dazu nicht bereit ist, muss massive Nachteile in Kauf nehmen.

GR Christian Sigl,
per E-Mail

Lieber Herr Mag. Helmut Reindl, mit großem Interesse (und Zustimmung) habe ich Ihren Leitartikel zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der aktuellen Kommunal-Ausgabe gelesen. In meiner Masterthesis (Titel „Sozialen Zusammenhalt fördern. Kommunales Handeln in gesellschaftlicher Vielfalt“) bei Prof. Klaus Boehnke habe ich mich ausführlich mit der Thematik auseinandergesetzt. Darin wird (a) argumentiert, warum Kommunen die geeignete Ebene sind, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, und (b) theoretisch wie empirisch untersucht, welche Merkmale eine kohäsionsfördernde kommunale Politik ausmachen.

Ich finde, wir müssen an diesem Thema dranbleiben, um die liberal-demokratische Gesellschaftsordnung nicht nur beizubehalten, sondern auch weiterzuentwickeln, und die Kommunen sind dabei der entscheidende Akteur.

Matthis Dippon,
per E-Mail

AUS DER VOLKSANWALTSCHAFT ...

DR. GERTRUDE BRINEK ÜBER DIE ZUNEHMENDE VERBAUUNG DER BÖDEN



Bodenverbrauch und Verantwortung

Österreich verbraucht zu viel Boden, doppelt so viel wie Deutschland oder die Schweiz. Täglich werden rund 20 Hektar wertvolle Agrarflächen für Straßen, Siedlungen, Shopping Center und Industriehallen verbaut.

Die fortschreitende Verbauung gefährdet die Eigenversorgung mit heimischen Lebensmitteln und berührt auf negative Weise die Qualität des Tourismus und des Klimas. Die Folgen der zunehmenden Bodenversiegelung sind Überschwemmungen, Vermurungen und Zerstörungen von Wiesen, Feldern, Straßen und Häusern. Sie belasten sowohl die Hauseigentümer als auch die Gemeinden. Von den vielen Beschwerden kann die Volksanwalt-

schaft ein Lied singen.

Um diesem negativen Trend gegenzusteuern, sind Flächenwidmung und Raumordnung besonders gefordert. Den Gemeinden kommt dabei eine Schlüsselposition zu. Ich kann die „Zwickmühle“ verstehen, in der sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister befinden, wenn sie sich im Wettbewerb um die Errichtung eines neuen Gewerbegebietes mit der Nachbargemeinde sehen, wenn sie von Jungfamilien mit Umwidmungsbitten gestürmt werden, mit dem Anspruch, so wie andere ein neues Haus auf der schönen Wiese der eigenen Familie

» Die Lösung liegt in einer gemeinsamen Anstrengung von Ländern und Gemeinden.«

Gertrude Brinek

errichten zu wollen.

Die Lösung liegt in einer gemeinsamen Anstrengung von Ländern und Gemeinden. Es braucht verbindliche Anreizsysteme zur Nutzung leerstehender Gewerbe- und Industrie- flächen, eine Widmung, die zum Bauen in die

Tiefe und in die Höhe anregt, und den Mut, transparente und nachhaltige – auch überregionale – Entscheidungen zu treffen.

✉ vab@volksanwaltschaft.gv.at
<https://volksanwaltschaft.gv.at/>

FOTO://Volksanwaltschaft/Postl

EUROPA FÄNGT IN DER GEMEINDE AN

2010 hat das österreichische Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich die Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ ins Leben gerufen – mit dem Ziel, in möglichst jeder österreichischen Gemeinde/Stadt zumindest einen „EU-Gemeinderat“ / eine „EU-Gemeinderätin“ zu etablieren und derart ein aktives Netzwerk an engagierten Ansprechpartnern zu europapolitischen Themen für die Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene zu schaffen.

Die Initiative hat sich in allen 9 österreichischen Bundesländern zu einem Erfolgsmodell entwickelt - **und sie wächst weiter!**

Ein halbes Jahr vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament und während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes findet am 16. November 2018 im Palais Niederösterreich in Wien die 5. Generalversammlung der EU-Gemeinderäte statt.

In großer Wertschätzung der geleisteten Tätigkeit im Sinne der österreichischen Bürgerinnen und Bürger soll die **5. Generalversammlung** einmal mehr signalisieren: „Europa fängt in der Gemeinde an!“

5.

GENERALVERSAMMLUNG
DER EUROPA-GEMEINDERÄTE/INNEN

16. November 2018

 Bundesministerium
Europa, Integration
und Äußeres

VRV 2015

ERÖFFNUNGSBILANZ IST ERST DER ZWEITE SCHRITT

Ab 1. Jänner 2020 ist die VRV 2015 von allen Gemeinden anzuwenden. Die Eröffnungsbilanz hat langjährige Auswirkungen und sollte überlegt beschlossen werden.

TEXT // Christian Schleritzko

Viele Gemeinden verwenden zur Vorbereitung für den Start der neuen „doppelten kommunalen Buchführung“ viel Zeit mit der Erfassung und Bewertung des bestehenden Gemeindevermögens sowie der dafür erhaltenen Investitionszuschüsse. Dabei werden sie mit den verschiedensten Fragen konfrontiert – beginnend von unterschiedlichen Möglichkeiten der erstmaligen Bewertung über die Verwendung bereits vorhandener Werte aus den bestehenden Rechenwerken bis hin zu den zu ermittelten Daten für Rückstellungen oder Beteiligungen.

Gerade im Bereich der Erfassung und Bewertung des Gemeindevermögens steht den Gemeinden eine Vielzahl von Fachinformationen zur Verfügung. Beginnend von Schulungs- und Beratungsangeboten und -unterlagen von privatwirtschaftlichen Unternehmen und Softwareanbietern der Gemeinden bis hin zu Richtlinien im Burgenland oder Leitfäden in Tirol, Oberösterreich und Niederösterreich, die durch die Gemeindeaufsichten auferlegt werden. Weitere Handbücher und Leitfäden werden sicherlich folgen.

Nachdem alle Daten und Werte erhoben sind, gilt es diese ermittelten Werte in die Vermögensrechnung (in den meisten Fällen über den Anlagenspiegel) in das lang- und kurzfristige Vermögen einzuarbeiten. Weiters sind auch alle anderen bekannten Werte wie Schulden, Rücklagen etc. zu einer ersten „Roh-Eröffnungsbilanz“ (vergleichbar mit einer Rohbilanz in der Privatwirtschaftsverwaltung) einzuarbeiten.

» Vom richtigen Erkennen des Zusammenspiels aller drei Haushalte hängt – auch langfristig – das künftige Aussehen der wirtschaftlichen Gebarung der Gemeinde ab.“

Auswirkungen verstehen: In einem nächsten bzw. parallelen Schritt müssen von den Gemeinden – sowohl in den Amtsstuben als auch von den Mandataren – die Zusammenhänge innerhalb der neuen „Drei-Komponenten-Rechnung“ verstanden und erkannt werden. Dabei gilt es die Auswirkungen von Buchungen im Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt richtig zu interpretieren und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Erst wenn hier das Zusammenspiel aller drei Haushalte richtig erkannt wird, werden die Entscheidungsträger der Gemeinden auf Grund der bis dahin ermittelten Vermögenswerte und weiteren Daten jene Informationen und jenes Wissen haben, welches notwendig ist, um zu entscheiden, wie eine endgültige Eröffnungsbilanz (EB) erstellt werden soll. Schließlich hängt davon – auch langfristig – das künftige Aussehen der wirtschaftlichen Gebarung der Gemeinden ab.

Gegebenenfalls wird man sich vor der Fertigstellung der EB auch die Frage stellen müssen, ob möglicherweise die gewählten Bewertungsmethoden die richtigen waren oder ob weitere Ermittlungen von Daten über Jahrzehnte zurück erforderlich und sinnvoll sein könnten. Dies wird wesentlich davon abhängen, welche landesrechtlichen Vorschriften zukünftig für die Gemeinden gelten werden und wie der Begriff eines „ausgeglichenen Haushalts“ – welcher derzeit nach VRV 1997 über den ordentlichen Haushalt relativ einfach feststellbar ist, jedoch in Hinkunft nicht mehr besteht – neu definiert wird. Mit diesen landesrechtlichen Regelungen über die Gemeindeordnungen ist frühestens bis Ende des Jahres 2018, eher im Frühjahr 2019 zu rechnen.

SENDEN SIE IHRE MEINUNG ZUM THEMA BITTE AN

✉ leserbriefe@kommunal.at

EMPFOHLENER ZEITPLAN

In vielen Fällen wird es daher erforderlich sein, die „Roh-Eröffnungsbilanzen“ mehrfach zu überarbeiten, um schlussendlich eine solide EB zu erstellen und vom Gemeinderat beschließen zu lassen.

Wann ist der richtige Zeitpunkt für den Beschluss der Eröffnungsbilanz?

Zuletzt war immer wieder zu hören, dass die Berater darauf drängen, dass die Eröffnungsbilanz bereits so zeitgerecht zu erstellen wäre, dass daraus Daten für die Erstellung des Voranschlags für das Jahr 2020 entnommen werden können. In der VRV 2015 ist die Erstellung einer Eröffnungsbilanz spätestens per Stichtag 1. Jänner 2020 vorgesehen.

Die neue VRV schreibt jedoch den Ländern und Gemeinden nicht vor, wann die Beschlussfassung zu erfolgen hat. Zum Vergleich: Die Eröffnungsbilanz des Bundes war zum Stichtag 1. Jänner 2013 zu erstellen, vorgelegt wurde sie am 16. Dezember 2013. Die erste Eröffnungsbilanz muss also nicht schon im Jahr 2019 geschnürt werden, was nicht zuletzt angesichts von notwendigen Daten, die erst ab 31. 12. 2019 vorliegen, weder sinnvoll noch möglich ist. Allerdings empfiehlt es sich, mit den Vorbereitungsarbeiten so früh wie möglich zu beginnen und eine sogenannte „Roh-Eröffnungsbilanz“ vorzubereiten.

Bei den anstehenden Verhandlungen und Begutachtungen zu den Anpassungen der Gemeindeordnungen sollte daher besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass die endgültige Eröffnungsbilanz bis spätestens knapp vor Erstellung des Rechnungsabschlusses 2020 – das ist in den ersten Monaten des Jahres 2021

Bei der „Drei-Komponenten-Rechnung“ gilt es die Auswirkungen von Buchungen im Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt richtig zu interpretieren und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.



CHRISTIAN SCHLERITZKO IST KONSULENT DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES UND LEITET EINE PRÜFGRUPPE IN DER ABT. GEMEINDEN DER NÖ LANDESREGIERUNG

– „offen“ gehalten wird. Darüber hinaus könnte es von Vorteil sein, die Prüfungsausschüsse der Gemeinden bereits frühzeitig in die Erstellung der Eröffnungsbilanz einzubinden.

„Roh-Eröffnungsbilanz“ als Grundlage: Für die Erstellung des Ergebnisvoranschlags 2020 können die Daten aus der Roh-EB als Grundlage für die Abschreibungen, die Rücklagen und Investitionszuschüssen herangezogen werden. Alle anderen Daten sollten so wie bei den bisher erstellten Voranschlägen bekannt sein bzw. annäherungsweise geschätzt werden und waren auch jetzt schon nicht immer punktgenau. Gleiches trifft auch auf die Werte aus der Vermögensrechnung zu. Außerdem wird gerade im ersten Jahr der Umstellung das Hauptaugenmerk auf den Finanzierungsvoranschlag gerichtet werden müssen, da hier auch alle Investitionen und Darlehenstilgungen enthalten sind und diese ja bedeckt werden müssen.

Die Erstellung des Voranschlags 2020 kann daher nicht daran scheitern, dass vom Gemeinderat noch keine Eröffnungsbilanz beschlossen wurde. In dieser Frage ist daher praxisorientiert an die Umsetzung heranzugehen. Gerade das Jahr 2020 wird für die Bediensteten und die Mandatäre ein „Lernjahr“ in der doppelten kommunalen Buchführung werden. Während des Arbeitens und der Auseinandersetzung mit dem neuen System wird – zusätzlich zu den absolvierten Schulungen – jenes Wissenslevel angesammelt werden können, welches notwendig ist, um eine beschlussreife Eröffnungsbilanz zu erstellen, die die Basis für das künftige wirtschaftliche Handeln der Gemeinden ist.

Es steht natürlich den Gemeinden frei, die Eröffnungsbilanz schon früher zu beschließen. Grundvoraussetzung ist dafür jedoch, dass alle Betroffenen die neue Drei-Komponenten-Rechnung bereits beherrschen und in der Lage sind, Zusammenhänge und langfristige Auswirkungen zu erkennen. Empfehlenswerter wäre es jedoch, im Jahr 2020 eine „Roh-EB“ zu einer soliden EB umzuarbeiten. 

EINIGUNG IN LETZTER SEKUNDE BEI KINDERBETREUUNG

FINANZIERUNG BIS 2022 GESICHERT

Am 24. August 2018 wurde ein Letztentwurf einer neuen Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern „über die Elementarpädagogik für die Jahre 2018/19 bis 2021/22“ vorgestellt. Offen ist noch die Finanzierung ganztägiger Schulangebote.

TEXT // Bernhard Haubenberger

Wie im Regierungsprogramm vorgesehen, werden die drei auslaufenden Vereinbarungen im Kindergartenbereich zu einer neuen Vereinbarung „über die Elementarpädagogik für die Jahre 2018/19 bis 2021/22“ zusammengeführt. Der Entwurf bringt deutliche Verbesserungen und mehr Mittel im Vergleich zum Erstentwurf. Offen war bislang unter anderem die Höhe der jährlich vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel.

Insgesamt geht es um viel Geld, das der Bund in den letzten Jahren auf Basis der nun auslaufenden Art. 15a B-VG-Vereinbarungen im Kindergartenbereich bereitgestellt hat – jährlich 142,5 Millionen Euro. Diese Mittel setzt(en) sich zusammen aus Zuschüssen in Höhe von 70 Millionen als teilweiser Ersatz für den Wegfall der Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr, 52,5 Millionen Euro für den Ausbau und für Qualitätsverbesserungen in Kinderbetreuungseinrichtungen sowie jährlich 20 Millionen Euro für die sprachliche Frühförderung.

Der ursprüngliche Entwurf der Vereinbarung sah nur Mittel des Bundes im Gesamtausmaß von 110 Millionen Euro pro Jahr vor. Hinzu kam, dass der Entwurf vorsah, dass Gemeinden für den Wegfall der Elternbeiträge infolge des kostenlosen letzten Kindergartenjahres anstatt

„Nach intensiven Verhandlungen konnte schlussendlich erreicht werden, dass nicht nur die Gesamtmittel angehoben wurden, **sondern auch der Ersatz für den Wegfall der Elternbeiträge explizit beibehalten wird.**“



MAG. BERNHARD HAUBENBERGER IST JURIST BEIM ÖSTERR. GEMEINDEBUND

bislang 70 Millionen nur maximal 49,5 Millionen Euro erhalten hätten. Nachdem die Höhe des Ersatzes noch dazu davon abhängig war, wieviel in Ausbaumaßnahmen und sprachliche Frühförderung investiert wird, hätten Gemeinden im schlechtesten Fall gar keinen Kostenersatz mehr für das Gratiskindergartenjahr erhalten.

Dies wäre insofern problematisch, als es sich beim Gratiskindergartenjahr um eine Maßnahme handelt, die nicht einmalige, sondern fortlaufende Kosten verursacht. Würden diese Mittel eingestellt oder gekürzt werden, dann hätte das massive Auswirkungen auf die Gemeindehaushalte.

Nach intensiven Verhandlungen konnte schlussendlich erreicht werden, dass nicht nur die Gesamtmittel auf das Niveau der letzten Jahre angehoben wurden (142,5 Millionen Euro), sondern auch der Ersatz für den Wegfall der Elternbeiträge im Ausmaß von 70 Millionen Euro explizit beibehalten wird.

Da zudem der Ko-Finanzierungsbeitrag der Länder für den Ausbau und die sprachliche Frühförderung deutlich auf 52,5 Prozent angehoben wurde, stehen für alle Maßnahmen insgesamt rund 180 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung und damit mehr als die letzten Jahre.

Infolge der Kritik von Seiten der Länder und des Österreichischen Gemeindebundes wurden





Nach intensiven Verhandlungen konnte schlussendlich erreicht werden, dass nicht nur die Gesamtmittel auf das Niveau der letzten Jahre angehoben wurde (142,5 Millionen Euro), sondern auch der Ersatz für den Wegfall der Elternbeiträge im Ausmaß von 70 Millionen Euro explizit beibehalten wird.

darüber hinaus noch einige Punkte geändert, etwa in Zusammenhang mit Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (statt vier Tage nur zwei Tage/Jahr) oder im Zusammenhang mit den festgelegten Zielen und der Refundierungspflicht bei Nichterreichen der Ziele.

Ausständig ist noch eine nachhaltige Regelung bei der Finanzierung der ganztägigen Schulformen – auch hier endet demnächst eine Vereinbarung. Seit Jahren leistet der Bund sowohl bei Infrastrukturmaßnahmen (einmalig bis zu 55.000 Euro/Gruppe) auch bei Personalkosten (laufend jährlich bis zu 9000 Euro/Gruppe) einen Ko-Finanzierungsbeitrag. Grundlage hierfür ist die „Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über den weiteren Ausbau ganztägiger Schulformen“. Nachdem diese Vereinbarung mit Ende des Schuljahres 2018/19 ausläuft und zunächst nicht geplant ist, selbige zu verlängern, erhalten all jene Gemeinden, die bislang auf Grundlage der Vereinbarung investiert haben, mit Ende der Laufzeit keinerlei Personalkostenzuschüsse mehr. Die Folgen sind zwar noch nicht absehbar, zu rechnen ist aber damit, dass die Gemeinden die drohende Finanzierungslücke aus eigener Kraft nicht schließen können und daher gezwungen werden, entweder ganztägige Schulangebote zurückzufahren oder aber Betreuungsbeiträge deutlich zu erhöhen.

» Einem Beschluss des Ministerrats von Anfang Juli zufolge **sollen Gemeinden Personalkostenzuschüsse aus dem Bildungsinvestitionsgesetz erhalten**, die aufgrund der Art. 15a B-VG-Vereinbarung investiert haben.“

ANMERKUNGEN ODER KOMMENTARE BITTE AN leserbriefe@kommunal.at

Dass die Vereinbarung nicht verlängert wird, wurde bislang mit dem im Jahr 2016 beschlossenen Bildungsinvestitionsgesetz begründet. Dieses sieht für den Ausbau ganztägiger Schulangebote im Pflichtschulbereich Investitions- und Personalkostenzuschüsse in den Jahren 2019 bis 2032 (ursprünglich 2017 bis 2025) vor. Übersehen wurde dabei jedoch, dass dieses Gesetz gerade kein Ersatz für die auslaufende Art. 15a B-VG-Vereinbarung ist, da es nur Zuschüsse für neue Angebote gewährt, jedoch all jene Gemeinden im Stich lässt, die bereits Ausbaumaßnahmen getroffen haben und mit dauerhaften Personalkosten konfrontiert sind.

In den letzten Wochen ist aber auch in dieser Frage Bewegung in die Diskussion gekommen.

So wurde Anfang Juli im Ministerrat ein Beschluss gefasst, der eine (nochmalige) Novelle des Bildungsinvestitionsgesetzes vorsieht. Diesem Beschluss ist zu entnehmen, dass auch Gemeinden Personalkostenzuschüsse aus dem Bildungsinvestitionsgesetz erhalten sollen, die aufgrund der Art. 15a B-VG-Vereinbarung ganztägige Schulangebote geschaffen bzw. ausgebaut haben. Offen und noch zu verhandeln ist, in welchen zurückliegenden Zeiträumen Ausbaumaßnahmen ergriffen worden sein müssen, damit Gemeinden auch künftig Mittel für das Betreuungs- bzw. Freizeitpersonal erhalten. Ersten Informationen nach sollen nur jene Gemeinden Personalkostenzuschüsse aus dem Bildungsinvestitionsgesetz erhalten, die in den Jahren 2017/18 und 2018/19 Ausbaumaßnahmen getätigt haben.

Das würde aber bedeuten, dass alle Gemeinden, die vor 2017/18 tätig waren, nach Auslaufen der Vereinbarung keinerlei Personalkostenzuschüsse mehr erhalten.

Es wird daher wie im Kindergartenbereich auch im Bereich der ganztägigen Schulangebote notwendig sein, den Gemeinden im Wege nachhaltiger Finanzierungslösungen Planungs- und Finanzierungssicherheit zu geben. Demgemäß sollten alle Gemeinden, die ganztägige Schulangebote bereitstellen, laufend Personalkostenzuschüsse erhalten. Eine abschließende und dauerhafte Lösung könnte und sollte hernach im neuen Finanzausgleich ab 2022 erzielt werden. ●

Mehr auf <https://kommunal.at/artikel/finanzierung-der-kinderbetreuung-vorerst-gesichert>

KOMMENTAR

EIGENVERANTWORTUNG UND HAUSVERSTAND WIEDER GEFRAGT



Die letzten Wochen überraschten uns wieder einmal mit sensationellen Studienergebnissen und sonstigen Erkenntnissen. Eine Studie zeigte auf, dass sich die Abweichung des tatsächlichen Spritverbrauchs von Neuwagen in Österreich von sieben Prozent im Jahr 2000 auf zuletzt 39 Prozent mehr als verfünffacht hat. Der Mehrverbrauch hat Österreichs Autofahrer seit dem Jahr 2000 in Summe mehr als 3,8 Milliarden Euro gekostet und die Umwelt mit mehr als sieben Millionen Tonnen CO₂ belastet, wie eine Anfang September in Brüssel veröffentlichte Studie von „Transport & Environment“ zeigt. Welch überraschendes Ergebnis.

Man möge einen Autokäufer nennen, der nicht in den letzten Jahrzehnten die Erfahrungen gemacht hat, dass der angegebene Spritverbrauch nicht mit dem tatsächlichen Verbrauch übereinstimmt. Der Spritverbrauch hängt von vielen Faktoren ab: Stadtverkehr, Überland, Geschwindigkeit und Fahrverhalten etc. Ökonomisches Fahren wird seit Jahren in den Fahrschulen gelehrt, angewendet wird es nur von den Wenigsten. Das Ganze auch noch monetär zu bewerten, ist schon besonders grenzwertig. Wieviel an Mehrkosten haben unnötige Fahrten verursacht? Welche Summen hätten eingespart werden können, hätte man ein kleineres Auto gekauft? Die Rechnungen ließen sich beliebig fortsetzen. Nicht nur für den Konsumenten, auch für den Fiskus. Geringerer Verbrauch hat geringere Mineralölsteuereinnahmen zur Folge. Wieviel an Nova wäre dem Staat entgangen, hätten die Bürger andere Autos gekauft? Platz für viele neuen Studien.

» Wann wird der erste Seilbahnbetreiber verurteilt, weil er Touristen ins hochalpine Gelände bringt und sich diese dann auf ‚Wanderungen‘ begeben und in Bergnot geraten?“

Dass die Bürger viel mehr wissen als wir annehmen, zeigen auch einige Leserbriefe in der „Kleinen Zeitung“ vom 27. 8. 2018 zum Thema der Sicherung von Eisenbahnkreuzungen. Darin wird gefragt, warum denn so ein Aufhebens um die Sicherung von Eisenbahnkreuzungen betrieben wird, wenn doch die Straßenverkehrsordnung klar regelt, wie man sich einer Eisenbahnkreuzung zu nähern hat und was vor dem Übersetzen zu beachten ist. Die Bedeutung einer Stopptafel ist wohl bekannt, auch wenn sich nicht alle richtig verhalten. Die Schlussfolgerung, weil sich nicht alle richtig verhalten, müsse eine andere – eine technische – Sicherung vorgenommen werden, kann nur vom grünen Tisch aus erfolgen. Denn auch Lichtzeichen werden nicht immer befolgt. Weder auf Straßen, noch auf Eisenbahnkreuzungen. Also gleich eine Schrankenanlage vorsehen. Aber auch das hilft, wie sich erst jüngst wieder gezeigt hat, nicht immer. Auch bei einer durch Schrankenanlage gesicherten Eisenbahnkreuzung muss man sich vergewissern, dass ein gefahrloses Übersetzen möglich ist. Man darf vor allem erst dann einfahren, wenn sicher ist, dass die Kreuzung auch wieder verlassen werden kann. Das wird aber nicht beachtet. Und dann kann es im Kolonnenverkehr schon vorkommen, dass nichts weitergeht und man mitten auf der Kreuzung steht und sich die Schranken wieder schließen. Zur Sicherheit verbleibt man auch noch im Auto. Der Zug wird schon bremsen. Wir sind das ja bei Straßenkreuzungen gewöhnt. So tragisch jede Verletzung bei einem solchen Unfall ist, es bedarf nicht der Millionen, die für die Sicherung ausgegeben werden – auch die Gemeinden dürfen ja brav für die Sicherung mitzahlen –,

sondern nur die Beachtung der Regeln und mehr Hausverstand.

Der Hausverstand bleibt aber auch in vielen anderen Bereichen auf der Strecke. Unfälle mit Kühen auf der Alm, weil sich die Wanderer nicht ordnungsgemäß verhalten oder glauben sie sind im Streichelzoo, Wegehalterhaftung auf Wanderwegen wegen Unebenheiten oder Geröll auf dem Weg: Wann wird der erste Seilbahnbetreiber verurteilt, weil er Touristen ins hochalpine Gelände bringt und sich diese dann auf „Wanderungen“ begeben und in Bergnot geraten? Die Bergrettung muss ausrücken, Retter werden manchmal selbst gefährdet und das Ganze kostet eine Menge Geld. Besonders pikant in diesem Zusammenhang der Fall des Bürgermeisters von Hofstetten-Grünau in Niederösterreich. In einem Badeteich der Gemeinde wurde ein Kind von einem Hecht gebissen und der Bürgermeister in erster Instanz zur Zahlung von 14.000 Euro Schmerzensgeld verurteilt. Bei Badeteichen oder Seen, die sich im Besitz der Gemeinde befinden, ist der Bürgermeister nämlich Tierhalter und muss deshalb die Haftung übernehmen. Um in Zukunft rechtlich abgesichert zu sein, will die Gemeinde nun ein etwa sechs Quadratmeter großes Schild aufstellen. Dort sollen alle Tier- und Pflanzenarten aufgelistet werden, die sich im und rund um den See befinden, um die Besucher auf mögliche Gefahrenquellen hinzuweisen. Auch Libellen sollen auf die Tafel kommen. Zur Sicherheit würde ich auch noch auf die Zecken- und Gelsengefahr hinweisen, denn von diesen Tierchen gehen bekanntlich große Gefahren aus.

Ob das die Bürgermeister vor Verurteilung schützt, wird sich erst weisen. Überspitzt formuliert, bedürfte es der Gefahrenschilder, dass das Leben einfach lebensgefährlich ist. Oder einfach mehr Hausverstand einsetzen – und diesen auch einfordern. **K**

HOFBRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

NEGATIVZINSEN

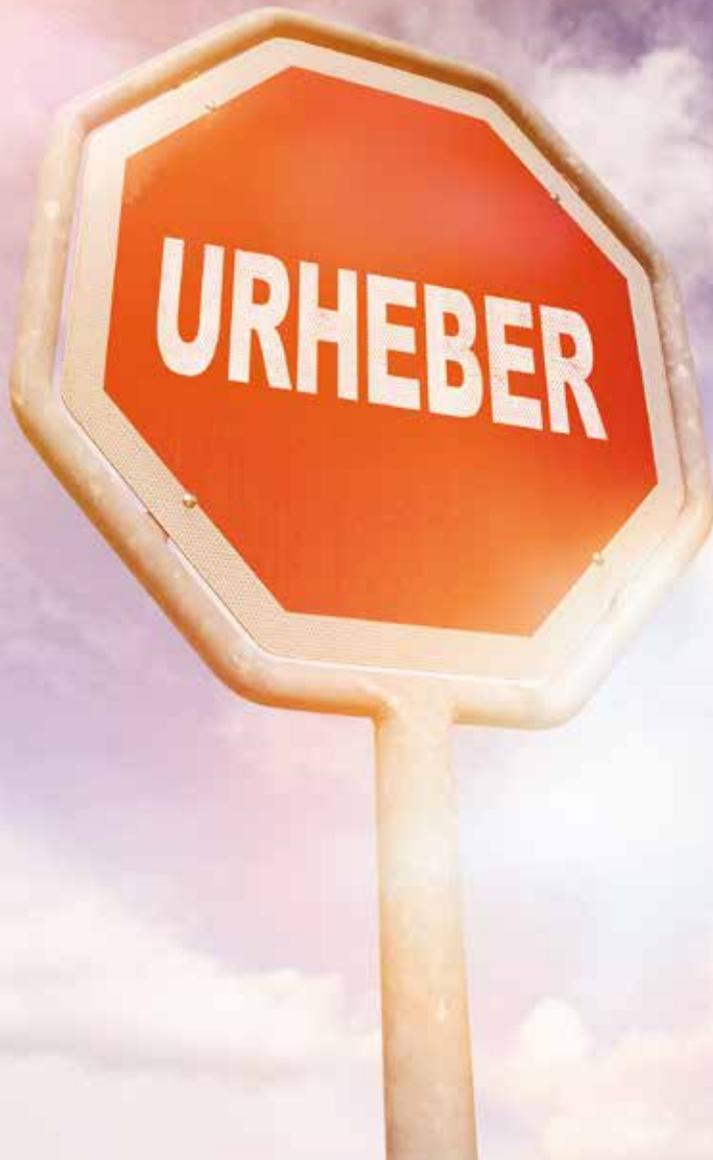
Musterklage und Beratungsangebot

Musterverfahren gestartet: Die letztinstanzliche Klärung der Frage, ob auch den Gemeinden bei ihren Darlehen mit Zinsgleitklauseln eine Rückzahlung zu viel bezahlter Zinsen zusteht, weil der negative Refinanzierungszinssatz (z. B. des seit 2015 im Minus liegenden EURIBOR) nicht bis zu einem Gesamtzinssatz von Null an den Kunden weitergegeben wurde, wird wohl noch zwei bis drei Jahre dauern. Genauer gesagt so lange, bis die Ende Juli 2018 beim zuständigen Landesgericht eingebrachte Musterklage einer heimischen Statutarstadt durch den Obersten Gerichtshof (OGH) entschieden ist. Zuversichtlich stimmt auch ein vor wenigen Wochen erstmals zu einem Unternehmenskredit erfolgtes erstinstanzliches Urteil des Handelsgerichts Wien, das die Rückzahlung von zu viel bezahlten Zinsen bejahte, da der zugrundeliegende Kreditvertrag nur eine Zinsuntergrenze, nicht jedoch auch eine Zinsobergrenze enthielt. Bis dahin gab es „nur“ eine Reihe von Entscheidungen hinsichtlich von Privatkrediten, deren Relevanz für Unternehmen und damit auch Gemeinden von Bankenseite jedoch immer verneint wurde.

Handlungsempfehlung für Gemeinden: KOMMUNAL hat in Ausgabe 2/2018 das Thema Negativzinsen und den Handlungsbedarf für die Gemeinden bereits gemeinsam mit Experten beleuchtet. Da die Verjährungsfrist nur drei Jahre beträgt und je nach Zinsabrechnungsperiode nunmehr bereits Teile der Rückzahlungsansprüche nach und nach verjähren können, sind die Gemeinden jetzt in einem ersten Schritt gefordert, sich die bestehenden Vertragsklauseln durchzusehen. Ergibt sich daraus mögliche Ansprüche, könnte ein zweiter Schritt das Herantreten an die Bank (oder auch Leasinggesellschaft) sein, um einen mehrjährigen Verjährungsverzicht zu vereinbaren (über die Plattform kommunalnet.at kann ein Muster für eine solche Verjährungsverzichtserklärung abgerufen werden), um ohne Zeitdruck die Entscheidung des OGH abwarten zu können.

Kostenlose Erstberatung durch die FRC: Damit Ihre Gemeinde vor einem Gespräch mit der Bank eine konkrete Vorstellung darüber erhält, in welcher ungefähren Höhe sich ein Rückzahlungsanspruch bewegt, bietet die Finance & Risk Consult GmbH (FRC) in Abstimmung mit dem Österreichischen Gemeindebund eine kostenlose telefonische Erstberatung an.

Nähere Informationen, wie Sie ein solches Beratungsgespräch vereinbaren können und was Sie dazu vorbereiten sollen, sind über www.kommunalnet.at/partner abrufbar.



AUS DEM EUGH URTEIL ÜBER FOTORECHTE AUF SCHULWEBSITE

Eine Schülerin verwendet ein im Internet gefundenes Foto zur Illustration eines Referats. Beides wurde auf der Website der Schule veröffentlicht, ohne den Urheber des Fotos um Erlaubnis zu fragen. Der EuGH sieht darin eine Verletzung des Urheberrechts.

Der EuGH urteilte, dass die Zustimmung zur Veröffentlichung nicht das gesamte Internet, sondern nur jene Website betrifft, für die sie ausdrücklich erteilt wurde. Durch Herunterladen und Weiterverwenden wird urheberrechtlich geschütztes Material einem neuen Personenkreis zugänglich gemacht, weshalb erneut die Zustimmung des Rechteinhabers, in diesem Fall also des Fotografen, eingeholt werden muss. Die Schule hätte also vor Veröffentlichung des Referats im Internet abklären müssen, ob das verwendete Bildmaterial rechtfrei ist.

Das Urteil betrifft Gemeinden als Schulhalter und als Betreiber von Websites und Social-Media-Auftritten. Vor der Veröffentlichung von Bildern sollte deren urheberrechtliche Nutzungsberechtigung unbedingt geklärt sein, ansonsten könnte es durchaus teuer werden.

Neugestaltung des **Gemeindepartnerschaftsprogramms**

Im Zuge der Vorbereitungen des nächsten EU-Finanzrahmens (2021 – 2027) legte die EU-Kommission einen Vorschlag zur Neugestaltung des Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger vor, zu dem bekanntlich auch die Förderung von Gemeindepartnerschaften und Netzwerken gehört.

Im neuen Programm „Rechte und Werte“ sollen vier bisherige Programme zusammenfasst werden, um durch die erzielten Synergieeffekte Kürzungen möglichst gering zu halten. Das aktuelle Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, aus dem u. a. Gemeindepartnerschaften und Netzwerke

von Gemeinden gefördert werden, soll davon prinzipiell profitieren. Zuweisung für den entsprechenden Nachfolger sollen im Vergleich zum Status quo sogar erhöht werden. Außerdem basiert das neue Programm auf einer anderen Rechtsgrundlage, womit nicht mehr Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist und das EU-Parlament Mitentscheidungsrecht erhält.

Schwer absehbar ist allerdings noch, welchen Anteil die auf Gemeinden zugeschnittenen Bestandteile letztlich einnehmen werden. Da der Bereich Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung auch europäische Bürgerinitiati-

ven umfasst, besteht die Möglichkeit, dass hier viele Förderungen abfließen, wenn es keine klaren Zuweisungen innerhalb des Programms gibt. Der europäische Dachverband RGRE hat sehr konkrete Vorstellungen, wie der Kommissionsentwurf zugunsten der Gemeinden verbessert werden kann, und betreibt aktives Lobbying.

 <https://goo.gl/FbYtwQ>



FAMILIENBONUS

Bis zu **1.500 €**
Steuern sparen
pro Kind

Berechnen Sie Ihren
persönlichen Vorteil:
familienbonusplus.at



BMF/Fotolia

Der Familienbonus Plus ist die bisher größte Entlastungsmaßnahme aller Zeiten für Familien. Insgesamt werden rund 950.000 Familien und etwa 1,6 Mio. Kinder in Höhe von bis zu 1,5 Mrd. Euro entlastet.

Ein großes Plus für Familien

Was heißt das nun für Ihre Familie? Sie erhalten künftig einen Steuerbonus von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr. Der Familienbonus Plus vermindert also direkt Ihre zu zahlende Steuer. Bei niedrigeren Einkommen bedeutet das in Zukunft sogar nicht nur weniger, sondern gar keine Einkommensteuer mehr bezahlen zu müssen.

Der Familienbonus Plus steht Ihnen so lange zu, so lange für das Kind Familienbeihilfe bezogen wird. Nach dem 18. Geburtstag Ihres Kindes steht Ihnen ein reduzierter Betrag zu, wenn für dieses Kind weiterhin Familienbeihilfe bezogen wird.

Neu: Der Kindermehrbetrag

Anders als bisher werden nun auch geringverdienende Alleinerziehende bzw. Alleinverdienende berücksichtigt, die gar keine oder eine sehr niedrige Einkommen-

steuer bezahlen. Ihnen steht künftig ein so genannter Kindermehrbetrag in Höhe von 250 Euro pro Kind und Jahr zu.

Neues ersetzt Altes – zu Ihrem Vorteil

Die gute Nachricht vorweg: Niemand steigt durch den Familienbonus Plus schlechter aus als zuvor. Im Gegenteil: Der Familienbonus Plus kann unter den Eltern aufgeteilt und damit optimal ausgenutzt werden. Da er unmittelbar die Steuer und nicht nur die Steuerbemessungsgrundlage vermindert, hat er eine vielfach höhere Entlastungswirkung als die Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten und die Berücksichtigung des Kinderfreibetrages, die ab 2019 wegfallen.

So holen Sie sich Ihren Bonus

Sie können gegenüber Ihrem Arbeitgeber erklären, dass der Familienbonus Plus ab

dem Jahr 2019 über die Lohnverrechnung berücksichtigt werden soll. Dann verringert sich schon während des Jahres Ihre Lohnsteuer. Sie können ihn aber auch nach Ablauf des Jahres beim Finanzamt über die Steuererklärung bzw. Arbeitnehmerveranlagung geltend machen.

JETZT ERSPARNIS BERECHNEN

Der bewährte **Brutto-Netto-Rechner** wurde erweitert, damit Sie sich Ihre persönliche Steuerersparnis durch den Familienbonus Plus beziehungsweise den Kindermehrbetrag ausrechnen können.

Den Rechner, den aktuellen Folder sowie weitere Informationen finden Sie gesammelt auf **familienbonusplus.at**

KLIMAAKTIV MOBIL IM KINDERGARTEN

SCHRITT FÜR SCHRITT NACHHALTIG UNTERWEGS

Aktionsideen, Spiel-, Experimentier- und Bewegungsmaterialien in der Kindergarten-Mobilitätsbox

Bewegung stärkt die Abwehrkräfte, beugt Haltungsschäden und Übergewicht vor und macht außerdem viel Freude. Die neue klimaaktiv mobil Kindergarten-Mobilitätsbox fördert auf spielerische Art schon bei den Kleinsten das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und saubere Mobilität.

Bewusstseinsarbeit im Sinne einer nachhaltigen Zukunft kann gar nicht früh genug beginnen. Umwelt- und Nachhaltigkeitswissen sind ein wichtiger, integrativer Bestandteil der österreichischen Bildungs- und Erziehungslandschaft, der schon bei den Jüngsten ansetzen muss. Mit der Kindergarten-Mobilitätsbox von klimaaktiv mobil lernen Kinder spielend, handelnd, forschend, bauend, beobachtend und nachahmend, wie wichtig aktive Mobilität ist – und vor allem, wieviel Spaß sie machen kann.

Mehr Mobilität – weniger Auto. Die Mobilitätsbox wird vom Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus im Rahmen des klimaaktiv mobil-Programms „Mobilitätsmanagement für Kinder, Eltern und Schulen“ in Form eines Verleihmodells kostenlos zur Verfügung gestellt. Kinder, die gewohnt sind, aktiv unterwegs



FOTO // © Klimabündnis Österreich

zu sein, sind die Zu-Fuß-Gehenden und Radfahrenden der Zukunft. Der Kindergarten begleitet und unterstützt die Kinder mit wertvoller Bildungsarbeit Schritt für Schritt. Mit den Angeboten der Mobilitätsbox erkunden und erfahren Kinder auf unterschiedlichste Weise ihre Kindergartenumgebung. So lässt sich die gesunde tägliche Bewegung problemlos in den Alltag integrieren.

Eine Box voller Ideen. In der Mobilitätsbox sind zu den Themen „So bin ich unterwegs“, „Ich gehe auf Entdeckungsreise“ und „Geschicht unterwegs“ Angebote und Anregungen enthalten, um das Thema

„Aktive Mobilität“ vielfältig über einen längeren Zeitraum (be-)greifbar zu machen. Sie umfasst Bücher, verschiedene Spiel-, Bewegungs- und Experimentiermaterialien sowie ein Begleitheft mit 15 Aktionsideen zur Mobilitätsbildung im Kindergarten. Sämtliche Materialien, die für die Erarbeitung der Einheiten nötig sind, werden bereitgestellt. Jedes teilnehmende Kind erhält zudem das Kinderbüchlein „Mit Anna unterwegs in den Kindergarten“ und die Postkarte „Mein Schulweg“ für zu Hause.

Vier Wochen kostenlos ausleihen. Gesamt stehen ab

Herbst 2018 zwei Mobilitätsboxen pro Bundesland (außer Wien) zur Verfügung. In der Bundeshauptstadt wurde das Konzept der Mobilitätsbox von der Mobilitätsagentur Wien bereits erfolgreich etabliert und nun seitens klimaaktiv mobil für ganz Österreich übernommen. Die Boxen für die Bundesländer können per Hotline oder E-Mail bestellt werden und stehen den Kindergärten für rund vier Wochen zur Verfügung.

MEHR INFOS

www.klimaaktivmobil.at/bildung

Holen Sie Ihre Gemeinde „Raus aus dem Öl“!

Familie X. wohnt in einem schmucken, älteren Einfamilienhaus. Oben hui, unten pfui: Denn im Keller steht immer noch Opas alte Ölheizung. Die Heizkosten sind beachtlich und der ökologische Fußabdruck raubt der Familie den Schlaf.

Zeigen Sie den Bürgerinnen und Bürgern Ihrer Gemeinde, wie sie mit dem Umstieg auf Erneuerbare bares Geld und CO₂-Emissionen senken können!

In Österreich sind noch immer rund 600.000 Heizkessel in Betrieb, die 15 bis 30 Jahre oder sogar noch älter sind. Für die Sanierungsoffensive 2018 stehen 42,6 Mio. Euro für Private und Betriebe zur



Verfügung. Die genauen Förderhöhen sind abhängig von der Qualität der Sanierung, die Gebäude müssen älter als 20 Jahre sein.

- **5000 Euro „Raus aus Öl“ - Bonus** stärkt den Fokus auf Ersatz von Ölheizungen
- **Bereits saniert** + Umstellung des fossilen Heizsystems: **bis zu 5000 Euro**

- **Einzelbaumaßnahme** + Umstellung des fossilen Heizsystems: **bis zu 8000 Euro**
- **Umfassende Sanierung** + Umstellung des fossilen Heizsystems: **bis zu 11.000 Euro**
- **Gefördert werden Holz-zentralheizungen**, thermische Solaranlagen sowie Nah-/Fernwärme-Anschlüs-

se inkl. Um- und Rückbau der Heizzentrale; Förderung von Wärmepumpen nur bei umfassenden Sanierungen

- **Umfassende und Teilsanierungen** auch ohne Heizungstausch: **bis zu 6000 Euro**

Die Abwicklung erfolgt über die Bausparkassen oder direkt über www.umweltfoerderung.at. Die Aktion ist bis 28. 2. 2019 befristet.

Musterartikel für Ihre Gemeindezeitung und –Homepage finden Sie auf kommunalnet.at. Weitere Information sowie Bildmaterial oder untenstehendes Sujet können Sie auch unter presse@bmnt.gv.at anfordern.

Oben **HUI**

Unten **PFUI?**

Wird es wieder mal Zeit Ihren Keller zu entrümpeln?

Entsorgen Sie jetzt Ihren alten Ölkessel und holen Sie sich den „Raus aus dem Öl“-Bonus von 5.000€.

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) fördert mit dem 5.000€ „Raus aus dem Öl“-Bonus die Umstellung einer Ölheizung auf eine alternative Heizform – wie thermische Solaranlagen, Holzzentralheizungen oder Nah-/Fernwärmeanschluss. Bei gleichzeitiger thermischer Sanierung des Gebäudes können Sie sich zusätzlich noch bis zu 6.000€ Prämie sichern. Steigen Sie jetzt um und kassieren Sie! Die Aktion gilt bis 28. 2. 2019.

GESTALTEN & ARBEITEN

FACEBOOK & CO.

Müssen Gemeinden ihre
Seiten löschen?

Seite 80

WLAN-HOTSPOTS

Neue KfV-Studie zeigt
Risiken auf

Seite 82

Kettenbruck
am See
Bezirk Neuland

DIGITALISIERUNG

ÖSTERREICHS DIGITALSTE GEMEINDE

Kennen Sie Kettenbruck? – Nein? Kettenbruck ist Österreichs ungewöhnlichste und zugleich modernste Gemeinde. Das Besondere an ihr: sie ist Österreichs erste virtuelle Gemeinde. KOMMUNAL hat sie besucht und erklärt, wozu so eine Gemeinde überhaupt gut ist.

TEXT // Andreas Hussak

Kettenbruck ist wahrlich eine außergewöhnliche Gemeinde. Ihre Bürger sind Datensätze, Ihre Verwaltung ist komplett digitalisiert, und Kettenbruck liegt extrem nah – genauer gesagt, nur einen Klick weit entfernt. Auch die öffentliche Sicherheit ist beneidenswert hoch, basieren doch die meisten Abläufe in Kettenbruck auf der Blockchain.

Wer jetzt nur Bahnhof versteht, ist nicht allein.

Uns in der KOMMUNAL-Redaktion ging es nicht anders, daher haben wir uns mit Matthias Lichtenthaler, einem der Gründungsväter von Kettenbruck, getroffen. Lichtenthaler ist Bereichsleiter Digital Transformation im Bundesrechenzentrum (BRZ). Er empfängt uns in der „Innovation Factory“, jenem realen Ort im BRZ, in dem Kettenbruck gegründet wurde. Der Name der Gemeinde ist übrigens auch Lichtenthalers Idee gewesen. Inspiriert wurde er dazu zum einen von der unweit seiner Wiener Wohnung gelegenen Kettenbrückengasse und zum anderen von der Analogie zur Blockchain, also der Blockkette.

Die Blockchain spielt in Kettenbruck eine ganz wichtige Rolle. Wer mit dem Begriff noch nicht vertraut ist, liest am besten jetzt den Info-Kasten auf der nächsten Seite.

Mit dem Wissen, was es mit dieser dezentralen Datenbank auf sich hat, erklärt Lichtenthaler die

Idee, die Absicht und die Funktionsweise von Kettenbruck.

Die Idee der virtuellen Gemeinde ist, auf einfache und anschauliche Weise darzustellen, in welcher Fülle von kommunalen Themenbereichen digitaler Fortschritt heute schon anwendbar ist. Wer auf www.kettenbruck.at surft, findet sich auf dem Hauptplatz der Gemeinde wieder und findet über den ganzen Ort verteilt Anwendungsbeispiele von Tools, die schon jetzt von Kommunen umgesetzt werden können, deren Arbeit erleichtern oder die Arbeitseffizienz optimieren. Die Seite ist nichts anderes als ein digitales Schaufenster, das den Entscheidungsträgern in den Gemeinden klar und verständlich die Möglichkeiten aufzeigt, die sie auch ohne speziellen IT-Kenntnisse in die Arbeitsabläufe der Gemeinde integrieren können. Das betrifft die Webseite wohlgerne! Denn – und das ist Lichtenthaler ganz wichtig – Kettenbruck ist noch viel mehr als nur ein Schaufenster. Es soll eine Brücke schlagen zwischen dem Virtuellen und der Realität.

Der Kern Kettenbrucks ist eine Werkstatt, in der digitale Ideen und Lösungen erst einmal validiert werden. Anhand von Fachverfahren, auch unter Einbeziehung von anonymisierten Echtdateien werden neue Anwendungen auf Herz und Nieren getestet. Auf ihre Sicherheit, auf ihre Verlässlichkeit, aber auch auf ihre Nutzerfreundlichkeit und Praxistauglichkeit. Nur was gut >>

genug genug ist, wird ins Schaufenster gestellt. Mittlerweile sind das bereits zehn verschiedene Anwendungsfälle, sogenannte Use Cases. Mehr als ein Dutzend weitere befinden sich zur Zeit in der Evaluation. Bei einem geht es zum Beispiel um digitale Transaktionen im Immobilienbereich. „Aufgrund der Legistik wäre er heute noch gar nicht umsetzbar, aber wir wollen zeigen, dass es technisch machbar ist“, verrät Lichtenthaler. Die Werkstatt ist eine „Sandbox“ mit der Anbindung an Fachverfahren. Die Kandidaten müssen quasi eine Prüfung am offenen Herzen durchlaufen. Eine strukturierte und möglichst standardisierte Vorgehensweise ist auch insofern hilfreich und interessant, da die bestandene Prüfung der Anwendungsfälle ein gutes Argument für die FFG, die Technologieförderung des Digitalisierungsministeriums und ähnlichem sein kann: „Certified by BRZ“. „Blockpit“ beispielsweise hat die Prüfung bereits bestanden. Das Tool liefert eine hochintelligente Auswertung aus Kryptoportalen. Trader und Miner von Kryptowährungen können sich damit ausrechnen, was sie an Steuern zu zahlen haben, denn auch das ist Steuerhinterziehung, wenn man diese Angaben nicht macht. Ein anderes Tool (Farmdok) hilft beim Aufzeichnen und Auswerten der Feldarbeit; künftig könnte ähnliches auch für den Winterdienst kommen. e-Zustellung, abgesichert in der Blockchain, „naturetrip“, ein Service zur Ausflugsplanung (nicht nur für Touristen) in der Region, oder „Homecare“ für die vernetzte Kommunikation in der Pflege sind weitere Anwendungsgebiete, die es bereits ins Schaufenster geschafft haben.

„Wir haben gemerkt, dass Bürgerpartizipation ein großes Thema ist“, erklärt Lichtenthaler. Dafür gibt es E-Democracy. Das hausintern entwickelte Programm ist fixfertig, in der Blockchain abgesichert und leicht anzuwenden. Mit ihm lassen sich strukturierte Abstimmungen in der Gemeinde online durchführen. Im oberösterreichischen Krengelbach ist das bereits geschehen. Genau darin liegt der Sinn von Kettenbruck: reale Gemeinden vom Einsatz digitaler Technologien zu überzeugen. Darum sucht man die Kooperation mit Österreichs Kommunen. Noch diesen Herbst soll das niederösterreichische Kremsmünster die erste Partnergemeinde von Kettenbruck werden. Weitere Gemeinden sind hochwillkommen: „Wir möchten Projekte auf kommunaler Ebene möglich machen, Konzepte, die in der Schublade liegen, in die Realität bringen und so bundeswei-

Kettenbruck



Homecare

Digitale Technik im Verbund mit dem Health-Care-Center ermöglicht individuelle Betreuung.

Digital Wallet

Dokumente sicher mittels Blockchain und Verschlüsselung aufbewahren.

Kinetic Smart-City Platform

Sensoren sammeln Daten und optimieren Verwaltung & Service von Kettenbruck

WAS IST EINE BLOCKCHAIN?

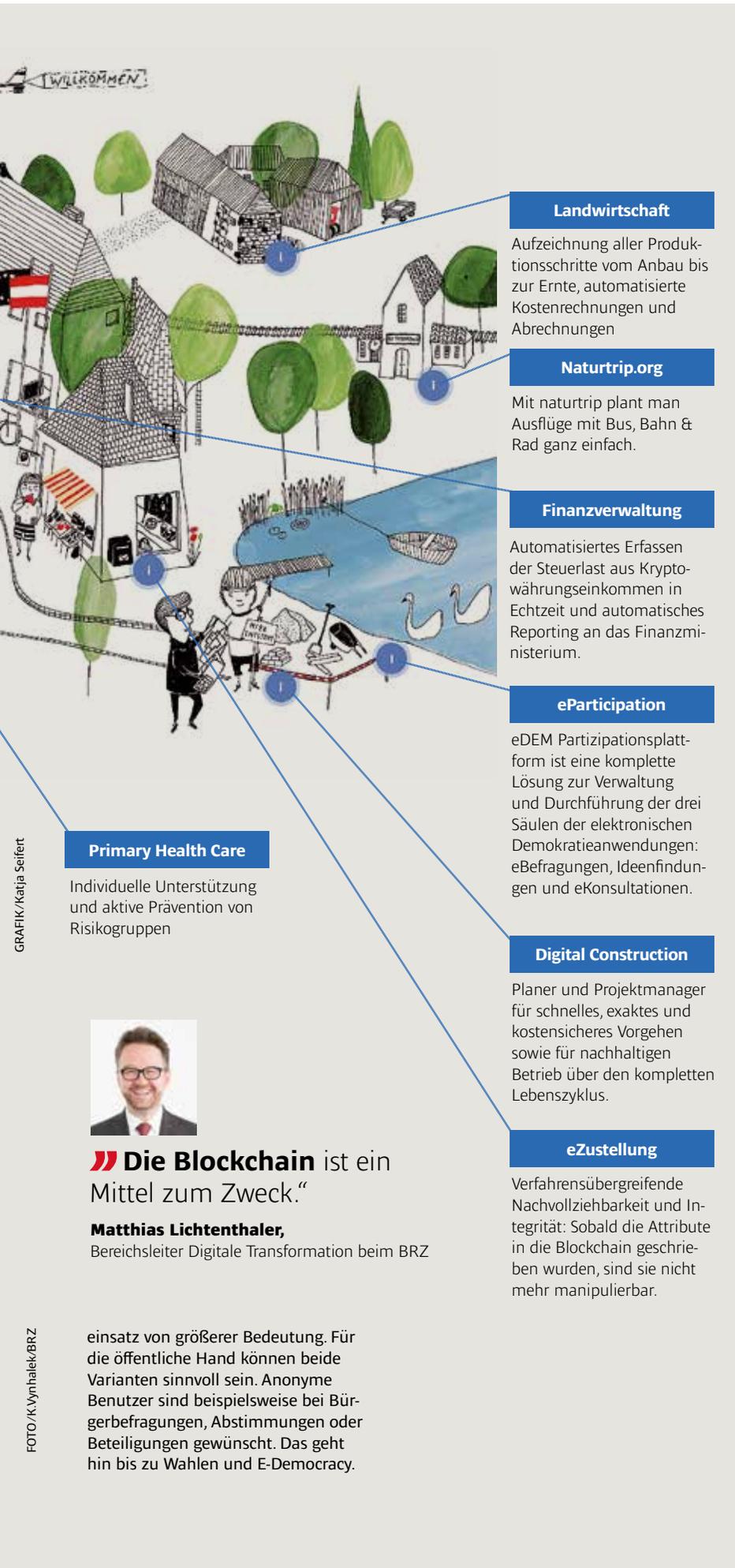
Die Blockchain ist ein öffentliches, elektronisches **Register** für digitale Datensätze, Ereignisse oder Transaktionen, die durch die Teilnehmer eines verteilten Rechnernetzes verwaltet werden.

Es handelt sich also um eine **dezentrale Datenbank**, die alle Arten von Transaktionen in eine Reihe von Blöcken gruppiert und in einem Peer-to-Peer-Netzwerk speichert, bei dem alle Teilnehmer die gleichen Rechte besitzen. Da die Blöcke in chronologischer Reihenfolge über eine kryptografische Signatur miteinander verknüpft sind und nicht verändert werden können, ist die Blockchain **fälschungssicher**.

Mit der Blockchain können viele bisherige Abläufe automatisiert und sogenannte Intermediäre eingespart werden. Intermediäre sind Institutionen, wie

Notare, Banken, Kreditkartenfirmen, aber auch Unternehmensformen oder Regierungen, die (Rechts-)Sicherheit und Vertrauen ermöglichen.

Mit der Blockchain-Technologie können jetzt bereits bestehende Anwendungsfälle durch effizientere und gleichzeitig noch sicherere Anwendungen umgesetzt werden. Zudem besteht die Möglichkeit, neue innovative Dienste und Anwendungen zu schaffen, die bisher noch nicht denkbar oder aus Kosteneffizienz nicht umsetzbar waren. Es gibt öffentliche und private Blockchains. Bei ersterer sind die Benutzer anonym, aber alle Transaktionen sichtbar, bei zweiterer sind die Benutzer bekannt, doch diese Blockchain-Variante wird über Zugriffsrechte definiert und ist wahrscheinlich für den Unternehmens-



te Blueprints für Kommunen schaffen.“ Andere Gemeinden müssten dadurch nicht mehr bei Null anfangen, weil es schon durchgespielte Beispiele und Vorlagen gäbe.

Die Blockchain ist bei weitem nicht der einzige Schwerpunkt von Kettenbruck, aber dennoch höchst präsent. „Sie steht aber nicht im Vordergrund weil sie so cool ist oder die Leute sie funky finden. Sie ist vielmehr ein Mittel zum Zweck“, stellt Lichtenthaler klar. Künftige „digitale Bauprojekte“ der öffentlichen Hand könnten dem Bürgermeister alle Prozessschritte in der Blockchain sichern und ihm so dabei helfen, beweisführungssicher zu sein. Zum Beispiel beim Bau einer Umfahrungsstraße. Ein solcher steht im Leben eines Bürgermeisters höchstwahrscheinlich nur einmal an, spricht er hat diesbezüglich keine Erfahrungswerte, auf die er zurückgreifen kann.

„Mit einer digitalen Oberfläche hätte er plötzlich einen Leitfaden zur Verfügung, basierend auf Erkenntnissen aus ähnlichen Projekten in anderen Gemeinden. Einen Leitfaden von der allerersten Gemeinderatssitzung, in der die Idee geboren wurde, bis hin zur Übergabe der fertigen Straße an den regulären Straßenverkehrsbetrieb. Hilfe, das Projekt zu managen, und Antworten auf die Frage, wie er dafür sorgen kann, dass das, was verhandelt wurde auch tatsächlich in die Bauplanung einfließt“, freut sich Lichtenthaler auf weitere Innovationsimpulse durch Kettenbruck. Auf komplexere Use Cases fürs Optimieren der Verwaltung in einer größeren Kommune genauso wie auf einfache, praktische Anwendungen, oder auf den Austausch mit anderen EU-Staaten. Verschiedene Kontakte, etwa nach Deutschland, Frankreich oder Schweden gibt es bereits. Möglichen Kooperationen im Rahmen der Horizon 2020, einem EU-weiten Projekt, bei dem in den kommenden Jahren zig Milliarden Euro Förderung ausgeschüttet werden.

Österreich ist im internationalen Vergleich gut unterwegs, was die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung betrifft. „Vom Bund wurde viel getan“, konstatiert Lichtenthaler, „und im Gemeindeumfeld gibt es ... sehr große Unterschiede.“ Anders gesagt, für Kettenbruck gibt es noch genug zu tun, denn die Digitalisierung und insbesondere die Blockchain-Technologie werden an Bedeutung noch maßgeblich zulegen. Die Grafik auf der folgenden Doppelseite veranschaulicht das. ●

Blockchain Use Cases around the World

Die USA haben in Sachen Blockchain die Nase vorn. Der Rest der Welt folgt aber mit großen Schritten. Österreich ist seit Juni mit dem Netzwerk Blockchain Village „Kettenbruck“ auf den Zug aufgesprungen.

Vereinigtes Königreich

17 % aller Blockchain-Start-ups sind im UK registriert, das damit mit Abstand das Ranking in Europa anführt.

USA/Bentonville/Arkansas

Wie kann man die Lieferkette von Lebensmitteln – vom Bauernhof bis ins Supermarktregal – lückenlos und nachvollziehbar dokumentieren? Frank Yiannas aus Bentonville, Arkansas, war seit Jahren auf der Suche nach einer adäquaten Lösung. Gemeinsam mit IBM setzt der Experte für Lebensmittelsicherheit bei der Supermarktkette Walmart nun ebenfalls auf die Blockchain.

USA

40 % aller Blockchain-Start-ups sind in den USA registriert.

Niederlande

20 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Behörden arbeiten gemeinsam an Einsatzmöglichkeiten für die Blockchain-Technologie – Fokus: digitale Identität. Das Ganze nennt sich treffend „Nationale Blockchain-Koalition“.

USA/Delaware

Der US-Bundesstaat Delaware verfolgt eine massive Blockchain-Agenda. Pilotprojekt war die Speicherung staatlicher Akten (Delaware Public Archives). Am 1. Juli hat man als erster Bundesstaat den Aktienhandel über Blockchain im lokalen Parlament abgesegnet.

Deutschland

In Frankfurt testet die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) die Blockchain-Technologie, um Beschaffungsprozesse abzubilden. Die Blockchain-Technologie ermöglicht es, sämtliche Arbeits- und Genehmigungsschritte eines Projekts zuverlässig abzubilden. Pilotprojekte sollen in mehreren afrikanischen Ländern starten.

USA/Brooklyn

Im Zusammenhang mit Energienetzwerken testet das junge New Yorker Energieunternehmen LO3 Energy gemeinsam mit Siemens Digital Grid und dem Siemens-Start-up-Förderer next47 ein Microgrid in Brooklyn. Dort handeln Nachbarn auf einer Blockchain-Plattform mit Solarstrom.

Schweden

Wie ein Grundbuchamt funktioniert, zeigt ein Pilotprojekt gemeinsam mit Partnern aus der Telekomindustrie und Banken; Käufer, Verkäufer und Makler können via Blockchain die Transaktion am Smartphone abwickeln.

Estland

Alle Daten des öffentlichen Sektors werden mit Blockchain gesichert - Identifizierung von Datensätzen ohne Rekonstruktion der enthaltenen Informationen. Die Daten werden auf Behörden-Rechnern gespeichert. Es gibt einen kryptografischen Nachweis, dass Daten nicht geändert wurden.

Georgien

möchte das Grundbuch auf Blockchain umstellen und erfüllt dafür die Voraussetzungen bestens: gute Datenlage und eine moderne Verwaltung. Man strebt eine Verteilung auf privater und öffentlicher Blockchain an, um das Vertrauen zu stärken.

Dubai

plant digitale Reisepässe, für die keine manuelle Kontrolle am Flughafen mehr nötig sein soll. Biometrische Daten, die auf dem Weg vom Flugzeug zum Ausgang erhoben werden (die Passagiere werden in einem Tunnel gescannt), verbunden mit Blockchain-Technologie machen es möglich.

Kettenbruck

Jordanien

Das Land verknüpft, in Kooperation mit den UN, Iris-Scans von Flüchtlingen mit einer Blockchain und prüft so Identität und Anspruch auf Hilfsleistungen. Über 10.000 Menschen sind mit diesem Pilotprojekt erfasst worden.

Österreich

Die virtuelle Gemeinde „Kettenbruck“ ist Österreichs modernste Ortschaft und auch bereit, Blockchain-Anwendungen auszuprobieren. Darüber hinaus können reale Gemeinden Partnerschaften mit Kettenbruck eingehen, um sich Inspiration für die Digitalisierung zu holen.

Willkommen in

Kettenbruck

Um die verschiedenen Aktivitäten rund um das Thema Blockchain in Österreich sichtbar zu machen, wurde vom Bundeskanzleramt eine Blockchain Village ins Leben gerufen. Als Partner dieser virtuellen Gemeinde hat das BRZ den Ortsnamen „Kettenbruck“ kreiert. Im Rahmen dieses Netzwerks werden Anwendungsfälle der Blockchain-Technologie betrachtet und Fachleute können sich zu diesem Thema austauschen. Die Kick-off-Veranstaltung für Kettenbruck, bei der erste Projekte in Österreich vorgestellt wurden, fand im Juni statt.

Singapur

Die Diamantenhandelsbörse arbeitet mit zwei Blockchain-Unternehmen an der Sicherstellung der eindeutigen Identifizierung von Diamanten. Die Besitzer von Diamanten erhalten Zertifikate über die Echtheit und den Besitzstatus, beim Weiterverkauf wird dies mittels Blockchain an den neuen Besitzer weitergegeben.

DSGVO

MÜSSEN GEMEINDEN IHRE FACEBOOK-SEITEN LÖSCHEN?



Mehrere Landesverbände des Gemeindebundes raten seit Bekanntwerden eines EuGH-Urteils von Ende Juni den Gemeinden, ihre Facebook-Seiten inaktiv zu stellen bzw. zu löschen. Grund dafür ist die DSGVO, wonach Betreiber von Facebook-Seiten bei Datenverstößen mithaftan.

Anlass für die Besorgnis ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Demnach haften Betreiber von Facebook-Seiten für (potenzielle) Datenverstöße mit. In dem Urteil wurde festgestellt, dass Facebook UND der Seitenbetreiber die Verantwortung für die Einhaltung des Datenschutzes haben – wenn auch nicht im selben Ausmaß.

Konkret geht es um den „Insights“-Button, der darüber informiert, wie viele Seitenaufrufe es gibt, die Anzahl der Interaktionen und die Reichweite. Das EuGH-Urteil ist eine Vorabentscheidung für den Deutschen Gerichtshof in einer innerstaatlichen Angelegenheit. Das Verfahren in Deutschland ist aber noch offen.

Hinweis auf die Facebook-Seite stellen. Bis zu einer Klärung der Frage rät Christian Schweighofer, Leiter der Abteilung Recht und Personalrecht und FH-Lektor der FH Oberösterreich, in einem Beitrag für kommunalnet folgenden Hinweis auf der Facebook-Seite anzubringen:

Lieber Betrachter unserer Facebook-Fanpage! Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seiner Entscheidung vom 05.06.2018 ausgesprochen, dass Betreiber von Facebook-Fanpages aus datenschutzrechtlicher Sicht auch „Verantwortlicher“ für die



LINKS ZUM THEMA

Hier finden Sie das EUGH-Urteil RS-C 210/16 auf den Seiten des Europäischen Gerichtshofs
<https://goo.gl/MJ6Jh4>

und hier eine rechtliche Abhandlung von Univ.-Prof. Dr. Clemens Appl. LL.M. sowie MMag. Philipp Homar vom Fachbereich „Geistiges Eigentum und Datenschutz“ der Donau-Uni Krems

<https://kommunal.at/artikel/was-zu-beachten-ist-wenn-man-auf-youtube-hochlaedt>

Verarbeitung der Daten durch Facebook gemeinsam mit Facebook sind. Facebook-Pages arbeitet im Bereich des Reiters „Insights“ mit sogenannten Cookies, die Dein Verhalten auf unserer Fanpage mitschreiben. Auf dieser Basis sind die Auswertungen, die Du in „Insights“ siehst, erst möglich. Dadurch haben wir als Betreiber der Fanpage eine Mitverantwortung – zumindest laut EuGH. Allerdings haben wir auf Facebook keinen Einfluss, die Funktion „Insights“ zu deaktivieren. Dennoch hat Facebook zwischenzeitlich am Reiter „Insights“ gearbeitet. Wir wissen aber nicht, ob damit auch die zugrundeliegenden Funktionen im Hintergrund deaktiviert worden sind.

Aus diesem Grund hat die FH OÖ bei Facebook Ireland Ltd. eine Beschwerde mit der Aufforderung, die Entscheidung über die Verwendung von „Insights“ in die Sphäre der Benutzer zu verlagern, eingebracht und unter Vorgabe einer einmonatigen Umsetzungsfrist eine weitere Beschwerde bei der österreichischen Aufsichtsbehörde gem. Art. 77 DSGVO angekündigt. Wenn du also ganz sicher sein willst, dass Dein Surfverhalten von Facebook nicht mitgeschrieben wird, darfst Du diese Seite vorerst nicht mehr einsehen.

Mit freundlichen Grüßen,
 Dein Facebook-Pagebetreiber



In einer überhasteten Aktion die Fanseiten vom Netz zu nehmen, wird nicht geraten. Schließlich ist ja nicht nur Facebook betroffen, sondern in weiterer Folge auch andere soziale Medien. Trotzdem sollte sich jede Behörde dem Restrisiko bewusst sein. Die finale Entscheidung liegt klarerweise bei der Gemeinde.

Experte rät zum Abwarten. Reinhard Haider, Amtsleiter in Kremsmünster und E-Government-Beauftragter des OÖ Gemeindebundes, rät dazu, „Fanseiten“ nicht gleich zu löschen, sondern erst einmal abzuwarten. „Schließlich ist ja nicht nur Facebook betroffen, sondern in weiterer Folge auch andere soziale Medien. Trotzdem sollte sich jede Behörde dem Restrisiko bewusst sein. Die finale Entscheidung liegt klarerweise bei der Gemeinde. Jedenfalls gilt diese Empfehlung vorbehaltlich einer möglichen Entscheidung der Datenschutz-Aufsichtsbehörde in Österreich. Die Empfehlung ist zwar begründet, könnte aber vor Gericht anders gesehen werden und auch eine Schadenersatzpflicht auslösen“, so Haider auf kommunalnet.

Warnung auch vor WhatsApp. Erwin Dirnberger, Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, rät Bürgermeisterinnen auch, auf WhatsApp zu verzichten. Vor allem mit dem Diensthandy und für die Weitergabe schützenswerter Daten sollte WhatsApp nicht verwendet werden, weil es gehackt werden könnte. ❁

Mehr dazu auf www.gemeindebund.at

PITTERS[®] KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST
TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER.



Finanzierung von Infrastruktur als kommunale Daseinsvorsorge

Diesmal befasst sich KOMMUNAL mit dem Dachthema des Gemeindetages „Infrastruktur als kommunale Daseinsvorsorge“, eine Sache, die die Gemeinden das ganze Jahr über beschäftigt. An erster Stelle steht dabei eine umfassende Dokumentation aller Gemeindegebäude mit den wichtigsten Daten wie Baujahr, durchgeführte bzw. geplante Sanierungsmaßnahmen und Energieberichte. Begleitend zur Entscheidung, ob eine Sanierung oder ein Neubau sinnvoller erscheint, stellt sich den Verantwortlichen die Frage der Finanzierung.

Dem aktuellen Pitters[®] KOMMUNALTrend zufolge beabsichtigen die Gemeinden 2018 über fünf Milliarden Euro in Bau und Sanierung zu investieren. Es muss daher frühzeitig abgeklärt werden, ob es Förderungen vom Land, dem Bund oder der EU gibt. Interessante Alternativen dazu stellen Betreibergesellschaften, Contracting- oder Lebenszyklus-Modelle dar. Wenn diese Fragen beantwortet wurden, können sich die Verantwortlichen auf weitere Aspekte

wie etwa die Optimierung des Energieverbrauchs konzentrieren. Am Beispiel thermische Sanierung lässt sich gut aufzeigen, welche hohe ökologische und ökonomische Bedeutung dies für die Kommunen hat. Durch die Steigerung der Energieeffizienz innerhalb der Gebäude können enorme Kosten eingespart werden. Im Idealfall kommt es zu einer gesunden

Durchmischung zwischen historischen Bauten und modernen, architektonisch attraktiven Gebäuden. Für die Bewohner hat das kommunale Erscheinungsbild zusätzlich identitätsstiftende Wirkung, wenn sie sich

„Wohlüberlegtes Bauen und Sanieren ist identitätsstiftend für Gemeinden.“

mit der öffentlichen Ästhetik ihrer Heimatgemeinde auseinandersetzen.

All diese Themenbereiche müssen in den Gemeindegremien rechtzeitig diskutiert und entschieden werden, um eine erfolgreiche Zukunft – basierend auf einer ökonomischen, energieeffizienten und lebenswerten Infrastruktur – zu garantieren.

office@pitters.at
www.pitters.at



KFV UND DIE DIGITALE SICHERHEIT

WLAN-HOTSPOTS SICHER NUTZEN

Ob zum Checken der Whats-App-Nachrichten oder E-Mails, Posten von Fotos oder für eine schnelle Worksession im Kaffeehaus: Das Angebot kostenloser WLAN-Hotspots wird von Smartphone-, Tablet- und Notebookusern gerne und oft angenommen – meist ohne über potenzielle Sicherheitslücken nachzudenken. Eine aktuelle Studie des KFV verdeutlicht nun unterschätzte Risiken bei der WLAN-Nutzung.

Kostenlosen Internetzugang über WLAN anzubieten, ist in zahlreichen Hotels, Lokalen und Einkaufszentren bereits eine Selbstverständlichkeit. Auch vielen Städten und Gemeinden ist die WLAN-Abdeckung öffentlicher Plätze ein großes Anliegen, um Einwohnern und Gästen schnellen und unkomplizierten Zugang zu Informationen aus dem World Wide Web bieten zu können. Ebendiese Eigenschaft ist es jedoch, die kostenlose WLAN-Hotspots auch attraktiv für Missbrauch macht – denn Hacker können so nahezu uneingeschränkter Zugriff auf ungesicherte Geräte im selben Netzwerk erhalten. Potenziell haben Hacker in einer Großstadt wie Wien die Möglichkeit, pro Minute mehr als 50 internetfähige Geräte durch unsichere WLAN-Verbindungen zu kapern – das zeigt eine aktuelle Untersuchung des KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit).

Mangelndes Bewusstsein über Risiken. Im Rahmen der von Mai bis Juni 2018 an elf hochfrequentierten (Infrastruktur-)Knotenpunkten in Wien durchgeführten Studie wurden Sicherheitseinstellungen von WLAN-Netzwerken sowie die Netzwerknutzung der Endgeräte anonym erfasst. Insgesamt wurden rund 16.300 WLAN-Zugangspunkte und rund 66.000 End-

„**Vielen Kommunen ist die WLAN-Abdeckung ein großes Anliegen, um einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu Informationen aus dem World Wide Web bieten zu können.**“

geräte analysiert – mit dem Ziel, Aufschluss über die potenziellen Risiken zu erhalten, die bei der Nutzung öffentlicher Netzwerke entstehen können. Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass sowohl den WLAN-Betreibern als auch den Nutzern selbst die Risiken oft nicht bewusst sind: Pro Stunde kann man als User in einer Großstadt wie Wien mit rund 700 möglichen Internetzugangspunkten in Kontakt kommen. Rund die Hälfte dieser WLAN-Netzwerke ist nicht optimal gesichert. „Darüber hinaus stellten zehn Prozent der untersuchten Geräte durch den Automatik-Modus ohne Aktion des Besitzers Verbindungen mit diversen Netzwerken her – wären im Falle eines Hacker-Angriffes somit in höchstem Maße potenziell gefährdet“, erläutert Dr. Armin Kaltenegger, Leiter des Bereichs Eigentumsschutz im KFV. Je nach Sicherung und Verschlüsselung der angebotenen Netzwerke könnten Hacker in diesem Fall Zugang zu personenbezogenen Daten, Bankverbindungen oder Passwörtern erhalten – und diese in weiterer Folge beispielsweise für Online-Einkäufe oder Bankgeschäfte missbrauchen.

Wer haftet im Schadensfall? Grundsätzlich ist der Schädiger (zum Beispiel ein Hacker) stets dann verantwortlich, wenn er durch ein rechts-

widriges und schuldhaftes Verhalten einen Schaden verursacht hat. Ist der Täter nicht auffindbar, hat – neben anderen potenziellen Haftungsträgern wie zum Beispiel Banken im Rahmen der für sie geltenden gesetzlichen Vorschriften – der Nutzer den entstandenen Schaden selbst zu tragen. Für WLAN-Betreiber gilt: Wer sein WLAN mit allen zum Stand der Technik gehörenden Maßnahmen gegen den Missbrauch durch Dritte absichert, ist auf der sicheren Seite. Darüber hinaus bieten viele Versicherungen und Mobilfunk-Anbieter die Möglichkeit einer Versicherung gegen Cyberkriminalität für Unternehmen und Privatkunden.

WLAN nur bei Bedarf aktivieren. Mit ein paar Handgriffen und Einstellungen können mobile Internetnutzer den Schutz vor ungewollten Zugriffen auf ihre Daten effektiv erhöhen. Grundsätzlich gilt: regelmäßige Updates machen! Das Betriebssystem des Endgeräts sowie alle Apps sollten auf dem aktuellsten Stand sein, das reduziert die Gefahr von Datendiebstahl. Zudem sollten WLAN-Verbindungen nur im Bedarfsfall aufgerufen und nicht dauerhaft aktiviert sein. Hat sich das Smartphone einmal in ein mit Passwort gesichertes WLAN-Netz

„Zehn Prozent der untersuchten Geräte stellen durch den Automatik-Modus ohne Aktion des Besitzers Verbindungen mit diversen Netzwerken her. **Im Falle eines Hacker-Angriffes wären sie in höchstem Maße potenziell gefährdet.**“

Dr. Armin Kaltenegger,
Leiter des Bereichs Eigentumsschutz im KfV

eingebucht, merkt sich das Handy die Zugangsdaten und meldet sich an dem bereits bekannten Hotspot automatisch an, sobald der Nutzer erneut in Reichweite ist. Das regelmäßige Löschen bzw. „Ausmisten“ der lokalen WLAN-Liste hilft, das unbemerkte Einwählen in Netzwerke zu reduzieren.

KfV-Tipps zum Schutz gegen WLAN-Übergriffe

- Loggen Sie sich nur in Netzwerke ein, die Ihnen bekannt sind und die sich physisch in unmittelbarer Nähe beziehungsweise Reichweite befinden.
- Achten Sie auf Sicherheitsstandards und Verschlüsselungsmethoden der angebotenen Netzwerke und nutzen Sie offene WLAN-Verbindungen vorsichtig!
- Die Aktivierung des WLAN sollte nur bei Bedarf erfolgen.
- Misten Sie die lokale WLAN-Liste regelmäßig aus, um automatische Verbindungen zu reduzieren.
- Führen Sie regelmäßige Updates durch und installieren Sie Anti-Viren-Software. 🔴

Mehr auf www.kfv.at

VERKEHRSSICHERHEIT

ACHTUNG RADAR-KONTROLLE! DIE 4 GRÖSSTEN IRRTÜMER

Manche Irrglauben halten sich hartnäckigst. Hier erfahren Sie vier Tatsachen, die Sie über die Geschwindigkeitsüberwachung in Ihrer Gemeinde unbedingt wissen sollten.

1. IRRTUM: Die Radar-kontrolle selbst.
Das Messen mittels Radarwellen ist eine veraltete Technik. Moderne Geräte (wie z. B. TraffiStar S350) arbeiten heute mit Lasertechnologie. Sie erfassen mehrere Fahrstreife und Fahrstreifen gleichzeitig, können die Ergebnisse einzelnen Fahrzeugklassen zuordnen und haben einen viel niedrigeren Toleranzbereich von drei km/h bzw. drei Prozent. Österreichweit werden die rund 100 Radarboxen des Innenministeriums derzeit auf derartige Geräte umgestellt.

2. IRRTUM: Geschwindigkeitsüberwachung ist nur Abzocke.
Falsch! Tatsächlich ist die Geschwindigkeitsüberwachung eines der effektivsten Mittel, um die Verkehrssicherheit signifikant zu erhöhen. Zahlreiche verkehrswissenschaftliche Studien bestätigen das. Stationäre Messgeräte dürfen von Kommunen auch nicht beliebig aufgestellt werden, sondern nur an Gefahrenstellen. Für jedes Gerät ist ein Beurteilungsverfahren notwendig, das auf unabhängigen

Verkehrsgutachten basiert. Informationen und Hilfe, wie man das am besten angeht, erhalten Sie unter dem Kontakt im blauen Infokasten rechts unten auf dieser Seite.

3. IRRTUM: Geschwindigkeitsüberwachung ist nicht Sache der Gemeinde. Doch! Das kann sie sein und das sollte sie auch sein. Um die Verkehrssicherheit auf den Gemeindestraßen mittels Geschwindigkeitsüberwachung zu erhöhen, muss die Gemeinde allerdings selbst aktiv werden. Durch das „Lösungsmodell Kooperationsgemeinde“ können auf Antrag der Kommune und nach dem Prüfen eines Verkehrssicherheitskonzepts stationäre Messanlagen von der Gemeinde errichtet werden. Sie übernimmt die Beschaffung, Errichtung und Wartung des Geräts. Den administrativen Aufwand übernehmen die Polizei und die Bezirkshauptmannschaft bzw. LPD. Dadurch hat die Gemeinde weder die Verantwortung als Verkehrsbehörde, noch Personal-, Ausbildungs- oder Aufrüstungskosten zu tragen.



Reges Interesse: Wie Gemeinden ihre Verkehrssicherheit nachhaltig steigern können, erklärten die Experten von Jenoptik bei der Kommunalmesse und dem Gemeindetag in Dornbirn.

Bundesweit arbeitet bereits eine Vielzahl an Gemeinden nach diesem Kooperationsmodell.

4. IRRTUM: Jenoptik macht Brillen.
Falsch! Jenoptik Traffic Solutions ist ein führendes

Technologieunternehmen im Bereich Verkehrstechnik und hilft Gemeinden, die örtliche Verkehrssicherheit zu erhöhen. In den vergangenen Monaten informierten die Spezialisten von Jenoptik gemeinsam mit Experten des Innenministeriums, des KfV und der Polizei im Zuge bundesweiter Fachtagungen zahlreiche Gemeindevertreter darüber, wie sie das Modell der Kooperationsgemeinden am besten umsetzen. Der Gemeindebund unterstützt das eigeninitiierte Vorgehen der Kommunen ausdrücklich, denn so wird der volkswirtschaftliche Schaden verringert und die Lebensqualität nachhaltig gesteigert.

INFO FÜR IHRE GEMEINDE

Hilfe bei finanziellen und technischen Lösungen zur Geschwindigkeitsüberwachung in Ihrer Gemeinde bei:

Andreas Hartl
Tel. 0660 611 2107
andreas.hartl@jenoptik.com
<https://www.jenoptik.de/verkehrssicherheit>

BLACHERE ILLUMINATION

ZAUBERHAFTES WEIHNACHTSSTIMMUNG

Blachere Illumination begeistert jedes Jahr zu Weihnachten mit neuen Lichtkreationen.

Blachere Illumination erleuchtet aber nicht nur Metropolen wie Paris, Mailand und Wien, sondern lässt auch Städte sowie kleine Gemeinden, Dörfer und Einkaufsstraßen in edlem, traditionellem oder auch modernem Weihnachtsglanz erstrahlen.

Die Designer des Unternehmens sorgen dafür, dass sich die Gestaltung der Weihnachtsbeleuchtung behutsam und harmonisch in die Umgebung einfügt und so ein Wiedererkennungswert geschaffen wird.

Was wäre Weihnachten ohne dekoratives Licht?

Licht stimuliert und fasziniert, begleitet uns ständig und beeinflusst unsere Emotionen. So wie ein Raum erst durch die richtige Beleuchtung behaglich wird, so schaffen Lichtinstallationen gerade in der Winter- und Weihnachtszeit auf Straßen, Plätzen und Gebäuden festliche Stimmungen und einzigartige Erlebnisse. Eine perfekte Komposition aus verschiedensten Materialien und Lichtfarben beeindruckt jedes Jahr aufs Neue.



FOTOS // Altoetting / Foto Strauß // Wolfsburg / Thomas Knüppel

In mehr als 40 Ländern weltweit beweist das französische Unternehmen Blachere seit 45 Jahren sein Gefühl und seine Innovation in Sachen harmonischer Inszenierung einer weihnachtlichen Atmosphäre.

Profilierung und Imagesteigerung zur Weihnachtszeit.

Durch jahrzehntelange Erfahrung und Designkompetenz überrascht das Unternehmen mit Lichtinstallationen, die für ein faszinierendes Ambiente sorgen. Blachere kreiert Lichterwelten und hilft Gemeinden bei Profilierung und Imagesteigerung. Dabei geht es nicht darum, ein paar funkelnde Lichtpunkte zu installieren oder schillernde Lichtsterne aufzuhängen – die Firmenphilosophie ist es, Emotionen beim Betrachter auszulösen, ihn ins Staunen zu versetzen. Nur so laden Kommunen zum Besuch und Verweilen ein und geben den Bewohnern ein neues Lebensgefühl.

Als erstmaliges Erlebnis wird dieses Jahr zu Weihnachten die Stuttgarter Königstraße mit einer Länge von 1,2 Kilometer besonders in Szene gesetzt. Mit einer eindrucksvollen Beleuchtung der 112 Alleebäume erstrahlt in wenigen Wochen ein neues Highlight in der Hauptstadt Baden-Württembergs.

Technologie. Die ökologische Verantwortung der Städte und Gemeinden ist auch bei der Weihnachtsbeleuchtung ein bedeutender Aspekt. Modernste LED-Technik reduziert den Stromverbrauch und damit die Energiekosten um bis zu 80 Prozent. Ein Beispiel dafür ist der Graben in Wien, wo

der Beleuchter aus Österreich den Stromverbrauch erheblich reduzierte.

MEHR INFOS

Blachere Illumination GmbH
Krenglbacherstraße 7
4631 Krenglbach
Österreich

Tel.: +43(7249)46400

Mail: office@blachere-illumination.at

Web: www.blachere-illumination.at

www.blachere-illumination.at





IT-Security zum Schutz digitaler Gemeinde-Infrastruktur

Gemeinden, Schulen, Kindergärten und Unternehmen jeder Größe und Branche stehen heutzutage in Konfrontation mit den sich laufend weiterentwickelnden Angriffen aus dem Internet. Egal ob dies durch ungezielte Breitbandangriffe in Form von Schadprogrammen oder zielgerichtete Attacken wie Cyberbetrug passieren: Kriminelle schlagen im Internet meist unerkannt und blitzschnell zu.

„Die Schäden können für Gemeinden extrem hoch und für Unternehmen mitunter existenzbedrohend sein“, so Gemeindebund-Präsident und Bürgermeister von Grafenwörth, Alfred Riedl, im Zusammenhang mit den Digitalisierungsforderungen des 65. Österreichischen Gemeindetages.

Insbesondere die Kommerzialisierung von Cyber-Attacken betrifft Gemeinden und deren öffentliche

Einrichtungen, die nicht unbedingt das erste Ziel von Cyberkriminellen sind, aber mit ihrer Daten- und Adressstruktur quasi automatisch gefunden werden. Rund ein Fünftel aller PCs sind Schätzungen zufolge mittlerweile von schädlicher Software betroffen.

Um diesem Problem effizient zu begegnen und auch der vom Europäischen Parlament beschlossenen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zu entsprechen, habe die Gemeinde Grafenwörth das Internet-Security-System BlueShield Umbrella implementiert und damit den Schutz der digitalen Infrastruktur inkl. den mobilen Endgeräten rund um die Uhr in Echtzeit sichergestellt, zeigt sich Riedl erfreut.

<http://blue-shield.at/>

INTER ² PÄDAGOGICA®

15.–17.11.2018
STADTHALLE GRAZ



**DIGITALE
BILDUNG
ERLEBEN!**

Auf der Interpädagogica gibt es die Digitalisierung zum Anfassen:

In interaktiven Workshops wird der Umgang mit digitalem Equipment und neuen Medien geübt. Für die beste Ausbildung aller SchülerInnen.



www.interpaedagogica.at

Eine Veranstaltung der
Reed Exhibitions®
Messe Salzburg

FÜNF ANBIETER AUS EINER HAND

DAS GIBT ES NUR BEI PAPPAS

Kaum ein Fahrzeug steht so sehr für dauerhafte kommunale Spitzenleistungen wie der Unimog aus dem Haus Mercedes-Benz. Aber die kommunale Kraft von Pappas kommt aus der Vielfalt

Angeboten in unterschiedlichsten bedarfsorientierten Ausführungen, räumt ein Unimog im Kommunaleinsatz nicht nur Straßen, mäht Grünflächen, schneidet Stromleitungen frei, sondern zieht auch schwere Anhänger, hebt schwerste Lasten oder ist auch mal auf der Schiene unterwegs.

Passend dazu ist Pappas ebenfalls schon seit Jahrzehnten der österreichische Vertriebs- und Service-Partner von Mulag Mähgeräten. Das Mulag-Angebot deckt dabei auch Anbaugeräte für andere Basisfahrzeuge ab, wie den ebenfalls durch Pappas vertriebenen Fahrzeugen von Multihog. Mit ihm lassen sich beinahe so viele unterschiedliche Aufgaben erledigen wie mit dem Unimog, nur in einem deutlich kleineren Format.

Geht es um das Thema Straßenreinigung, das bei vielen Kommunen immer wichtiger wird (Stichwort Feinstaub), so bietet Pappas hier die Modelle des Schweizer Unternehmens Bucher-Municipal an. In den



Der Unimog (ganz oben), der Multihog (oben links) und die Alleskönnerin Eli von MUP technologies (hier gibt es übrigens eine Aktion, mit der man sich 2018 bis zu 20.000 EUR Förderung sichern kann) sind nur drei der Dauerbrenner von Pappas.

letzten drei Jahren ist es mit viel Engagement gelungen, nicht nur einen Vertrieb für ganz Österreich aufzubauen, sondern auch flächendeckend Servicestandorte zu aktivieren. Der Lohn für diesen Aufwand zeigt sich in stark steigenden Absatzzahlen bei Gemeinden und Dienstleistern in ganz Österreich.

Vollelektrisch unterwegs ist der jüngste Spross in der kommunalen Pappas-Familie, die Eli von MUP technologies. Die in der Steiermark gefertigte Alleskönnerin transportiert völlig emissionsfrei Lasten, durch die serienmäßige Ausstattung mit Allradantrieb

kann sie zudem als zweisitziger Kleinlaster auch abseits der Straße überzeugen. Des Weiteren eignet sie sich durch die vielen Anbaumöglichkeiten für den Winterdienst und durch ihre schmale Bauweise auch für Einsätze, bei denen andere Transporter an ihre Grenzen stoßen.

Abgerundet wird das kommunale Angebot von Pappas durch die HANSA Modelle. Mit den im deutschen Selsingen hergestellten allradgelenkten HANSA-Fahrzeugen ergänzt Pappas das Angebot unterhalb des Unimogs.

Mit dem Angebot von fünf Marken, der Kommunalaus-

stattung von Mulag und der engen Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Aufbauern in allen Kommunalsegmenten schafft es Pappas, nahezu jede Aufgabenstellung zu lösen.

MEHR INFOS

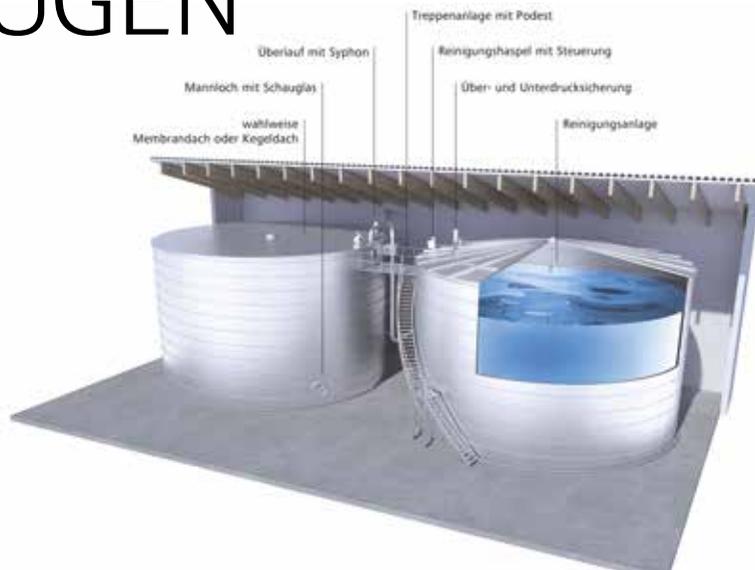
Pappas Nutzfahrzeuge
Pappas Holding GmbH
Innsbrucker Bundesstraße 111
5020 Salzburg
Tel.: +43-662-4484-5104
Fax: +43-662-4484-75104
gerhard.netbal@pappas.at
www.pappas.at

PAPPAS

DIE HTI UNTERSTÜTZT

DER WASSERKNAPPHEIT SICHER VORBEUGEN

Österreich ist mit seinen Seen und Flüssen ein wasserreiches Land, in vielen Gebieten der Erde herrscht jedoch Wasserknappheit. Während wir in Österreich über Wasser in hoher Qualität verfügen, haben Millionen Menschen nicht einmal Zugang zur empfohlenen Menge an Trinkwasser.



Wie uns der Sommer 2018 bewiesen hat, kann es auch in einigen Teilen Österreichs zu Wasserknappheit kommen. Daher ist es in manchen Gemeinden auch notwendig, Trinkwasser für einige Tage zu speichern, um auch dann die Bewohner mit Trinkwasser ausreichend versorgen zu können.

Die HTI-Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein zentraler Partner für das gesamte Sortiment rund um den Tiefbau- und Industrietechnikbedarf zu sein und qualitativ hochwertige Systeme praxisnah und aus einer Hand anzubieten. „Daher haben wir uns unter anderem auf den Vertrieb von Trinkwasserbehältern in Österreich spezialisiert und gemeinsam mit der Firma Lipp können wir hochwertige Systeme zur Trinkwasserspeicherung anbieten“, sagt Andreas Woisetschläger, Verkaufsleiter und Prokurist der HTI.

Seit der Erfindung des LIPP®-Doppelfalz-Systems vor mehr als 50 Jahren setzt LIPP weltweit Maßstäbe im Behälterbau. Die Behälter bilden das Kerngeschäft des Familienunternehmens und stehen für hochwertige Qualität, Langlebigkeit und Flexibilität. Das Sortiment der LIPP®-Behälter deckt die Lagerung fester, flüssiger und gasförmiger Medien ab und zeichnet sich besonders durch die individuelle Anpassung an den Anwendungszweck aus. Speziell für die Lagerung von Trinkwasser hat LIPP ein automatisiertes Schweißverfahren entwickelt, das es ermöglicht, äußerst stabile und keimfreie Behälter herzustellen. Gleichzeitig gewährleistet die weiterentwickelte Bautechnologie eine ökonomische und ressourcenschonende Abwicklung der Projekte.

Die LIPP-Spiralbehälterbauweise ist ein schnelles und einfaches Verfahren, Behälter

nach Kundenwünschen am Standort des Kunden zu bauen. Kennzeichnend für das System ist die maschinelle Vorkonfertigung, die es ermöglicht, aus Edelstahlbändern Behälter mit variablem Durchmesser und variabler Höhe zu erstellen. Dieses automatisierte Herstellungsverfahren erlaubt hierbei den stufenlosen und flexiblen Aufbau bei kurzer Montagezeit.

Nachhaltigkeit fördern und die Umwelt schützen.

Durch die Einsparung von Edelstählen durch den Bau von dünnwandigen Behältern wird die wertvolle Ressource vom Chrom-Nickel-Stählen und deren Legierungsanteile geschont. Bereits erstellte Behälter können später beliebig recycelt werden. Es geht damit kein Material mehr verloren. Hier profitiert die ganze Erde.

In wasserarmen Zonen kann das Wasser zielgerichtet gespeichert und als Trinkwasser

oder weiteren Anwendungen wie landwirtschaftliche Bewässerung genutzt werden.

Die HTI ist als Fachgroßhandel seit Jahren ein zuverlässiger Partner für Tiefbau und Industrietechnik. Wir bieten innovative Produkte und zukunftsweisende Lösungen aus den Bereichen Versorgung, Entsorgung und Klärwerkstechnik, Straßenbau, Industrie Elektro- und Telekommunikation sowie regenerative Energie.

Sollten Sie vorsorgen wollen und sich für Trinkwasserbehälter für Ihre Gemeinde interessieren, stehen wir Ihnen gerne mit unserem Know-how zur Verfügung.

MEHR INFOS

HTI SCHMIDT'S WEYLAND
HANDELSGESELLSCHAFT MBH
Haid 26, 4782 St. Florian am Inn
07712/60214-0
www.hti-handel.at

ARGE EIGENHEIM: „WOHNEN UND SICHERHEIT“

WOHNBAUTAGUNG MIT EXPERTEN

Zu mehr Eigenverantwortung rief kürzlich Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler vom Bundesministerium für Inneres im Zuge der „24. St. Wolfgang Tage“ der ARGE Eigenheim auf.

Für Edtstadler geht es dabei vor allem um das Thema „Sicherheit“ in Wohnanlagen. „Wenn jeder auf den anderen ein bisschen achtet und die Augen offen hält, werden oft Einbrüche oder andere Übergriffe verhindert. Damit steigt das Sicherheitsgefühl, das erheblich zur Wohnqualität beiträgt“, informiert Edtstadler. Aus diesem Grund unterstützt die ARGE Eigenheim, ein Zusammenschluss von rund 100 gemeinnützigen Bauträgern, mit ihren Mitgliedsunternehmen österreichweit auch die Initiative „GEMEINSAM. SICHER“ vom Bundesministerium für Inneres. Dabei

wird die Bevölkerung bei der Gestaltung der öffentlichen Sicherheit in ihrem Lebensumfeld aktiv eingebunden und der Dialog mit der Polizei und den Kommunen forciert. Auf Wunsch der Bewohner werden Informationsgespräche mit dem polizeilichen Beratungsdienst in Wohnanlagen organisiert.

Modelle für „Wohnen im Alter“ werden aufgrund der demographischen Altersentwicklung immer wichtiger. Laut Statistik Austria werden in Österreich 2030 rund 9,3 Millionen Menschen leben. Knapp ein Viertel davon wird älter als 65 Jahre sein. „Dieser



Bei den „24. St. Wolfgang Tagen“ v.l.: DI Michael Pech (Aufsichtsratsvorsitzender des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen), DI Christian Struber (Bundesobmann der ARGE Eigenheim), DI Herwig Pernsteiner (Obmann der ARGE Eigenheim OÖ), Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler und Ing. Alfred Graf (Obmann-Stv. des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen).

Entwicklung müssen wir Rechnung tragen und rechtzeitig mit geeigneten Wohnformen fürs Alter vorsorgen. Gelingt das nicht, wird die Nachfrage nach Senioren- und Pflegeheimen extrem ansteigen und die Kosten für die öffentliche Hand explodieren“, warnt DI Christian Struber. Er plädiert dafür, pro 1.000 Einwohner ein Mindestmaß von zehn Wohneinheiten für „Betreutes Wohnen“ zu errichten. Eine

Finanzierung könnte er sich in diesem Bereich durch Pensions- und Mitarbeitervorsorgekassen sehr gut vorstellen.

Jährliches Treffen. Bei den „St. Wolfgang Tagen“ treffen sich jährlich mehr als 200 Vertreter gemeinnütziger Bauträger aus ganz Österreich im Salzkammergut, um sich aus erster Hand über brandaktuelle Themen, die den sozialen Wohnbau betreffen, zu informieren und mit hochkarätigen Experten zu diskutieren.



v.l.: Bgm. Franz Eisl (St. Wolfgang), Peter Gastberger (Eigentümer scaleria), ARGE Eigenheim-Bundesobmann Christian Struber, das neue Ehrenmitglied der ARGE Eigenheim, Günther Pillwein sowie der Ehrenobmann der ARGE Eigenheim, Prof. Dr. Klaus Lugger.

**ARGE
EIGENHEIM
ÖSTERREICH**

MEHR DRIN AUF DER KOMMUNALMESSE 2018

TÜV AUSTRIA PRÄSENTIERTE DEN „INSPECTION MANAGER“

Die Kommunalmesse in Dornbirn war für den TÜV AUSTRIA ein voller Erfolg. Interessierte Bürgermeister und Gemeindevertreter sowie Kunden aus dem kommunalen Zulieferbereich suchten das Gespräch auf dem rot-weiß-roten Messestand des unabhängigen österreichischen Marktführers im Bereich Prüf- und Zertifizierungsleistungen.

Im Blickpunkt des Interesses stand das neue Gemeindedienstleistungspaket, das die Unternehmensgruppe bereichsübergreifend anbietet und mit dem Inspection Manager weiterentwickelt.

Thomas Biedermann, Executive Business Director bei TÜV AUSTRIA, über die Vorzüge des neuen Dienstleistungsangebots: „Gemeindevertreter wollen sich in erster Linie um ihre Einwohner, ihre Besucher, um die Wirtschaft und Arbeitsplatzsituation, die Infrastrukturangebote vor Ort – und die Bedürfnisse aller Beteiligten – kümmern. Das erfordert viel Zeit. Mit dem Inspection Manager geben wir Gemeindevertretern wertvolle Zeit zurück, sich tatsächlich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Den durch Gesetze und Verordnungen abzuarbeitenden Rest, und der ist in einer Gemeinde nicht klein, kümmern wir uns. Rechtssicherheit miteingeschlossen.“

Verwaltung von Prüfpflichten – effizient, effektiv, online. Mit dem Inspection Manager bietet TÜV AUSTRIA Gemeinden ein gesamtheitli-



TÜV AUSTRIA auf der Kommunalmesse 2018: (v.l.) Thomas Biedermann, Diana Knabe und Sigrid Holzweber präsentierten Lösungen und Kursangebote für Gemeinden aus einer Hand und stellten die neue Online-Lösung „Inspection Manager“ vor.

ches Werkzeug, um für maximale Standards und Komfort in der eigenen Gemeinde zu sorgen. Vom Datenschutz und Versicherungsmodalitäten über Ladefrastruktur für E-Mobilität, Barrierefreiheit, sichere Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen bis zur Trinkwasserqualität und vielem mehr.

In 4 Schritten zur rechtssicheren Gemeinde. Mit dem TÜV AUSTRIA Inspection Manager als Online-Lösung bleiben alle Prüfaufgaben und

Prüftermine samt aktuellen Rechtsvorschriften übersichtlich. Fristversäumnisse gehören damit der Vergangenheit an.

Und so beginnt's:

- Ermittlung und Analyse sämtlicher Prüfobjekte durch TÜV AUSTRIA
- Erstellung der Anlagenstruktur
- Einpflegen sämtlicher Daten in den Inspection Manager
- Laufende Aktualisierung der Prüfobjekte

Die Vorteile

- Rechtssicherheit für Bürgermeister und Amtsleitung
- Schutz von Gemeindemitarbeitern, Bürgern und Gästen
- Rechtssicherheit im Schadensfall
- Erhöhung der Anlagensicherheit
- Verbesserung des Compliance-Management-Systems

Sämtliche Daten werden ausschließlich auf österreichischen Servern gespeichert und durch modernste Sicherheitsstandards vor Fremdzugriffen geschützt.

Der TÜV AUSTRIA Inspection Manager ist selbstverständlich auch orts- und gemeindeübergreifend einsetzbar.

TÜV AUSTRIA. Einfach sicher und ab jetzt mehr drin für Gemeinden.

tuv.at/inspectionmanager



Ihr Partner zur rechtssicheren Gemeinde

Mehr drin
für Ihre
Gemeinde!

TÜV AUSTRIA unterstützt Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben als kompetenter Partner.

- Verwaltung von Prüfpflichten – TÜV AUSTRIA Inspection Manager
- Datenschutz in Gemeinden
- Aus- und Weiterbildung für Gemeindemitarbeiter
- Sicherheit von Spiel- Sport und Freizeitanlagen
- ÖNORM B1300: Sicherheit von (Wohn-)Gebäuden
- ÖNORM B1600: Barrierefreiheit
- Sicherheit auf Veranstaltungen
- Prüfung nach § 82b der Gewerbeordnung
- Nicht amtliche Sachverständige
- Photovoltaik-, Biomasse und Biogasanlagen
- Trinkwasserhygiene und Legionellenprophylaxe
- Prüfung gem. § 134 Wasserrechtsgesetz
- E-Ladestation
- Schadensabwicklung



DIE ÖSTERREICHISCHE POST AM 65. GEMEINDETAG

EFFIZIENTERES ARBEITEN FÜR GEMEINDEN

Unter dem Motto des Gemeindetages „digital: original“ präsentierte die Österreichische Post am 27. und 28. September in Dornbirn ihre effizienten Services für Gemeinden.



Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, NÖ Landtagspräsident Karl Wilfing, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Alois Mondschein, Zentrales Partnermanagement Österreichische Post AG, und Finanzminister Hartwig Löger flankiert von zwei Hostessen.

Am diesjährigen Gemeindetag präsentierte die Österreichische Post ihr vielfältiges Leistungsangebot und neue, moderne Lösungen.

Im Fokus standen dabei die Bedürfnisse der Bürger und Gemeinden.

Am Stand der Post konnten nicht nur personalisierte Marken gestaltet oder die Tagungstaschen an einen Wunschort versandt werden, Gemeinden wurden zu aktuellen Themen und Services beraten:

- Hybrid-Rückscheinbrief
- Wahlservices

- Bürgerbefragung
- Gemeindestreuerung
- E-Voting
- CO₂-neutrale Zustellung
- E-Brief
- Abholservice

DI Walter Hitziger, Vorstand Brief, Werbepost & Filialen, betont die Relevanz des Gemeindetages als Kommunikationsplattform mit den Gemeindevertretern:

„Die innovativen Lösungen der Österreichischen Post unterstützen Gemeinden dabei, Ressourcen zu schonen und gleichzeitig den Dialog zwischen Gemeinden und Bür-

gern zu verbessern. Denn die Bedürfnisse der Bürger und deren bestmögliche Versorgung stehen immer im Fokus. Der Gemeindetag ist die ideale Plattform, um unsere vielfältigen Leistungen und Produkte einem interessierten Publikum vorzustellen.

Mit den Services der Post gelingt Kommunikation unkompliziert und zeitnah! Der Hybrid-Rückscheinbrief macht Behördensendungen noch einfacher und sicherer, mittels Gemeindestreuerung können Haushalte noch zielgenauer erreicht werden und das alles CO₂-neutral.

Der Gemeindetag bietet den perfekten Rahmen für den Austausch mit Kunden und Gemeindevertretern – dafür danken wir den Veranstaltern. Ich freue mich schon auf den nächsten Gemeindetag!“



DAS NEUE GOLD VON MUREXIN**METALLIC SILBER, METALLIC BRONZE**

Epoxy-Bindemittel EP 220 und der Designfüller von Murexin lassen die Böden glänzen.

Die neue Designbeschichtung Metallic von Murexin lässt den Boden glänzen. Die entscheidenden Vorteile der Beschichtung sind ihre geschlossene Oberfläche, die einfache Herstellung sowie die mechanische und chemische Belastbarkeit.

Selbstverlaufend zum perfekten Boden. Drei Bestandteile machen die hochwertige Qualität der Designbeschichtung aus: Epoxy Bindemittel EP 220 bestehend aus Komponenten A und B plus Füllstoff – Designfüller DF 170 Metallic. Das Material wird gemischt und lässt sich dann selbstverlaufend mit einer Ra-

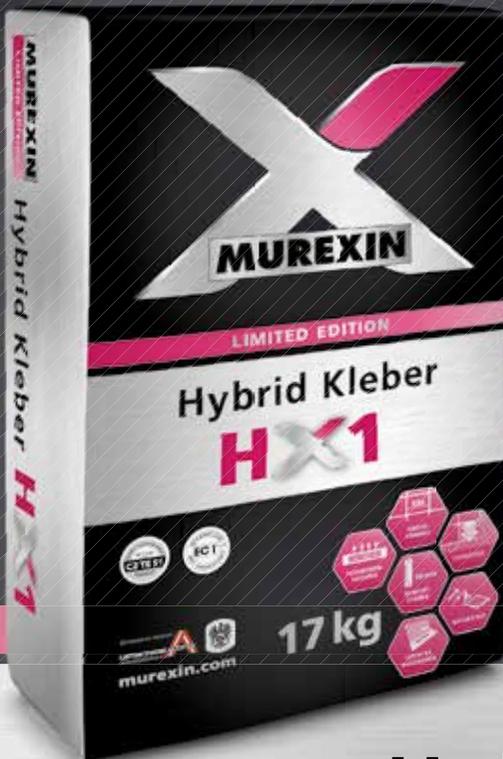
kel auf den Boden aufbringen. Der geringe Arbeitsaufwand ist ein Zusatzplus. Durch den direkten Verbund mit der auf dem Untergrund applizierten Grundierung ist die Designbeschichtung besonders widerstandsfähig und hält sowohl statischen als auch dynamischen Belastungen stand. Ihre Einsatzgebiete sind neben privaten Räumen auch Böden in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Schauräumen, Ausstellungsflächen bis hin zum industriellen Bereich.

Besonderes Highlight: Den Metallic-Effekt gibt es in den Farbtönen Silber und Bronze.

**KONTAKT**

Murexin GmbH
 Franz-von-Furtenbach-Straße 1
 2700 Wiener Neustadt
 Tel: +43/2622/27401-0
 Fax: +43/2622/27401 DW 173
 E-Mail: info@murexin.com
 Web: www.murexin.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

**MUREXIN**www.murexin.com

Der **Hybrid Kleber HX 1** vereint extrem geschmeidiges Verarbeiten mit höchster Standfestigkeit und sorgt dafür, dass großes Verlegegut nicht abrutscht und schweres nicht einsinkt. Er lässt sich leicht aufzählen und sorgt für eine ausgezeichnete Benetzung des Verlegeguts.



- Höchst standfest
- Hoch flexibel
- Extrem geschmeidige Verarbeitung
- Kein Abrutschen oder Einsinken
- Für Großformate und schweres Verlegegut
- Tragefreundliches Gebinde

LIMITED EDITION**Hybrid Kleber****HX1**

FTTP MACHT'S MÖGLICH

DIE DATENAUTOBAHN AUF JEDE ALM

Nicht die geografische Lage entscheidet heute über wirtschaftlichen Erfolg, sondern die Anbindung an die Datenautobahn. FTTP bringt das Internet auf jede Alm.



Fiber to the Pipe (FTTP). Der Name bedeutet „Glasfaser im Rohr“ und ist zugleich der Name der Firma, die das System patentiert hat.

Der Vierkanter liegt abgesehen auf 1500 m Höhe. Ein Bergsee, Weideland, Wanderwege kreuzen sich hier. Nur das Internet hat seinen Weg noch nicht hierher gefunden. Es ist für die Bergbauernfamilie somit nicht leicht, die Idylle zu vermarkten.

Dem Nachbarn auf der nächstgelegenen Alm mit seinen exzellenten selbstgemachten Käsesorten geht es ähnlich. Kein Internetzugang heißt Randlage im internationalen Handel.

Wahrgenommen werden hängt heutzutage nicht mehr mit günstiger geografischer Lage zusammen. Auch wenn nur Waldwege zum Haus führen, die Datenleitung aber auf einer breiten Autobahn ein- und ausführt, spielt man im Wirtschaftsleben mit.

Darum hat die österreichische Bundesregierung auch eine flächendeckende

Versorgung der Bevölkerung mit ultraschnellem Breitband bis 2025 vorgesehen. Die Informationsinfrastruktur ist entscheidend für eine wirtschaftlich erfolgreiche und nachhaltig stabile Volkswirtschaft. „Breitband-Hochleistungsnetze sichern Wohlstand und sozialen Zusammenhalt“, heißt es in dem Strategiepapier der Regierung. Es geht um Standortsicherheit, Lebensqualität und – im Falle ländlicher Gemeinden – um Bevölkerungsstabilität.

Wie aber kommt die Datenautobahn auf die Almen und in die Bauernhöfe in jedem Ort? Die klassische Methode heißt: Aufgraben und Leitung verlegen. Das können sich die Gemeinden aber meist nicht leisten.

Es gibt eine klügere und kostengünstige Methode: Fiber to the Pipe (FTTP). Der

Name bedeutet „Glasfaser im Rohr“ und ist zugleich der Name der Firma, die das System patentiert hat. Die Glasfaserkabel kommen durch das ohnehin schon vorhandene kommunale Netz, wie etwa das Kanalnetz. Dabei werden bestehende Rohre (Pipes) verwendet. Kleine Roboter kleben die hermetisch abgeschirmten LWL-Kabel innen an die Rohre an – nicht nur rund um den Hauptplatz, sondern auch an den Dorfrändern bis hin zu entlegenen Bauernhöfen. Mit dieser einfachen Methode erspart sich die Gemeinde Verkehrsbehinderungen und zusätzlichen CO₂-Ausstoß. Somit braucht es auch keine langen Genehmigungsverfahren.

So clever und einfach sind die Bauarbeiten für die große Datenautobahn. Das ist kostengünstig und schnell erledigt. Und die Bergbauernfamilie kann Buchungsanfragen

bearbeiten und der Senner kann seine Käseprodukte im Web präsentieren und vielleicht sogar im Online-Verkauf anbieten.

Auf Wunsch stellen wir für die Gemeinde als Generalübernehmer auch ein fertiges, funktionsfähiges Glasfasernetz her (inkl. Planung, Förderansuchen, Bau, Providersuche etc.).

MEHR INFOS
FTTP GmbH
Griesmühlstraße 6
4600 Wels
07242/211005
office@fttp.at
www.fttp.at



DIE INTERPÄDAGOGICA AUF DER MESSE GRAZ**DIE WELT DER DIGITALISIERUNG IM STUDIO 4i**

Nach zuletzt Wien und Salzburg macht die Interpädagogica, Österreichs führende Bildungsplattform und einzige Fachmesse für den pädagogischen Bereich, heuer turnusgemäß in der Stadthalle Graz Station. Veranstalter Reed Exhibitions erwartet vom 15. bis 17. November rund 200 Aussteller aus dem In- und Ausland.

Das zentrale Thema Digitalisierung wird bereits bei der Eröffnung der Messe in den Fokus gerückt, die unter dem Titel steht: „Wie baut man Digitalisierung? Infrastruktur – Hardware – Software – Support – Weiterbildung – alle sind gefordert“. Folgerichtig zieht sich das Thema Digitalisierung wie ein roter Faden auch durch das Fachprogramm, die Fachtagungen, die Präsentationen der Aussteller, letztlich durch die gesamte Messe.

Faszinierende Neuheit: studio 4i. Absolut neu und erstmalig ist das studio 4i auf

der Interpädagogica. Dabei wurden das ehemalige Forum und Musterklassenzimmer nach dem Vorbild des EU Future Classroom Lab zu einer neuen, 132 Quadratmeter großen multifunktionalen Fläche

vereint. Diese gliedert sich in vier Zonen: die Präsentationszone (Frontalunterricht), die Kreativzone (kreatives Arbeiten), die Kommunikationszone (Austausch, Netzwerken, Interaktion) und die Rück-

zugs- und Beobachtungszone (chill-out-area). Das studio 4i wird von den Ausstellern CampusLan Software GmbH, Piller Schul- und Objekteinrichtungen GmbH, IT-Team GmbH, Samsung Electronics Austria GmbH, J. Klausner Professional Multimedia GmbH, Mayr-Schulmöbel und projektor.at Präsentationstechnik GmbH. gestaltet. Das Programm im studio 4i und die Veranstaltungen des Fachprogramms sind unter www.interpaedagogica.at abruf-

**Öffnungszeiten & Ticket**

Die Interpädagogica ist Donnerstag und Freitag (15. und 16. 11.) von 09.00 bis 18.00 Uhr und am Samstag (17. 11.) von 09.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. Tickets können ab jetzt online über die Messewebsite www.interpaedagogica.at erworben werden oder bei der Messekasse direkt – für einen Tag oder alle drei Tage. Und: die ÖBB haben für Graz ein Kombiticket im Angebot, für An- und Abreise samt Messticket. Hier gibt's mehr Infos dazu: www.interpaedagogica.at/anreise

Kontakt**INTERPÄDAGOGICA**

Frau Graf vom Besucher-Service Center hilft Ihnen gern bei der Planung.

**+43 172 720 – 2500 oder
bsc@reedexpo.at**



MEIN D-MAX
11 JAHRE GELAUFEN
156.079 KM
1 HEIMAT
ZEIT FÜR NEUE
HERAUSFORDERUNGEN!

ISUZU**3,5
TONNEN**ANHÄNGE
LAST***OHNE SCR
(HARNSTOFF)**

D-MAX Verbrauch (innerorts/außerorts/kombiniert): 6,8–9,3/6,6–7,3/7,0–7,8 l/100 km
CO₂-Emission (innerorts/außerorts/kombiniert): 180–245/173–192/183–205 g/km (nach RL 715/2007/EG)
*modellabhängig / Symbolfoto

**WAS IMMER DU
BEWEGEN WILLST
DER NEUE
D-MAX**

ISUZU.AT

DER ONLINE-MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

KOMMUNALBEDARF.AT



UNENDLICHE VIELFALT

IWETEC
Industrie- und Werkstatttechnik

... mehr als Sie denken!

KOMMUNALBEDARF.AT begrüßt **IWETEC** als Spezialist im Bereich Industrie- und Werkstatttechnik und neuen Partner.

Und zum Start der gemeinsamen Kooperation haben wir für die bevorstehende Jahreszeit das passende Angebot an der Hand:



Taugranulat zum Streuen



Aufgelöst in Wasser als Enteisungsmittel

THERMOTAU

Taut langanhaltend Eis und Schnee
bis - 50° C**



OHNE
KOCHSALZ



ab
€1,79/kg
exkl. MwSt.

UMWELTFREUNDLICH

Kochsalzfrei* und hoch rein

GUTE HAFTUNG

Reduziert den Verbrauch bei Wind
und auf Schräglagen

WIRKT SOFORT UND LANGANHALTEND

Starke Wärmeentwicklung beseitigt
Rutschgefahr innerhalb kürzester Zeit –
Tauwirkung hält bis zu 3 Tage

*technisch bedingte Restmenge NaCl enthalten

KOMMUNALBEDARF.AT ist der Online-Marktplatz für Gemeinden – wir informieren Sie gerne, wie Sie ihn für sich nutzen können:

Christian Sonnenberg, +43 1 / 532 23 88 40, info@kommunalbedarf.at

LEBENSQUALITÄT IM ALTER

WAS GEMEINDEN DAFÜR TUN KÖNNEN

Unsere Gesellschaft altert. Dabei wird Altern in der öffentlichen Diskussion häufig mit Pflegebedürftigkeit gleichgesetzt. Aber es ist auch mit interessanten Chancen verbunden, weil wir länger fit und gesund bleiben.

TEXT // Brigitta Nöbauer

Die „Interdisziplinäre Hochaltrigenstudie“ zeigt, dass selbst unter den Hochaltrigen (Menschen 80+) nur knapp zehn Prozent pflegebedürftig sind, etwa 35 Prozent leichten Unterstützungsbedarf haben und 55 Prozent eigenständig leben können. Daher sollte nicht nur die Finanzierung der Pflege beschäftigen, sondern wie die unmittelbare Lebensumgebung die Eigenständigkeit Älterer unterstützen kann. Eine Befragung der Autorin in fünf Landgemeinden und einer Kleinstadt ermittelte ähnliche Anliegen älterer Menschen: In der Stadt standen die eigene Mobilität, die altersgerechte Wohnumgebung und die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs im Vordergrund. Auf dem Land war die ärztliche/therapeutische Versorgung das wichtigste Anliegen, gefolgt von Angeboten zur Erhöhung der Mobilität (Fahrdienste, öffentlicher Nahverkehr) und eine mobile Essensversorgung.

Je älter die Befragten sind, desto stärker wird die Mobilität zum Thema – und zwar in vielfacher Weise: Die ländliche Bevölkerung wünschte sich mobile Dienstleistungsangebote (zum Beispiel

„**Gemeinden haben viele Möglichkeiten, sich unmittelbar für die Lebensqualität ihrer älteren BürgerInnen zu engagieren.**“

mobiler Friseur), Fahrdienste, Hauslieferdienste, aber auch barrierefreie öffentliche Gebäude. In der (Klein-)Stadt steigt mit zunehmendem Alter der Wunsch nach Fahrdiensten, Hauslieferdiensten für Dinge des täglichen Bedarfs sowie nach kleinen handwerklichen Dienstleistungen. Angeregt wurden oft einfache Dinge wie die Abholung von Altstoffen, die nicht mehr selbst entsorgt werden können, Möglichkeiten zum Ausruhen oder eine Toilette im öffentlichen Raum.

Diese Themen sind Gestaltungsfelder für die Gemeinden. Sie sind den Anliegen ihrer älteren BürgerInnen am nächsten – ob informell durch den laufenden Bürgerkontakt oder systematisch durch Begehungen, Runde Tische, Fokusgruppen usw. Gemeinden haben viele Möglichkeiten, sich unmittelbar für die Lebensqualität ihrer älteren BürgerInnen zu engagieren:

- Sie können altersbezogene Themen in der Öffentlichkeitsarbeit oder in Veranstaltungen aufgreifen.
- Gemeinden können als erste Anlaufstelle für Ältere bzw. Angehörige fungieren. Die Befragung in OÖ zeigte, dass den Älteren – trotz »

11

FAKTOREN FÜR ÖRTLICHE LEBENSQUALITÄT

- Sichere Gehwege
- Gutes Warenangebot für den täglichen Bedarf
- Geschäfte für den nicht täglichen Bedarf
- Gute öffentliche Verkehrsanbindung
- Bezahlbare Mietwohnungen
- Angebote für betreutes Wohnen
- Angebote für politische Teilhabe und Selbstverwirklichung
- Angebote von Sozial- und Gesundheitsdiensten
- Vorhandensein von Krankenhäusern
- Ambulante Dienste und Haushaltsservice
- Öffentliche Toiletten



Beratungsstellen im Bezirk – eine Anlaufstelle im Ort fehlt.

- Sie können selbst Leistungen anbieten (zum Beispiel Abholen von Altstoffen) bzw. initiieren (zum Beispiel Haushaltsdienste).
- Gemeinden können Aktivitäten koordinieren und begleiten, zum Beispiel die konkrete Ausgestaltung der Nachbarschaftshilfe.

Die folgenden Beispiele illustrieren beispielhaft, was bereits umgesetzt wird und wie vielfältig Initiativen in Gemeinden sein können:

Sozialsprechstunden bzw. Sozialkoordinatoren in der Gemeinde. Einige oberösterreichische Gemeinden organisieren „Sozialsprechstunden“. In den öö. Bezirken Schärding und Grieskirchen haben Gemeinden „SozialkoordinatorInnen“ als erste Anlaufstellen in sozialen Belangen eingeführt.

„Dorfservice“ im Bezirk Spittal/Drau. Träger ist der Verein Haushalts-, Familien- und Betriebs-service mit Standorten in 15 Netzwerkgemeinden (<http://www.dorfservice.at/>). Im Verein sind über 100 ehrenamtliche MitarbeiterInnen tätig, überwiegend junge SeniorInnen. Der Dorfservice bietet Information, Alltagsunterstützung durch Ehrenamtliche und Überbrückung von Notsituationen.

„Mahl!Zeit!“ Waldviertler Kernland. In jeder Kernland-Gemeinde werden MahlZeit-Mittags-tische veranstaltet, zu denen freiwillige „Gastgeber“ auch ein Nachmittagsprogramm (zum Beispiel Diaschau, Handwerkerbesuch) vorbereiten. Ein Monatsprogramm informiert über Termine, Orte, Menü und Rahmenprogramm. Es gibt auch die Möglichkeit, nur zum Nachmittagsprogramm

In einer deutschen Studie wurden elf Faktoren für örtliche Lebensqualität aus der Perspektive älterer Menschen erarbeitet (Piorkowsky 2010), für einige können Gemeinden sorgen, andere wiederum sind nur schwer erreichbar, wie der Wunsch nach dem Vorhandensein eines Krankenhauses.

zu kommen (www.waldviertler-kernland.at/cms/mahlzeit/).

„Senior Aktiv“ der Stadtbücherei Mürzzuschlag. Angeboten werden u. a. Großdruckwerke, Hörbücher und Spiele für SeniorInnen und Gedächtnistraining. Auch das Personal der betreuten Wohneinrichtungen wird regelmäßig über die Verwendung neuer Bücher, Hörbücher und Spiele informiert.

„Stadtteilspaziergänge“ in München. Unter diesem Titel werden für SeniorInnen Gänge durch ihr Wohnviertel organisiert, um sie zum Gehen zu ermutigen und ihr Bewusstsein für Sicherheitsaspekte zu schärfen. Dadurch werden auch Informationen für die Stadtplanung erhoben – zum Beispiel zum Verbessern und Reaktivieren von Verbindungen, die es der Bevölkerung einfacher machen, alltägliche Erledigungen zu Fuß zu erledigen.

Akuter Problemdruck (zum Beispiel Abwanderung Jüngerer), gepaart mit günstigen Rahmenbedingungen (leerstehende Gebäude, engagierte Einzelpersonen) sind oft Motor für innovative Projekte. Es stellt sich die Frage, wie vor allem kleinere Gemeinden befähigt werden, diese Thematik mit beschränkten Ressourcen systematisch zu bearbeiten. In Deutschland unterstützen Bund, Länder oder Forschungseinrichtungen Initiativen zu einer „alternsgerechten Gemeinde“. Dadurch würde auch in Österreich eine gesamtheitlichere Sicht auf das Altern der Gesellschaft unterstützt. ☺



FH-PROF. DR. BRIGITTA NÖBAUER IST PROFESSORIN FÜR PERSONALMANAGEMENT AN DER FH OBERÖSTERREICH AM CAMPUS LINZ

MEHRFACH EINFACH.

Professionelle Akkukraft von Husqvarna.

RÜCKENTRAGBARER AKKU BLi950X

- Effizientes Arbeiten ohne Unterbrechungen - genügend Leistung für einen kompletten Arbeitstag
- Hohe Beweglichkeit für hohe Leistungen
- Ergonomisch geformtes Gurtzeug kann an alle Körpergrößen angepasst werden
- Akku-Typ Li-Ion mit 31,1 Ah Kapazität
- komfortables Überprüfen des Akkustands über die LED-Anzeige am Adapter
- Vielfältiger Einsatz mit zahlreichen Geräten



Bei akkubetriebener Profi-Ausrüstung geht es vor allem um Komfort: weniger Lärm, weniger Gewicht und absolut keine Abgase. Und mit unserem benutzerfreundlichen System aus Akkus und Ladegeräten bekommen Sie alles, was Sie für einen bequemen, reibungslosen Arbeitstag brauchen.

Alle Infos zum Akku Profi-Sortiment finden Sie unter:

www.husqvarna.at



Husqvarna®

READY WHEN YOU ARE



EVENTS, FESTIVALS UND VERANSTALTUNGEN

MIETCONTAINER VON CONZEPT

Mietcontainer sind zeitlich flexibel einsetzbar und in verschiedenen Größen und Ausführungen verfügbar.

Bei Events, Festivals und Veranstaltungen finden Mietcontainer daher gerne Verwendung, um auf fehlende Gegebenheiten vor Ort bedarfsgerecht reagieren zu können.

Die Produktpalette ist vielfältig und reicht von Büro-, Lager-, Sanitär- und Kassacontainern bis hin zu Kühlcontainern, Küchen- und Technikcontainern.

Mietcontainer sind als Einzelcontainer verfügbar oder werden bei Großveranstaltungen auch zu ganzen Anlagen verbaut.



KONTAKT

Conzept Container Modulbau & Handel GmbH
Tel.: 06215/20013-0
info@conzept.at
www.conzept.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BEST PRACTICE IN ALLER KÜRZE

Wölfe: WWF fordert mehr Information

Wie ORF-Online berichtet, ist in einem Wald bei Karlstift (Bezirk Gmünd in Niederösterreich) ein Wolfsrudel in eine Fotofalle getappt. Das bedeutet, dass es neben den etwa 20 Wölfen, die auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig leben, nun ein zweites bestätigtes Rudel in Niederösterreich gibt. Wegen der Sichtung des zweiten Wolfsrudels fordert der WWF Österreich nun eine Informationsoffensive sowie ein seriöses Wolfsmanagement seitens der zuständigen Behörden. Die Weidetierhalter müssten beraten und finanziell unterstützt werden, sagt WWF-Experte Christian Pichler.

Quelle: <https://noe.orf.at/news/stories/2934142/>



Telekomgesetz erleichtert Bau von 5G-Antennen

5G, die nächste Mobilfunkgeneration, steht nach einem Bericht der „Wiener Zeitung“ in den Startlöchern, und Österreich soll dabei eine Vorreiterrolle spielen. Telekommunikationsanbieter erhalten nun einen Rechtsanspruch, dass sie die für 5G nötigen Kleinstantennen (maximal 0,03 m³) an Gebäuden im öffentlichen Eigentum anbringen dürfen, sagte Infrastrukturminister Norbert Hofer (FPÖ) Anfang September nach dem Ministerrat. Sie müssten dafür aber eine „marktübliche“ Entschädigung zahlen.

Quelle:

https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/987355_Telekomgesetz-erleichtert-Bau-von-5G-Antennen.html

FOTOS/shutterstock, DAbarty CGI, Artur Mustafa

**DAS STUFENLOS
PROGRAMM VON
LINDNER**



* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 90 & Unitrac 112 LD Drive) in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie

lindner-tractoren.at

Lindner
Der Beste am Berg

BEST PRACTICE
IN ALLER KÜRZE

„Sturm im Wasserglas“ um EU-Vorstoß

Die EU-Kommission wünscht sich unter anderem Gratiswasser in der Gastwirtschaft. Dazu verpflichten will die EU-Kommission die Gastronomen aber nicht. Sie ersucht lediglich um eine Förderung der kostenlosen Bereitstellung in Restaurants und Kantinen. Ob daraus eine Verpflichtung erwachse, obliegt allein den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser ist ein zentrales Anliegen der Kommission und aller Mitgliedstaaten. Im zeitlichen Kontext zur ersten EU-Bürgerinnen- und Bürgerinitiative „Right2Water“ hat die Europäische Kommission 2014 eine öffentliche Konsultation gestartet und daraus nun wichtige Anliegen übernommen. Besonders große Unterstützung zu dieser Bürgerinitiative kam aus Österreich und Deutschland.

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL** *



Abfallrahmenrichtlinie, Ressourceneffizienz & Kreislaufwirtschaft

Die neue EU-Abfallrahmenrichtlinie ist am 4. Juli 2018 in Kraft getreten. Mit ihr sind weitere novellierte europäische Abfallrichtlinien einhergegangen, welche das sind und welche Auswirkungen auf Gemeinden sie haben könnten, sehen wir uns an. Und wir sehen uns die Kreislaufwirtschaft und die Ressourceneffizienz an.

Lichtverschmutzung und was man dagegen machen kann

Vor allem nachtaktive Tiere leiden unter der oft massiven und exzessiven Lichtverschmutzung in der industrialisierten westlichen Welt – ein Blick auf eine Satellitenaufnahme von Europa bei Nacht reicht. Wir sehen uns an, welche Lichtkonzepte es schon gibt, um diese Effekte abzufangen.

KOMMUNAL 11/2018 erscheint am 5. November 2018

* Angekündigte Themen und Termine können sich aufgrund aktueller Entwicklungen ändern.

0,1%

Der seit Einführung der Mindestsicherung beobachtbare starke jährliche Anstieg des Leistungsbezugs ist laut Statistik Austria 2017 deutlich abgeflacht: Mit insgesamt 307.853 Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher wurden nur 320 Personen mehr unterstützt als im Jahr davor (+0,1%). Drei Bundesländer verzeichneten größere Zuwächse (Tirol: +5,7%, Kärnten: +5,0%, Vorarlberg: +4,2%), zwei deutlich kleinere Anstiege (Wien: +1,2%, Oberösterreich: +0,2%) und die restlichen vier stärkere Rückgänge (Niederösterreich: -5,8%, Salzburg: -5,4%, Steiermark: -3,2%, Burgenland: -2,0%).

Quelle: Statistik Austria

Gestern: Kopfstand ...



Heute:

TeVIS [suite]

Das Besucherleitsystem!



<https://kommunix.de/tevis-besucher-leitsystem-demo/>

Kommunix
Software für Kommunen

GEMEINDEPORTRÄT

Blons im Großen
Walsertal
Seite 105

MOUNTAINBIKE

Gemeindesieger der
Salzkammer-Throphy
stehen fest
Seite 106

Stefan Bachmann ist Bürgermeister von Blons im Großen Walsertal. Im Interview erklärt der gelernte Tischler, wie die Bevölkerung durch privates Engagement, Ehrenamt und Vereinsstrukturen die Abgangsgemeinde zukunftsfit gestaltet.

NAME: **STEFAN BACHMANN** ALTER: **57** BÜRGERMEISTER SEIT: **2004**

GEMEINDE: **BLONS** EINWOHNERZAHL: **349** (STAND 1. JÄNNER 2018)

PARTEI: **ÖVP**

NAHAUFNAHME: STEFAN BACHMANN

„ICH BIN KEIN SESSELKLEBER“

Herr Bürgermeister, wie sind Sie in die Politik gekommen?

Ausschlaggebend dafür war meine Betriebsratsstätigkeit. Ich war zwar zuvor schon in der Gemeindevertretung, aber nur als Ersatz. Ursprünglich stamme ich aus Bings bei Bludenz und war somit anfänglich kein waschechter Blonser. Während ich beim Bundesheer war, wurden wir 1980 ins Walsertal abkommandiert, um den Bauern zu helfen die Ernte einzubringen. So bin ich das erste Mal nach Blons gekommen. Im Gasthaus habe ich meine Frau kennengelernt und 1983 haben wir dann geheiratet. Ich trat der Feuerwehr bei und war dort relativ rasch stellvertretender Kommandant. Auf diese Weise hab' ich mich in Blons und dessen Vereinsleben schnell integriert

Heute arbeiten Sie hauptberuflich als Gewerkschaftssekretär?

Ja, ich bin Gewerkschaftssekretär bei der Produktionsgewerkschaft. Als Christgewerkschafter bin ich ein Minderheitenvertreter und habe einiges zu tun. Das kann ich nicht vernachlässigen, daher ist die Doppelbelastung ziemlich hoch. Ich habe dort keinen Stellvertreter, der mir Aufgaben abnehmen würde, und daher muss ich die Termine selber wahrnehmen. Wir haben uns auf eine ausgeglichene Arbeitsteilung geeinigt. Doch das ist schwierig zu trennen, wenn am Wochenende gewerkschaftliche Veranstaltungen sind, dann fällt dies trotzdem in meinen Arbeitsbereich.

Hat Ihnen die Gewerkschaftserfahrung im Bürgermeisteramt geholfen?

Grundsätzlich hat beides mit der Zusammenarbeit mit Menschen zu tun, welche ich



WENN DER GRABEN OFFEN IST, HEISST ES SELBST HAND ANLEGEN.“

Stefan Bachmann

sehr schätze. Ich war vorher jahrelang bei einer Textilfirma Betriebsratsvorsitzender, und nachdem die Firma geschlossen hat, habe ich mich überreden lassen, dass ich in der Gewerkschaft das Amt des Sekretärs annehme. Ursprünglich bin ich ja Handwerker, genauer gesagt Tischler, und somit wäre das eigentlich nicht unbedingt meine erste Wahl gewesen. (lacht)

Sie haben angekündigt, sich aus dem Bürgermeisteramt zurückzuziehen?

Nach 15 Jahren ist es einfach genug. Wir haben eine junge, dynamische Gemeindevertretung, die auch ihre Vorstellungen hat, und ich bin in dieser Truppe der Älteste. Ich selber sehe es als gutes Zeichen, kein Sesselkleber zu sein, sondern den Jungen Platz zu machen. Diese Entscheidung hat nichts mit Frust zu tun, aber die Doppelbelastung bei zwei Jobs hinterlässt auch Spuren.

Was war Ihre schwierigste Entscheidung?

In einer Kleingemeinde wie Blons gibt es viele Herausforderungen. Ein großes Thema dabei spielte der Ausbau der Kanalversorgung im ganzen Gemeindegebiet. Wir hatten zwei Wassergenossenschaften, welche wir zusammenschließen mussten. Das war ein »

Der Mensch hinter dem Bürgermeister

ZUHAUSE IST FÜR MICH ...

... dort, wo ich mich richtig wohl fühle.

ICH REGE MICH AUF ...

... wenn man wegen Kleinigkeiten ein Geschrei macht.

ICH FAHRE ...

... einen VW Tiguan.

WOVOR HABEN SIE ANGST?

Davor, dass der Egoismus zu stark zunimmt.

MEIN LEBENSMOTTO LAUTET ...

... bei Entscheidungen immer enkeltauglich zu denken.

WIE WÜRDEN SIE SICH SELBST BESCHREIBEN?

Ich bin immer für andere da.



MEHR AUF

<https://kommunal.at/artikel/ich-bin-keinsesselkleber>

Prozess, den man nicht von heute auf morgen umsetzen konnte. Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir einen neuen Kanal sowie Löschwasser- und Wasserversorgung, welche aber hohe Baukosten mit sich tragen. Wir haben natürlich mit Zahlen und mit Sachverständigengutachten gearbeitet, anhand derer man von Kosten im Bereich von 1,4 Millionen Euro ausgegangen ist. Mittlerweile belaufen sich die tatsächlichen Kosten auf 2,7 Millionen Euro. Das belastet natürlich, wenn man vorher alle verfügbaren Daten und Berechnungsgrundlagen einholt und dann trotzdem eine solche Kostenexplosion entsteht.

Blons ist eine Abgangsgemeinde. Das verursacht finanziell zusätzlich ein Prekariat.

Wir müssen alle Projekte über die Gebarungskontrolle des Landes absichern lassen. Im Bereich Wasser und Kanal sind wir noch im grünen Bereich. Wir haben auch über einen Kilometer Fernwärme gebaut, was für eine Gemeinde mit 350 Einwohnern nicht selbstverständlich.

Blons ist eine Streusiedlung. Wie sieht es mit der Wirtschaftlichkeit der Infrastruktur aus?

Wir stehen zur Weilerbildung. Das Walsertal ist von den Walsern besiedelt worden. Das waren alles Bauern und die haben sich verstreut angesiedelt. Bis 2004 hatten wir keinen klassischen Ortskern. Erst mit dem Bau des Gemeindezentrums 2004 hat Blons einen Ortskern erhalten und sich somit alles auf einen Platz konzentriert. Das war auch eine richtige Entscheidung, aber die Finanzen sind dadurch auch heute noch stark belastet. Zu diesem Ortskern gehören ein Dorfladen und ein Gasthaus, das wir über einen Verein selbst betreiben. Früher gab es einmal zwei Gasthäuser in Blons, doch da sich keine Pächter mehr fanden, haben wir das nun über den Verein selbst geregelt. Überhaupt ist das Vereinsleben bei uns sehr, sehr gut. Viele in der Gemeinde sind in zwei bis vier Vereinen aktiv.

Wie wird die Pflege in Blons angegangen?

Grundsätzlich über unseren Krankenpflegeverein. Zusätzlich sind wir auch beim Sozialzentrum der Integrierten Altenpflege (IAP) in Ludesch mit dabei. Nach einem Spitalsaufenthalt kann man dort noch 14 Tage verbringen. Anschließend versucht man so gut es geht die Leute nach Hause zu bringen. Durch den Krankenpflegeverein und die Zusammenarbeit aller Beteiligten wird jedes Mal eine individuelle Lösung, welche mitunter sehr unterschiedlich ist, erar-

beitet. Die Leitung vom Sozialausschuss ist beim Krankenpflegeverein selbst, und es gibt natürlich auch die 24-Stunden-Pflege. Neuerdings haben wir ein Tageszentrum eingerichtet, in das pflegende Angehörige ihre Pflegebedürftigen zur Betreuung hinbringen können. Dies dient natürlich zu deren Entlastung. Dieses Projekt läuft nun schon seit zwei Jahren.

Auch die Telekommunikationsfrage wurde als „Blons-Net“ über eine Vereinsstruktur gelöst?

Ja, der Telekommunikationsverein startete bei uns durch eine Privatinitiative. Große Netzbetreiber sahen kein vorrangiges Interesse, hier auszubauen, weil sie keinen großen Gewinn sehen. Die Einnahmen sind grundsätzlich gering, daher wurde die anfängliche Idee der Genossenschaft schnell durch die eines Vereins ersetzt. Die Genossenschaft hätte Kosten verursacht, die hiermit in keinem Verhältnis stehen.

Viele Gemeinden haben ein ähnliches Problem. Wie sind Sie das angegangen?

Es wollten sich Steuerberater hier ansiedeln, doch wir erfüllten ihre Anforderungen nicht. Schon mein Vorgänger, der eine Firma für Softwareentwicklung betreibt, sah die Notwendigkeit, selbst zu handeln. Der Server von Blons-Net steht nun bei uns im Gemeindezentrum. Die Errichtung, der Betrieb und die Wartung erfolgen alle ehrenamtlich. Wir suchten Unterstützung und Förderungen, wo wir nur konnten. Doch wenn der Graben offen ist, heißt es selbst Hand anlegen, denn wenn man das ausschreiben würde, wäre so etwas überhaupt nicht umsetzbar.

Kurz gesagt – ohne Ehrenamt, ohne freiwillige Bereitschaft wäre das alles nicht möglich?

Ja, das muss man ganz klar sagen! Der Telekommunikationsverein ist eine private Initiative in der Gemeinde, welche vom damaligen Bürgermeister Othmar Ganahl ausging. Er hat sich bereits mit den ganzen Infrastrukturprojekten, wie der Fernwärme, dem Ortszentrum und dem Kanal befasst. Im Zuge dieser Projekte konnte man mit Leerverrohrungen auch die Streusiedlungen anbinden. Sobald heute ein Güterweg saniert wird, ist man gleich an Ort und Stelle und nutzt Synergien. Das Einziehen der Glasfaserkabel passiert auch ehrenamtlich. Da ist sehr viel Engagement von jungen Leuten dabei. Gott sei Dank! – denn wenn wir die Infrastrukturmaßnahmen jetzt nicht setzen, haben wir unsere Chancen verspielt. 🍷

GEMEINDEPORTRÄT

FORTSCHRITT DURCH ZUSAMMENHALT

Blons im großen Walsertal zeigt, was eine starke Gemeinschaft in der Gemeinde bewirken kann.

Über sechzig Jahre ist es mittlerweile her, doch noch heute verbinden viele den Namen Blons mit dem Lawinenwinter im Jahr 1954. Damals ereignete sich eine der schlimmsten Lawinenkatastrophen überhaupt. Binnen drei Tagen gingen im Großen Walsertal hunderte Lawinen ab. Die Bilanz: fast 300 Verschüttete und 125 Tote, alleine 57 davon in Blons, in dem ein Drittel aller Häuser zerstört wurde. Eine bis dahin beispiellose internationale Rettungsaktion half den Opfern. Die Katastrophe hatte bleibende Auswirkungen (nicht nur) auf die Gemeinde. „Die Blonser, die selbst Hilfe erfahren haben, haben einfach eine andere Einstellung zum Helfen“, erklärt Bürgermeister Stefan Bachmann.

Bei Haussammlungen oder Aufrufen der Kirche verzeichnete man in Blons fortan eine überdurchschnittlich hohe Spendenbereitschaft. Das Unglück war auch Anlass dazu, dass in Österreich damit begonnen wurde, umfassende Lawinenverbauungen zu errichten. Auch in Blons gibt es viele davon. Im Laufe der Zeit wurden sie erhöht und verstärkt. Doch die technischen Verbauungen allein reichen nicht, um die Gemeinde zu schützen. Daher ist die Pflege des Schutzwaldes im dem Ort, der sich auf der Sonnenseite des Tales befindet, ein heißes Thema, insbesondere in Zeiten

des Klimawandels. Mit Argusaugen wird der Wildbestand überwacht und so niedrig wie nötig gehalten. Im 2004 neu gebauten Gemeindezentrum befindet sich heute ein Lawinendokumentationszentrum, und drei Themenwege vermitteln Besuchern das Leben mit der Lawinengefahr.

Doch die Blonser sind auch mit anderen Gefahren konfrontiert. Die dünn besiedelte Flächengemeinde (350 Einwohner) kämpft gegen die Abwanderung. Für die Streusiedlung ist es eine Herausforderung, die Infrastruktur mit großen Distanzen bei gleichzeitig wenig Nutzern zu erhalten. Doch Not macht erfinderisch, und mit ihrem außergewöhnlich gutem Zusammenhalt und Flexibilität trotzen die Blonser allen Problemen.

Für das Gasthaus fand sich kein Pächter, also betreiben sie es über einen Verein selbst. Kein kommerzieller Telekommunikationsanbieter hatte ein Interesse in den Breitbandausbau zu investieren, also verlegen sich die Blonser die Glasfaserkabel eben selbst, ehrenamtlich, in ihrer Freizeit. Mit dem vom ehemaligen Bürgermeister initiierten Verein Telekommunikation Blons versorgen die Blonser heute alle Mitglieder mit Telefonie und Internet (100 Mbit). Dazu zählen Privathaushalte, Unternehmen, die

Gemeinde, die Bücherei, eine Ärztin, das Gasthaus sowie Volksschule und Kindergarten. Beim Thema Pflege haben sich die Blonser mit acht anderen Gemeinden zusammengetan, um die regionale Betreuung von pflegebedürftigen Menschen sicherzustellen. Gemeinsam betreiben sie das Sozialzentrum der Integrierten Altenpflege, das Kurz- und Langzeitpflegebetten ebenso wie Seniorenwohnungen anbietet. Hauskrankenpflege, der Mobile Hilfsdienst (Mohi) und Essen auf Rädern arbeiten ebenfalls von hier aus.

Ihre Probleme schweißen die Blonser nur noch fester zusammen. Gemeinsam bewältigen sie sie und gehen gestärkt daraus hervor. 



**DER VEREIN
TELEKOMMUNIKATION BLONS**
www.blons.net

**SOZIALZENTRUM DER
INTEGRIERTEN ALTENPFLEGE (IAP)
AN DER LUTZ**
www.iap-ludesch.at

DIE GEMEINDE BLONS
www.blons.net

SALZKAMMERGUT-TROPHY 2018

GEMEINDEMEISTER STEHEN FEST

Im Rahmen der 21. Salzkammergut-Mountainbike-Trophy in Bad Goisern traten auch die Bürgermeister, Funktionäre und Gemeindebediensteten kräftig in die Pedale. Die Sieger kommen aus St. Lorenzen in der Steiermark. St. Gotthard im Mühlkreis holte den Titel in der Oberösterreich-Wertung.

Den Sieg in der Teamwertung bei der „7. OÖ Gemeinde-MTB-Meisterschaft“ über 22,1 Kilometer sicherte sich wie in den Vorjahren die Gemeinde St. Gotthard i. Mühlkreis (Robert Ehrlinger, Kurt Haslinger, Josef Hofstätter) mit 15 Minuten Vorsprung auf die Kollegen der Gemeinde Gschwandt (Franz Pöll, Stefan Madlperger, Christian Plank). Mit Platz 3 standen die Biker der Gemeinde Sattledt (Tobias Hofinger, Stefan Helperstorfer, Johann Quittner) ebenfalls auf dem Podium.

Bei den Damen entschied Renate Ehrenmüller von der Gemeinde St. Johann am Wimberg mit einer tollen Fahrt das Rennen für sich. Hinter ihr landete Irene Seidl von der Gemeinde Frankmarkt auf Rang 2. Dritte wurde mit Monika Gamsjäger (Gemeinde Gosau) eine Salzkammergut-Lokalmatadorin.

Den Sieg bei den Herren holte sich Robert Ehrlinger von der Gemeinde St. Gotthard. Knapp dahinter auf Rang 2 Manuel Wurdak von der Stadtgemeinde Leonding, den 3. Platz erreichte Franz Pöll von der Gemeinde Gschwandt.

Österreichweite Wertung: St. Lorenzen vor Gabersdorf und Amstetten. Bei der „Österreichischen MTB-Meisterschaft“ über die 37,9 km-Distanz schafften es die Biker von der Marktgemeinde St. Lorenzen aus dem Mürztal (Josef Tonweber, Jürgen Schwarz, Patrick Hutter) auf Platz 1. Rang 2 „erradelten“ ihre südsteirischen Kollegen der Gemeinde Gabersdorf (Manuel Unger, Christian Hernach, Rene Remling). Rang

DIE SALZKAMMERGUT-TROPHY

21

Teams aus ganz Österreich in der Wertung der Mountainbike-Gemeindemeisterschaft 2018

107

Teilnehmer aus Österreichs Gemeinden nahmen die 37,9 Kilometer lange Strecke in Angriff

5362

insgesamt waren 5362 Teilnehmer aus 39 Nationen am Start

3 geht nach Niederösterreich, genauer gesagt an die Stadtgemeinde Amstetten (Robert Aichinger, Christoph Reiter, Walter Schwandl).

Die Einzelwertung bei den Damen entschieden Marion Binder (Marktgemeinde Ottlang/OÖ) vor Veronika Laimer (Gemeinde St. Gilgen/Sbg.) und Evelyn Burgstaller (Marktgemeinde Ampflwang/OÖ) für sich.

In der Herrenwertung siegte der Steirer Matthias Fank (Marktgemeinde Vornau) vor den beiden Oberösterreichern Christian Winter (Marktgemeinde Windhaag/Freistadt) und Christoph Strobl (Marktgemeinde St. Georgen im Attergau).

Wieder über 5000 Teilnehmer bei der Salzkammergut-Trophy am Start! Insgesamt gingen im 21. Jahr der Salzkammergut-Trophy 5362 Biker aus 39 Nationen in den verschiedensten Bewerbungen an den Start und wurden von 1100 Helfern bestens betreut.

Neben den sieben verschiedenen Marathonstrecken zwischen 22 und 211 Kilometer gab es auch eigene Bewerbe für eMountainbikes, Cyclocross-Räder, Einräder und natürlich für den Nachwuchs. Neben zahlreichen Profis und Promis wie zum Beispiel Snowboard-Ass Ben-



Die Salzkammergut-Trophy – Schauplatz der Gemeinde-MTB-Meisterschaften 2018!



Rang 1 ging an die Markgemeinde St. Lorenzen aus dem Mürztal mit Josef Tonweber, Jürgen Schwarz, Patrick Hutter. Platz 2 „erradelten“ ihre südsteirischen Kollegen der Gemeinde Gabersdorf mit Manuel Unger, Christian Hernach, Rene Remling. Rang 3 geht nach Niederösterreich, genauer gesagt an die Stadtgemeinde Amstetten mit Robert Aichinger, Christoph Reiter, Walter Schwandl.



Empfang der Teilnehmer der Gemeinde-MTB-Meisterschaft bei der Salzammergut-Trophy im Innenhof vom Schloss Neuwildenstein.

Auf der bekannt anspruchsvollen Strecke der „Trophy“ lauerte das eine oder andere Teufelchen.

jamin Karl oder „Überflieger“ Andi Goldberger waren wieder tausende Hobby-Biker dabei und machten so die Region rund um den Hallstätter See einmal mehr zum Hotspot der MTB-Szene.

Neben den sportlichen Highlights gab es auch ein sehenswertes Trophy-Rahmenprogramm. Bei der Bike-Expo mit über 80 Ausstellern präsentierten viele Firmen die neuesten Bike-Modelle, Ausrüstung und trendige Sportfashion.

Die gesamten Ergebnisse aller Bewerbe, aktuelle News und Fotos findet man im Internet unter www.trophy.at

GLEICH NOTIEREN!

DIE 22. AUFLAGE DER SALZKAMMERGUT-TROPHY FINDET VON

12. bis 14. Juli 2019

STATT.

DAS ANMELDEFENSTER IST AB OKTOBER 2018 GEÖFFNET!

BEHÖRDENKONFERENZ MIT VISIONEN FÜR 2030

DER PARADIGMENWECHSEL IST SCHON IM GANGE

Die jährliche renommierte Branchenkonferenz für Behörden und die öffentliche Verwaltung hat sich als fixer Treffpunkt für Entscheidungsträger aus dem Behördenbereich etabliert. Heuer definierten die Dauerbrenner Digitalisierung, Innovation und Strategie die Gespräche – und brachten erstaunliche Einblicke.

TEXT // Hans Braun

Die Digitalisierung macht das Leben für alle einfacher, aber dazu müssen sich auch die Behörden oder besser, die Verwaltung ändern. Dieser Satz ist gleich mehrmals in der einen oder anderen Form am 20. September im Novomatic-Forum in Wien gefallen. Interessant daran ist, dass er nicht nur von Vertretern der Wirtschaft kam, sondern auch von Vordenkern aus Verwaltung und Politik. Ein Bericht von der LSZ-Branchenkonferenz „Behörden“, die heuer unter dem Motto „smart – innovativ – digital“ stattfand.

Rund 150 Spitzenvertreter aus Verwaltung, Wirtschaft und Politik waren gekommen, um über die nächsten Schritte der Digitalisierung zu reden, wo wir überhaupt stehen, was derzeit gerade in Umsetzung ist und was geplant ist.

Paradigmenwechsel im Dauerbrenner Gesundheitsdaten. Gleich der erste Redner, Christian Hofmeister von der „Industry Solution & Business Development“-Abteilung von IBM-Deutschland, überraschte mit dem Ansatz, dass nicht länger „die Daten zu den Anwendungen müssten“, sondern „die Anwendungen zu den Daten“. Gemeinsam mit der Technikerkrankenkasse Hamburg ist IBM eines der sensibelsten Themen der Digitalisierung, den Umgang mit persönlichen Gesundheitsdaten, angegangen und hat eine „Container-Lösung“ präsentiert. In diesen Container stellt der User oder Kunde oder auch Patient – wie immer man das nennen mag – seine persönlichen Daten in einer speziell abgesicherten Umgebung ab. Niemand außer

dem User hat Zugriff auf diese Daten, weder IBM noch die Krankenkasse oder sonst eine Anwendung – nur der User kann damit agieren.

Hier liegen mehrere Vorteile auf der Hand: Zum einen kann der User weltweit, und das zeitlich begrenzt, Zugriff auf seine Gesundheitsdaten geben. Beispielsweise wüsste ein Arzt in Australien, bei dem man im Urlaub wegen eines gebrochenen Beins in Behandlung ist, sofort über eine Medikamenten-Verträglichkeit oder sonstige Allergien des Patienten Bescheid. „Und seien wir ehrlich“, so Hofmeister, „wer kann sich schon an seine letzte Tetanus-Impfung erinnern?“ Das System würde den User auch an diese Dinge erinnern, würde einem helfen, sich in der schieren Flut der eigenen Daten zurecht zu finden. Und mehrfach betonte Hofmeister, dass die Prämisse, dass „der User ist der Souverän“, ohne seine Zustimmung geht nichts, für IBM ganz oben steht. Daher auch der Ansatz, dass die Anwendungen zu den Daten kommen, wenn der Besitzer der Daten dies erlaubt.

Vermutlich dachte sich nicht nur der Autor (der sich übrigens an seine Letzte Tetanus-Impfung nicht erinnern konnte), dass diese Lösung toll wäre, wenn sie nicht in „der Cloud“ stattfinden würde. Dabei ist das im Grunde alternativlos. Jede denkbare Hardware-Lösung (subkutaner Chip, spezielle Uhr und so weiter) stoßen bei dem Tempo der technischen Erweiterung in Blitzeisele an ihre Grenzen, wären nicht mehr auslesbar oder zugänglich – und ehrlich: wer will schon alle paar Jahre einen neuen Chip unter die Haut gepflanzt bekommen.

FACT-BOX

Die „Branchenkonferenz Behörden“ ist der Behörden-Branchentreff Österreichs und wird jährlich von der LSZ Consulting Loisel.Spiel.Zach GmbH mit Sitz in der Gußhausstraße 14/9 in 1040 Wien organisiert. Die LSZ betreut die größte IT-Community im Business-Bereich in Österreich. Die Community umfasst derzeit rund 1300 CIOs der TOP Unternehmen, wie auch gehobener KMUs, die zu unterschiedlichsten IT-Themen persönlich mit Informationen versorgt werden.
Tel.: +43 (1) 50 50 900
Fax: +43 (1) 50 50 912
E-Mail: office@lsz-consulting.at
Web: www.lsz-consulting.at



Bei der Podiumsdiskussion wurde an Visionen für „Smart Government 2030“ gefeilt.

„Jene Amtswege, die digitalisierbar sind, sollen auch in digitaler Form zur Verfügung stehen.“ Margarete Schramböck, Digitalisierungs-Ministerin.



Zwischen den Vorträgen und Diskussionsrunden ist Netzwerken angesagt.

Im Grunde ist dieser Ansatz von IBM die Antwort auf die schon lange bestehende Unsicherheit des Einzelnen, das Unbehagen vor Cloud-Lösungen und wer dann aller Zugriff auf persönliche Daten hat. Nicht die Industrie, nicht die Wirtschaft, nicht die Datensammler unserer Zeit würde über unsere Daten bestimmen. Nicht wir müssten die Daten in Anwendungen speichern, sondern die Anwendungen müssten (mit Erlaubnis) zu den Daten kommen.

Digitalisierung und Transformation in der Verwaltung und Visionen für „smart government“.

„Wir wissen heute noch gar nicht, welche Werkzeuge wir in der Verwaltung künftig verwenden werden, nur eines ist sicher: Das Internet geht nicht mehr weg, es bleibt!“ In einer Podiumsdiskussion, an der unter anderen Franz-Reinhard Habel, Sprecher und Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, und Peter Parycek, Leiter des Departements E-Governance in Wirtschaft und Verwaltung der Donau-Uni Krems, zwei ausgewiesene Vordenker der Digitalisierung in der Verwaltung, teilnahmen, wurden diese beiden Punkte ganz eindeutig. Gerade die Kommunen stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Klimawandel, Migration, Wohnbedingungen und Wohnungsmanagement – die Digitalisierung könnte die Lösung für diese Probleme bringen, weil sie Daten für eine vorausschauende Politik liefern könnten. Aber wie kann man den Staat, wie kann man eine Gemeinde mit Daten steuern? Auf diese Fragen gäbe es noch keine eindeutigen Antworten.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg arbeitet derzeit an der Digitalisierung kleinerer Städte und erhofft sich Antwort auf die Frage, wie die Menschen künftig im ländlichen Raum leben. Das sei nicht nur eine Frage der Breitbandanbindung, sondern viel mehr noch eine Frage der Anwendungen. Aber dabei müssen sich, so Habel, auch die Behörden ändern. „Mit den Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger kann eine Behörde heute schon kaum mehr mit. Es braucht weniger Administration, dafür mehr Raum für Wirtschaft und Bildung.“

„Wir wollen das Leben der Bürger einfacher machen.“ Dass die Chancen der Digitalisierung nicht von allen Menschen gesehen werden, liegt ebenso auf der Hand. Die Angst, seinen Job an einen Roboter zu verlieren, sei vorhanden. Die immer wieder festgestellte Behauptung, dass das Gegenteil der Fall wäre, dass es mit der Digita- ➤

lisierung mehr Jobs geben würde, dringt weniger durch. „Der Schlüssel sind Skills“, wie es Michael Esterl, Generalsekretär im BMDW, dem Ministerium für Digitalisierung und Wirtschaft, formulierte. Die Gutausgebildeten hätten alle Chancen, die weniger gut ausgebildeten müssen wenn nötig massiv unterstützt werden, damit sie an der Digitalisierung teilnehmen können. Nach Untersuchungen haben rund 40 Prozent der Europäer keine oder kaum digitale Kompetenzen.

Auf Bundesebene ist die Transformation bereits im Gang, wie unter anderem Digitalisierungsministerin Margarete Schramböck auf der Tagung berichtete. Teil und Kernstück dieser Transformation ist beispielsweise die „antragslose Verwaltung“. Zu verstehen ist darunter beispielsweise die automatische Auszahlung der Kinderbeihilfe. Dazu gehört auch das Prinzip „Once only“, welches vorsieht, dass Bürger und Unternehmen bestimmte Standardinformationen den Behörden und Verwaltungen nur noch einmal mitteilen müssen. Damit alles reibungslos funktioniert und sowohl die Bürger und Bürgerinnen als auch die Wirtschaft davon profitieren können, müssen geeignete Schnittstellen zugänglich sein – und dafür entwickelt das Ministerium, so Schramböck, eine Online-Plattform.

oesterreich.gv.at soll als Angebot für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden, um einfach auf die gängigsten, bereits bestehenden Verwaltungsapplikationen wie etwa auf das Bürgerserviceportal (help.gv.at), das Unternehmensserviceportal (usp.gv.at) oder das Rechtsinformationssystem (ris.bka.gv.at) zentral, einheitlich zugreifen zu können. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob mittelfristig die zehn Lebenssituationen und Verwaltungsleistungen, die Bürgerinnen und Bürgern am häufigsten betreffen (wie zum Beispiel Beantragung eines Reisepasses, Änderungen im Melderegister, Änderung im Kraftfahrzeugregister und Beantragung einer Staatsbürgerschaft), in dieser Plattform online zugänglich gemacht werden können. In weiterer Folge sollen jene Amtswege, die digitalisierbar sind, auch in digitaler Form zur Verfügung stehen. Daneben wird das Integrieren eines elektronischen Personalausweises evaluiert.

Zur Unterstützung der KMU wurde auch eine Digitalisierungsagentur ins Leben gerufen, die bei der Forschungsförderungsgesellschaft angesiedelt wurde, auch wenn es sich dabei um eine Infrastruktur-Umsetzungs- und keine Förderungsagentur handelt, so Schramböck.



» **Der User ist der Souverän.** Ohne seine Zustimmung geht gar nichts.“

Christian Hofmeister,
IBM-Deutschland



» **Das Internet geht nicht mehr weg, es bleibt.“**

Franz-Reinhard Habel,
Sprecher und Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes



» **Ich glaube, dass die Digitalisierung die zentrale Entwicklungschance für den ländlichen Raum ist.“**

Alfred Riedl,
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Aber da diese Schritte vorerst nur auf Bundesebene stattfinden, wird die Herausforderung der Zukunft sein, die Länder und die Gemeinden mit an Bord zu holen. Das Ziel sei, dass sich 2030 weder Bürger noch Unternehmen mit der Verwaltung auseinandersetzen müssen und dass gleichzeitig der Stellenwert der Verwaltung gehoben wird. „Es muss viel attraktiver für die Abgänger von Universitäten werden“, so Schramböck.

Infrastruktur ist der Knackpunkt. Die Skepsis des Kommunalpolitikers war zu merken, als sich Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl am Nachmittag einem Interview auf dem Podium stellte. Das Um und Auf, so Riedl, sei die Infrastruktur, ohne die alle Digitalisierungsziele im Sand verlaufen würden. Die Gemeinden haben ihre Aufgaben gemacht, die Leerverrohrung sei weit fortgeschritten, aber es gibt nur wenige Anbieter, die die ländlichen Gebiete versorgen würden. Stattdessen kannibalisiere man sich im urbanen Bereich. „Hier hat die Volkswirtschaft versagt. Man hat den Ausbau dem Markt überlassen, wo nach wirtschaftlichen Kriterien entschieden wird. Wo es sich rechnet, wird gebaut.“ Aber ohne die Infrastruktur gibt es die benötigten hochqualifizierten Arbeitsplätze im ländlichen Raum nicht.

Auf diesem Punkte reiten seit Jahren praktisch alle Vertreter von Gemeinden richtiggehend herum: Alle Ankündigungen über 5G-Strategie und ähnliches, Ankündigungen, die auch hier wieder gemacht wurden, funktionieren nur, wenn die Infrastruktur passt. Der Grund liegt auch auf der Hand: „Der ländliche Raum verliert die Menschen – und als erstes die Jungfamilien, was ein höchst gefährlicher Zustand ist –, wenn die Breitbandanbindung nicht passt“, so Riedl. Gerade bei den Jungfamilien sieht man auch, dass die ganze Frage ein Generationenproblem ist. Es gibt, so Riedl, auch schon viele Anwendungen, aber die jungen Nutzer lösen jetzt gerade die ältere Generation, die mit den Angeboten nicht so kann, ab. Das trifft auch auf die Mitarbeiter in Gemeinden zu.

Spannende Frage an den „obersten Bürgermeister Österreichs“ zum Abschluss: Wie digital muss ein Bürgermeister sein, muss eine Gemeinde sein? „Ich glaube, beide müssen Neuem aufgeschlossen sein. Weil ich schon glaube, dass die Digitalisierung die zentrale Entwicklungschance für den ländlichen Raum ist.“

FRIEDRICH-MOSER-WÜRDIGUNGSPREIS

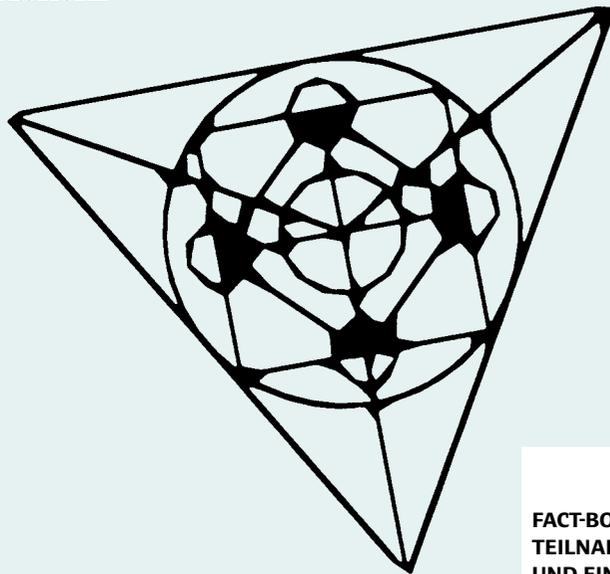
GESTALTUNG DES RAUMES DURCH INNENENTWICKLUNG

Innenentwicklung bedeutet die radikale Abkehr von steigender Flächeninanspruchnahme und zunehmendem Ressourcenverbrauch, von Zersiedelung und Ausdehnung der Siedlungsgrenzen. Innenentwicklung kann aber auch als Gestaltungsprozess und Lernprozess begriffen werden.

Innenentwicklung erfordert auf allen gebietskörperschaftlichen Maßstabsebenen eine koordinierte Entwicklung und strategische Erneuerung der Planungen im Hinblick auf Bebauungs- und Siedlungsstrukturen, räumliche Infrastrukturen und Erholungs- und Freiraumstrukturen.

Der Friedrich-Moser-Würdigungspreis wird zum dritten Mal an initiative und innovative Gemeinden und ihre Planerinnen und Planer vergeben. Der Preis 2019 ist dem Thema der Innenentwicklung gewidmet. Dabei können Konzepte und Planungsprozesse eingereicht werden, die einen Planungsansatz auf kommunaler oder interkommunaler Ebene aufweisen und sich mit den Themen Innenentwicklung, Nachverdichtung, Mobilisierung von Baulandreserven, Nutzung und Aktivierung von Leerständen und dergleichen beschäftigen. Die Umsetzung der eingereichten Konzepte sollte so weit gediehen sein, dass zumindest einzelne erste Schritte und Maßnahmen des Gesamtprozesses in Umsetzung sind.

Die örtliche Raumplanung ist dabei jene Planungsebene, auf der gesellschaftliche Herausforderungen mit Raumbezug und damit verbundene Planungsprobleme und Problemlösungen konkret werden und Gestalt annehmen. Gemeinden, Planerinnen und Planer sind bei der Gestaltung des Raumes durch Innenentwicklung in besonderer Weise gefordert, Initiativen zu ergreifen.



Aktuelle Herausforderungen und Aufgaben der Raumplanung ergeben sich dabei

- bei der Ermittlung von Potenzialen der Innenentwicklung samt deren Quantifizierung und Qualifizierung,
- bei der Entwicklung von Strategien zur Aktivierung der Innenentwicklungspotenziale und
- bei der Entwicklung von neuen formellen und informellen Planungsverfahren und Planungsinstrumenten zur Förderung der Innenentwicklung.

Teilnahmeberechtigt sind Planerinnen und Planer aus dem Bereich der überörtlichen oder örtlichen Raumplanung zusammen mit den verantwortlichen Gemeindevertretungen. Dazu ist ein Teilnahmeantrag (<http://www.ifoer.at/mwp2019.pdf>) auszufüllen und an die E-Mail-Adresse mwp2019@ifoer.tuwien.ac.at zu übermitteln. Dem Formular können weitere relevante Unterlagen (Dokumentation, Bilder, Presseartikel etc.) beigelegt werden. 

**FACT-BOX ZU
TEILNAHMEANTRÄGEN
UND EINREICHUNG**

Teilnahmeanträge sind bis spätestens 15. Dezember 2018 schriftlich zu übermitteln. Die Prüfung der Teilnahmeanträge und Jurierung erfolgt bis Ende Jänner 2019. Die Preisverleihung findet im Frühjahr 2019 nach vorheriger Terminvereinbarung statt.

Mehr Infos bei der TU Wien, Department für Raumplanung, Fachbereich Örtliche Raumplanung, 1090 Wien, Augasse 2-6
Tel: +43 1 58801-280401
E-Mail: mwp2019@ifoer.tuwien.ac.at

NATURSCHUTZ

„BLÜHENDES ÖSTERREICH“ SETZT AUF NACHHALTIGKEIT

„Blühendes Österreich“ hat sich in den vergangenen drei Jahren als eine bedeutende, österreichweite Naturschutzinitiative etabliert. Mit der Strategie für die nächsten fünf Jahre will man sich für Nachhaltigkeit einsetzen.

Im Mittelpunkt von „Blühendes Österreich“ steht die Stärkung von Leistungsträgern, Initiativen und Gemeinden, die das Land bunter, artenreicher und lebendiger machen. Die zweite Säule der Initiative setzt auf Naturbildung, die unter anderem Österreichs größtes Naturerlebnis-Portal umfasst. Ein Kalender mit tausenden Veranstaltungen von Vorarlberg bis zum Burgenland rund um Tiere, Pflanzen, bäuerliches Handwerk, Gartentipps, Landwirtschaft und Freiwilligeneinsätze steht für alle offen.

Österreichs Vielfalt leben – Naturschutzstrategie 2018-2022. Im Naturschutzbereich fokussiert Blühendes Österreich im Zeitraum 2018 bis 2022 auf die Entwicklung ausgewählter ökologischer Modellregionen durch die Unterstützung von Naturschutzprojekten über das Regionalprogramm LEADER gemeinsam mit dem Österreichischen Umweldachverband.

Mit FLORA (Förderung von LandwirtInnen und Organisationen zur Rettung unserer Artenvielfalt) unterstützt „Blühendes Österreich“ finanziell bei ökologisch nachhaltiger und extensiver Bewirtschaftung, um wichtige Lebensräume für Vögel sowie für Schmetterlinge und andere Insekten zu sichern.

Der 2017 neu ins Leben gerufene Naturschutzpreis „Die Brennnessel“ ermöglicht Naturschützern eine unkomplizierte Finanzierung und Umsetzung von Naturschutz- und Naturbildungsprojekten von bis zu 20.000 Euro. Insgesamt werden 200.000 Euro für den kommenden Naturschutz- und Gemeindepreis 2019 zur Verfügung stehen.

„Mit der neuen Naturschutzstrategie von Blühendem Österreich werden private Mittel der Wirtschaft systematisch und langfristig für den Naturschutz mobilisiert. Privatwirtschaftliche



Christian Hatzenbichler (Bergwiesn), Elisabeth Wrbka (Thermenlinie), Franz Maier (Umweldachverband), Alfred Riedl (Gemeindebund), Tanja Dietrich-Hübner (REWE), Gábor Wichmann (BirdLife), Christina Öhlzelt (Leader-Region Elsbeere Wienerwald), Matthias Rode (Naturpark Südsteiermark), Ronald Würflinger (Blühendes Österreich).

„Mit der ‚Brennnessel‘, dem neuen Naturschutz- und Gemeindepreis, können wir Leuchtturmprojekte in den Gemeinden sichtbar machen.“

Gemeindebund-Chef
Alfred Riedl

Initiativen für Naturschutz werden immer wichtiger, weil öffentliche Mittel tendenziell weniger werden und viele Naturschutzmittel sehr bürokratischen Förderbedingungen unterliegen“, sagt Franz Maier, Präsident des Umweldachverbandes.

Partner für Gemeinden. „Wir sehen Blühendes Österreich als einen langfristig tätigen Partner für Österreichs Gemeinden. Mit der ‚Brennnessel‘, dem neuen Naturschutz- und Gemeindepreis, können wir Leuchtturmprojekte in den Gemeinden sichtbar machen und regionale Initiativen fördern. Dass in den nächsten Jahren Millionen für Österreichs Gemeinden zur Verfügung stehen, wird Biodiversität und die Regionen stärken“, erklärte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

SÜDTIROL

FAHRRADVERBOTE AUF WANDERWEGEN

Weil es zunehmend zu Konflikten mit Wanderern gekommen ist, stat-
tet die Südtiroler Landesregierung die BürgermeisterInnen mit dem
Recht aus, Wander- und Forstwege für Radfahrer zu sperren.

In die Durchführungsverordnung zum Landesforstgesetz der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol wurde ein Artikel eingefügt, welcher die BürgermeisterInnen dazu ermächtigt, auf Wanderwegen oder einzelnen Abschnitten derselben das Befahren mit Fahrrädern zu verbieten, wenn durch das Radfahren Konflikte mit den Wanderern oder mit der land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit auftreten.

Nicht zuletzt durch den Boom der E-Bikes haben die Räder auch in höheren Lagen enorm zugenommen. Mit dem E-Bike kommt fast jeder weit hinauf, mit dem schweren Gefährt aber nicht mehr jeder sicher wieder hinunter, so der Bürgermeister von Sarntal, Franz Locher. Früher oder später wird es daher Verbote brauchen, denn manche Wege sind schmal und für das Radfahren nicht geeignet.

Weil die Konflikte in den verschiedenen Gebieten unterschiedlich stark ausgeprägt sind, sollen die BürgermeisterInnen vor Ort entscheiden. Sie wissen am besten Bescheid, wo es Regelungen für ein konfliktfreies Miteinander von Wanderern und Radfahrern braucht, so der zuständige Landesrat Arnold Schuler. Grundsätzlich ist in Südtirol das Mountainbiken auf den Forst- und Wanderwegen auch künftig erlaubt.

Viele BürgermeisterInnen zeigen sich froh, dass sie nun die Möglichkeit haben, nicht geeig-

„Die BürgermeisterInnen vor Ort wissen am besten Bescheid, wo es Regelungen für ein konfliktfreies Miteinander von Wanderern und Radfahrern braucht.“

nete Wege für Radfahrer zu schließen. Zuletzt hat es vermehrt Klagen gegeben und außer in den Schutzgebieten waren den Bürgermeistern bislang die Hände gebunden. Eine Flut an Verboten wird es aber nicht geben, sehr wohl aber gezielte Sperren, zumal die BürgermeisterInnen nach Anhören der verschiedenen Interessensgruppen entscheiden.

Positiv äußert sich auch der Südtiroler Hotelier- und Gastwirteverband. „Wir sind mit dieser Regelung einverstanden und vertrauen darauf, dass die Bürgermeister vor Ort gute und vernünftige Lösungen treffen. Der Radtourismus ist zweifelsohne ein Wachstumsmarkt, in erster Linie ist Südtirol aber eine Wanderdestination“, so Präsident Manfred Pinzger. „Wir müssen daher die Voraussetzungen für einen respektvollen Umgang schaffen, unter anderem auch indem man eigene Strecken für Mountainbiker ausweist.“

Auf das Fahrverbot ist mit eigenen Schildern hinzuweisen. Für die Übertretung des Verbots wird eine Verwaltungsstrafe von 62 Euro verhängt. Mit der Aufsicht über die Einhaltung dieser Bestimmung ist das Landesforstkorps betraut. 

Mehr Informationen beim Südtiroler Gemeindenverband, www.gvcc.net



BURGENLAND



Peter Pohl, Vorsitzender des Fachverbandes der Amtmänner und -frauen, Städtebund-Vorsitzende Ingrid Salamon, Landtagspräsident Christian Illedits, Erich Trummer, Präsident des Bgld. GVV und Leo Radakovits, Präsident des Bgld. Gemeindebundes.

Amtmänner und -frauen tagten in Andau

In Andau trafen einander die Amtmänner und -frauen des Burgenlandes zu ihrer 70. Jahreshauptversammlung.

Landtagspräsident Christian Illedits hob in seiner Festansprache die Schlüsselrolle der Amtmänner und -frauen in der Gemeindeverwaltung hervor: „Seit der

Gründung im Jahr 1948 stehen die burgenländischen Amtmänner und Amtfrauen an der Seite der politischen Verantwortungsträger in ihren Gemeinden der Verwaltung vor. Sie haben damit einen maßgeblichen Beitrag zum Aufstieg unseres Heimatlandes geleistet.“

Bildungsdirektion statt Landesschulrat

Mit Beginn des neuen Schuljahres wurde der Landesschulrat zur „Bildungsdirektion“ umgewandelt. Im Gegensatz zum Landesschulrat, der eine reine Bundesbehörde war, ist die Bildungsdirektion eine gemeinsame Bund-Länder-Behörde. Allerdings hat das Burgenland schon 2006 die Landeslehrerverwaltung an den Landesschulrat übertragen. Ab jetzt müssen sowohl Bundes- als auch

Landeslehrerverwaltung von einer Behörde ausgeführt werden.

Im Pädagogischen Dienst sind künftig alle pädagogischen Aufgaben unter einem Dach in der Bildungsdirektion versammelt. Im Gegensatz zu früher gibt es ab jetzt einen gemeinsamen Verantwortlichen für alle pädagogischen Belange über alle Schularten hinweg. Das umfasst die Schulaufsicht, die Sonderpädagogik und das Minderheitenschulwesen.



KÄRNTEN



Schutzwege werden besser sichtbar

Zebrastrifen können nur dann Sicherheit gewährleisten, wenn sie deutlich sichtbar sind. Das Land Kärnten hat daher in den Sommermonaten 385 Schutzwege auf Landesstraßen auf ihre Sichtbarkeit hin überprüft. Alle verblassten Schutzwege wurden durch die Straßenmeistereien ausgebessert oder erneuert. Im nächsten Schritt werden Schutzwege in der Nähe von Schulen und Kindergärten

auf den Landesstraßen noch sichtbarer. „Rote Umrandungen heben diese noch stärker hervor“, erläutert Straßenbaulandesrat Martin Gruber. In den Gemeinden können die Maßnahmen des Landes verstärkt werden, indem Schutzwege auf Gemeindestraßen ebenfalls erneuert werden. Gruber: „Die Sicherheit unserer Jüngsten ist dann am höchsten, wenn es einen Schulterabschluss auf allen Ebenen gibt.“



Landesrat Martin Gruber: „Rote Umrandungen heben die Zebrastrifen noch stärker hervor.“

Digitale Integrationsplattform ist online

Im Rahmen der Umsetzung des Integrationsleitbildes „Gemeinsam in Kärnten“ ist nun auch eine digitale Integrationsplattform online. Die Website ermöglicht einerseits die Suche nach aktuellen Integrationsangeboten in verschiedenen Bereichen und nach Bezirken – auf Deutsch oder Englisch

– und informiert andererseits über die Umsetzung des Kärntner Integrationsleitbildes sowie über Integrationsprojekte und aktuelle Veranstaltungen. Die Integrationsplattform, die wie eine digitale Landkarte funktioniert, macht die Angebote bezirksweise sichtbar.

[integration.ktn.gv.at](https://www.integration.ktn.gv.at)

**NIEDERÖSTERREICH**

Bürgermeister Martin Bruckner, LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf und geschäftsführender Gemeinderat Klaus Stebal.

Großschönau ist erste nÖ. Gemeinde mit **fünf „e“**

Als erste Gemeinde Niederösterreichs schaffte Großschönau beim e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden die höchste Auszeichnungstufe von fünf „e“. Seit mehr als 20 Jahren spielen Energie, Klimaschutz und Zukunftsvorsorge eine bedeutende Rolle in Großschönau und machen die Gemeinde als „Energie-Dorf“ weit über die Landesgrenzen bekannt. In den letzten Jahren wurden vier e-Ladestellen

errichtet, Radwegenetz und Radinfrastruktur ausgebaut, ein e-Bike-Verleih und eine Nahversorgerbörse eingerichtet. „Wir möchten unseren Status halten und verfolgen weiter das Ziel, gemeinsam mit den Partnergemeinden der Energie- und Modellregion Lainsitztal bis 2030 energieautark zu sein“, sagt Bürgermeister Martin Bruckner.

e5-niederosterreich.at

Jugend-Partner-gemeinde NEU

Die Aktion „NÖ Jugend-Partnergemeinde“ wurde neu aufgestellt. „Die Aktion NÖ Jugend-Partnergemein-de ist eine tragende Säule der Jugendpolitik in Niederösterreich. Wir erleben enorm viel Engagement und hochwertige Angebote für junge Menschen in unseren Gemeinden. Die Zertifizie-

rung 2019 bis 2021 zur ‚NÖ Jugend-Partnergemeinde NEU‘ durch eine Fachjury ist ein gutes Markenzeichen für alle Gemeinden, die ihre Zukunftsorientierung und ihre Partnerschaft mit der Jugend aktiv zeigen wollen“, sagt Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister. Die Bewerbungsunterlagen wurden an alle niederösterreichischen Gemeinden verschickt.

**OBERÖSTERREICH**

Ideen für die **Dorf- und Stadtentwicklung**

Groß war auch heuer wieder das Interesse an der Ortsbildmesse, die diesmal in der Gemeinde Moosdorf am Rande des Kobernauer Waldes stattfand. Eine Vielzahl an Gemeinden, Vereinen und Institutionen präsentierte ihre Ideen, Projekte und Konzepte, wie aus einem Dorf oder einer Stadt eine lebendige Gemeinschaft und ein Miteinander

werden können. Traditionell werden bei der Ortsbildmesse auch wieder neue Gemeinden in den Verein für Dorf- und Stadtentwicklung aufgenommen. Neu in den Kreis der Gemeinden aufgenommen wurden Grünbach, Hellmonsödt, Langenstein, Schwand im Innkreis, St. Aegidi, St. Radegund, Utzenaich und Windischgarsten.



Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Strugl und der Chef des Oberösterreichischen Gemeindebundes, Hans Higsamer (re.), beim Rundgang durch die Info-Stände auf der Ortsbildmesse.

Ansprechpartner in **Mobilitätsfragen**

Ein vom Infrastrukturre-sort des Landes Oberösterreich gemeinsam mit der Regionalmanagement OÖ GmbH entwickeltes Projekt unterstützt Gemeinden und regionale Institutionen in Mobilitätsfragen. Die neuen regionalen Mobilitätsmanager sind vorab in drei Pilotregionen aktiv. Entwickelt wurde das

Projekt gemeinsam mit der RMOÖ (Regionalmanagement Oberösterreich) GmbH. Die dort angestellten regionalen Mobilitätsmanager sind seit Kurzem in den drei Pilotregionen Mühlviertel, Innviertel-Hausruck und Vöcklabruck-Gmunden aktiv. Hier unterstützen sie vorerst für drei Jahre alle interessierten Gemeinden und regionalen Institutionen in deren Mobilitätsagenden.



Spielende Kinder in einem Landeskindergarten

Zuwächse bei **Kinderbetreuung außer Haus**

Das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen hat sich in den vergangenen fünf Jahren vergrößert. Vor allem gibt es mehr Krabbelgruppen, während das Angebot bei Tageseltern zurückgeht. Ein Viertel der unter Dreijährigen wird in Salzburg außer Haus betreut. Bis zum Schuleintritt steigen die Betreuungsquo-

ten auf de facto 100 Prozent. Den Salzburgerinnen und Salzburgern stehen laut „Salzburger Zahlenspiegel 2018“ im Betreuungsjahr 2017/2018 mit 227 Kindergärten um zwei mehr als 2012/2013 zur Verfügung. Die Zahl der betreuten Sprösslinge stieg im selben Zeitraum um 6,3 Prozent auf 13.941.

Erhalt der **Sonderschulen gesichert**

Durch zusätzliche Unterstützung des Landes Salzburg haben Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf weiterhin die Wahlfreiheit, ob sie ihr Kind integrativ oder in einer Sonderschule unterrichten lassen. „Assistenzpersonal und zusätzliche Sonderpädagogen ermöglichen Schülerinnen und Schülern, die besondere Unterstützung benötigen, die Teilnahme am Unter-

richt“, betont Landesrätin Maria Hutter. Zwei Drittel der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden derzeit in einer Volks-, Neuen Mittelschule oder Polytechnischen Schule integrativ unterrichtet, das heißt, sie besuchen eine Klasse gemeinsam mit Kindern ohne Förderbedarf und erhalten im Unterricht Unterstützung durch speziell ausgebildete Lehrer. Dieser Anteil ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen.



Frauen braucht das Land

Anfang März wurde der sogenannte Frauen-Call vorgestellt. Gesucht werden dabei Projekte, die die Zukunftschancen für Frauen verbessern. Nun wurden die ersten Projekte vorgestellt, die im steirischen Zentralraum in Umsetzung gehen. Der Call mit dem Titel „Frauen.Leben.Regionen 2018“ bietet einen Topf in der Höhe von 1,2 Millionen Euro für Projekte, die Frauen in den steirischen Regionen unterstützen sollen. Die verschiedenen Projekte, die

bis zum 2. Mai 2018 eingereicht werden konnten, sollen dazu beitragen, den vielfältigen Lebensmodellen von Frauen gerecht zu werden. Lebenswerte Rahmenbedingungen auf regionaler Ebene sollen dabei positiv beeinflusst werden, Zukunftsperspektiven für Frauen geschaffen und Einkommensungleichheit verringert werden. Seit Anfang September befinden sich nun insgesamt 27 Förderprojekte in der Umsetzungsphase.



Ulrike Fejer, LH-Stv. Michael Schickhofer, Dorothea Sauer und Landesrätin Ursula Lackner präsentieren Frauenprojekte.

„Rostfest“ bringt **neues Leben**

Das „Rostfest“ in Eisen- erz, das heuer bereits zum sechsten Mal stattgefunden hat, soll helfen, die von Abwanderung und Schrumpfung betroffene Region neu zu beleben. „Die Region rund um den Erzberg soll durch mehrere Projekte wieder zum Blühen gebracht werden“, sagte Landeshauptmann-

Stellvertreter Michael Schickhofer. „Das dreitägige Programm bietet viele verschiedene Möglichkeiten der Unterhaltung“, so Franz Lammer, einer der Projektinitiatoren des Rostfests. Die Idee, das Rostfest 2012 aus der Taufe zu heben, entstand laut Lammer mit dem Ziel, der Region um den Erzberg neue Perspektiven zu geben und die Abwanderung einzudämmen.

**TIROL**

Walter Egger von der Abteilung Waldschutz begutachtet einen der neuen Passivsammler zur Evaluierung der Luftgüte.

Luftqualität wird besser überwacht

Seit August werden vom Land Tirol Passivsammler-Messungen durchgeführt, die die gesundheitsschädliche Stickstoffdioxidbelastung (NO₂) in Tirol flächendeckend abbilden sollen. Zusätzlich zu den bestehenden stationären Messstellen des Tiroler Luftmessnetzes kann nun die Luftgüte in erweiterter Form erfasst werden.

An den derzeit betriebenen 16 stationären Messeinrichtungen wird die Stickstoffdioxidkomponente halbstündlich bestimmt. Mit dem nunmehrigen Passivsammler-messnetz, mit dem zusätzlich orientierende Messergebnisse produziert werden, kann die NO₂-Belastung an weiteren 25 ausgewählten Messstandorten im Monats- und Jahresmittel erfasst werden.

Frauen Mut zu Engagement machen

Die Kompetenzlehrgänge „Nüsse knacken – Früchte ernten“ zielen darauf ab, mehr Frauen in Entscheidungsgremien zu bringen und bereits aktive Frauen zu unterstützen. In sieben Modulen wird Frauen das nötige Handwerkszeug vermittelt, damit sie ihre Anliegen und Potenziale für gesellschaftspoliti-

sche Aktivitäten einbringen können. Zum Angebot gehören Rhetoriktraining, Konfliktmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerken. Gleichzeitig haben die Teilnehmerinnen die Möglichkeit, Einzelcoachings zu absolvieren. „Ob in der Gemeindestube, in öffentlichen Gremien oder im Verein: Es geht darum, die Zivilgesellschaft mitzugestalten“, sagt Landesrätin Gabriele Fischer.

**VORARLBERG**

Wie man am Bodensee zusammenarbeitet

Das Interreg V-A-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bodenseeraum fördern. Die Vorarlberger Landesregierung fördert das Programm nun mit zusätzlichen 1,3 Millionen Euro. Die finanziellen Mittel werden für zwei Projekte genehmigt: Das zentrale Vorhaben des Projekts „Museumschiffe“ ist die möglichst originalgetreue Restaurierung des historischen Motorschiffs „MS

Österreich“ und dessen Sichtbarmachung als kulturhistorisch wertvolles Gut und identitätsstiftendes Sinnbild für die Technologieführerschaft auf dem Gebiet der Schiffsantriebstechnik.

Beim Projekt „Partizipatives Place Branding im Fokus Fachkräftegewinnung“ soll identifiziert werden, wie sogenannte „Influencer“ (beispielsweise Blogger) durch den Einsatz sozialer Medien über Wirtschaftsthemen informieren können.



Das Museumschiffe MS Österreich soll restauriert werden.

Wanderwege werden saniert

Die alpinen Vereine haben für das Jahr 2018 bereits zwölf beabsichtigte Sanierungen von Wanderwegen gemeldet. Elf Projekte werden vom Alpenverein Vorarlberg durchgeführt, die Sektion Mindelheim des Deutschen Alpenvereins

verwirklicht ein Projekt. Zusätzlich zu diesen Projekten sollen nach Möglichkeit weitere Sanierungsprojekte an alpinen Wanderwegen realisiert werden. Um die Vereine finanziell bei dieser wertvollen Leistung zu entlasten, unterstützt das Land diese 2018 mit bis zu 68.000 Euro.

PERSONALIA

Viel geleistet in 20 Jahren

ENNSDORF // Seit 1998 ist Alfred Buchberger Bürgermeister im niederösterreichischen Ennsdorf im Bezirk Amstetten. Nach 20 Jahren im Amt und einer langen Laufbahn in der Politik will er sich ab 30. September



noch anderen Dingen widmen. Als designierter Nachfolger steht bereits der 31-jährige Daniel Lachmayr fest. Alfred Buchberger weiß nur Gutes über ihn zu berichten: „Ich kenne ihn schon seit seiner Jugend als engagierten Kämpfer für die Verbesserung der Lebensqualität in unserer Gemeinde.“

Frischer Wind in Gleinstätten

GLEINSTÄTTEN // Elke Halbwirth ist seit 9. August 2018 neue Bürgermeisterin der steirischen Gemeinde Gleinstätten. Mit 13 von 14



gültigen Stimmen wurde sie in der Gemeinderatssitzung fast einstimmig als Nachfolgerin von Franz Koller gewählt. Die in der steirischen Gemeinde Wagner geborene Neo-Bürgermeisterin kann bereits auf eine lange politische Laufbahn zurückblicken. So trat sie 2010 dem Pistorfer Gemeinderat bei. Durch die steirische Gemeindestrukturreform 2015, bei der Pistorf und Gleinstätten fusionierten, war sie drei Jahre im Gleinstättener Gemeinderat tätig. Die 41-Jährige ist Mutter von zwei Kindern. In ihrer Freizeit unternimmt sie gerne Ausflüge mit der Familie und betreibt Nordic Walking.

Der Chef ging in Pension

ST. AEGYD // Am 30. September 2018 übergab Rudolf Pfeffer, langjährige Bürgermeister der Gemeinde St. Aegyden am Neuwalde im Bezirk Lilienfeld in Niederösterreich, das Amt. Pfeffers Weg in die Kommunalpolitik



wurde ihm bereits von zu Hause gegebnet: „Mein Vater war jahrelang als Gemeinderat tätig und auch ich interessierte mich schon früh für die Politik“, erinnert sich Pfeffer. 1985 trat er seine 33 Jahre andauernde Zeit im Gemeinderat an. 2005 übernahm er das Amt des Vizebürgermeisters und wurde 2011 schließlich zum Bürgermeister der Marktgemeinde gewählt.

EHRUNGEN



MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 17. AUGUST 2018 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. ALEXANDER VAN DER BELLEN VERLIEHEN:

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

Vizeleutnant Franz Riegler, ehem. Vizebürgermeisterin der Marktgemeinde Neumarkt an der Ybbs, Niederösterreich.



MEHR PERSONALIA UNTER

gemeindebund.at

Für alle ein offenes Ohr



THERESIENFELD // Die 3500-Einwohner-Gemeinde Theresienfeld hat seit Anfang September eine neue Bürgermeisterin: Altbürgermeister Theodor Schilcher übergab das Amt an seine bisherige Vizeortschefin Ingrid Klauninger. Klauninger kennt als gebürtige Theresienfelderin die Besonderheiten und Spezifika der Gemeinde in- und auswendig. Bereits im Jahre 1999 engagierte sich Klauninger im Gemeinderat, seitdem blieb sie der Kommunalpolitik ihres Heimatortes treu. 2004 trat Klauninger in den Gemeindevorstand ein, seit 2013 bekleidete sie das Amt der Vizebürgermeisterin. Die neue Bürgermeisterin studierte Politikmanagement und trägt den Titel Master of Science. Besonders diese Fähigkeiten und Kompetenzen, machten die 53-Jährige zur Nachfolgerin des scheidenden Bürgermeisters Theodor Schilcher, der aus Altersgründen das Amt mit 10. September zurücklegte.



Staub aufwirbeln nicht sinnvoll



BAD MITTERN-DORF // Der offizielle Bürgermeisterwechsel in Bad Mitterndorf ging in einem rauschenden Festakt in der Mehrzweck-

halle in Knoppen über die Bühne. Nachdem Manfred Ritzinger 24 Jahre lang Bürgermeister der Altgemeinde Pichl-Kainisch und dann der Gemeinde Bad Mitterndorf war, übergab er sein Amt nun an Klaus Neuper. Auch wenn die Wahl des neuen Bürgermeisters nicht einstimmig war und es mit zwei ungültigen und sieben Leerstimmen von der Opposition großen Widerstand gab, startet Neuper optimistisch in seine Zukunft. Er will „menschlich bleiben“ und den Bewohnern der Gemeinde stets zur Seite stehen, so wie es ihm sein Vorgänger Manfred Ritzinger vorgelebt habe. „Staub aufwirbeln ist nicht sinnvoll“, betonte Neuper.

Keine leichte Entscheidung

FÜRSTENFELD // 2004 trat Werner Gutzwar das Amt des Bürgermeisters von Fürstenfeld in der Steiermark an. Mit 31. Oktober 2018 verlässt er nun den Chefessel der Stadtgemeinde und kehrt nach 18 Jahren in der Kommunalpolitik in seinen Beruf als Polizeibeamter zurück.

Im Jahr 2000 stieg Gutzwar in die Kommunalpolitik als Finanzstadtrat von Fürstenfeld ein. 2004 wurde er vom damaligen Bürgermeister Dr. Günter Höllerl für die Nachfolge nominiert und zum Bürgermeister gewählt.



Am 31. Oktober 2018 wird Gutzwar offiziell aus dem Amt scheiden. „Es war eine private und keine leichtfertige Entscheidung.“ Als Nachfolger steht bereits der derzeitige Vizebürgermeister Franz Jost fest.

TERMINE

28-29 / März 2019

Gemeinsam handeln für eine lebenswerte Kommune

„Gemeinsam handeln für eine lebenswerte Kommune : lokale Antworten für globale Herausforderungen der digitalen Zukunft“ – unter diesem Motto findet das Kommunalwirtschaftsforum am 28. und 29. März 2019 in St. Pölten statt – unter der Schirmherrschaft von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bürgermeister Matthias Stadler.

Mehr als 200 Bürgermeister und Experten präsentieren und diskutieren ihre Strategien und Maßnahmen für die aktuellen Herausforderungen der Kommunen. Als Key Note Speaker wird Internet-Pionier Karl-Heinz Land das KWF 2019 eröffnen. Mit seinen Auftritten hat er einen wesentlichen Anteil daran, dass mittelständische Unternehmen und Kommunen damit begonnen haben, sich mit der Digitalisierung intensiv auseinanderzusetzen. Seine Thesen machen ihn streitbar, seine Erfahrung und seine Erfolge geben seiner Vision Bedeutung. Auf Youtube unter <https://goo.gl/pPGR9Z> finden Sie einen Videoauftritt von Karl-Heinz Land zum Thema „Erde 5.0 – Die Zukunft provozieren“ (das Referat beginnt ab Minute 5.40).

<https://businesscircle.at>

Ort: St. Pölten

13 / 14 / November

Glasfaser-Ausbau für Ihre Gemeinde: Praxis & Finanzierung

Bei diesem Seminar erhalten Sie einen Überblick über die Situation in Österreich insbesondere in Ihrem Bundesland. Es unterstützt Sie bei Ihrer Entscheidungsfindung für den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur in Ihrer Gemeinde. Ein gut ausgebautes Glasfasernetz mit hoher und zuverlässiger Datenübertragungsrate und guter Reichweite ist für den Standort, für Betriebsansiedlungen, sowie für die Förderung von Arbeitsplätzen, Freizeit und Tourismus unerlässlich.

So referieren Roland Benischek, Vertriebsleiter Österreich, gabo Systemtechnik GmbH, über „Der Glasfaserausbau für Gemeinden – Das Wichtigste im Überblick“ oder Harald Hoffmann, Geschäftsführer der Metadat GmbH in einem Workshop über „Finanzierung & Förderungen konkret“. Am Nachmittag sind Erfahrungswerte „aus Gemeinden für Gemeinden“ angesetzt. Dabei geht es um die Erfahrungen beim Aufbau eines Glasfasernetzes in der Gemeinde.

Für dieses Seminar sind keine Vorkenntnisse notwendig. Jeder, der sich mit dem Thema Glasfaser für seine Gemeinde beschäftigt, wird von diesem Seminar profitieren.

Die Teilnahmegebühr für Vertreter aus Gemeinden sind 250 Euro exkl. 20 Prozent Mehrwertsteuer.

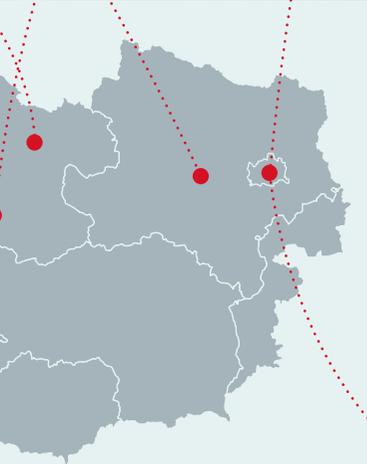
Die Termine sind am 13. November 2018 in Salzburg und am 14. November 2018 in Linz.

Nach erfolgreicher Absolvierung dieses Seminars erhalten Sie ein Teilnahmezertifikat, ausgestellt von der Fiber-Academy.

www.fiberacademy.at

Ort: Salzburg, Linz





26-27/ November

Öffentliche Beschaffung innovativ und nachhaltig gestalten

Die Konferenz „Ecovation 2018“ behandelt die Themen Nachhaltigkeit und Innovation in der öffentlichen Beschaffung und zeigt entsprechende Synergien zwischen beiden Themen sowohl auf europäischer Ebene als auch in den Mitgliedstaaten auf. Dabei wird eine große Bandbreite an Themen behandelt welche von Digitalisierung über Mobilität bis hin zu Kreislaufwirtschaft reicht. Die gemeinsam von BMDW, BMNT und BMVIT veranstaltete Konferenz richtet sich dabei an Stakeholder aus öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft.

200 nationale und internationale öffentliche Auftraggeber, Beschaffungsverantwortliche, Entscheidungsträger und Vertreter innovativer Unternehmen sowie weitere Expertinnen und Experten diskutieren zu Themen wie „Digitalisierung und Automatisierung“, „Kreislaufwirtschaft“, „Beschaffungspraxis innovativ und nachhaltig gestalten“ oder „Innovative öffentliche Beschaffung erfolgreich umsetzen“.

Vorgestellt werden auch Beispiele für die Wiederverwendung und das Recycling im Baubereich. Diese Beispiele stammen aus dem Hochbau und dem Straßenbau in Österreich. Wiederverwendet und recycelt werden sowohl Baustoffe als auch deren Komponenten. Es präsentieren ein öffentlicher Auftraggeber, ein Auftragnehmer der öffentlichen Hand und ein Verantwortlicher des Projekts Baukarussell, das auch für öffentliche Auftraggeber tätig ist.

Die Anzahl der Teilnehmenden bei der Konferenz ECOVATION 2018 ist begrenzt. Sichern Sie sich bereits jetzt Ihren Platz und melden Sie sich hier zur zweitägigen Konferenz an. Wir empfehlen die Teilnahme an beiden Konferenztagen.

14-16/ November

Ausbildung zur ÖWAV-Wildbachaufseher/in

Die Ausbildung richtet sich an jene Aufsichtsorgane von Gemeinden, Wasserverbänden, Wassergenossenschaften, Forstdiensten, Behörden, Verkehrsunternehmungen, Straßen-Erhalter und Forstbetrieben, die die regelmäßigen und laufenden Überwachungsaufgaben erfüllen müssen. Die Ausbildung ist umfassend und interdisziplinär ausgerichtet und deckt alle relevanten Inhalte in rechtlicher, technischer, ökologischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht ab, wobei das Wissen praxisnahe mit ausreichend Zeit im Gelände vermittelt wird.

www.oewav.at

Ort: Gmunden

15-16/ November

11. IFM-Kongress 2018

Der 11. Internationale Facility-Management-Kongress widmet sich heuer Themen wie „Wenn sich das Kerngeschäft durch Digitalisierung ändern, müssen sich auch die Büroinfrastruktur und die Services ändern“ oder „Digitalisierung (5G, IoT, ML, AI, Big Data, ect.) und ihr Einfluss auf Facility Services: Wie verändert 5G die Gebäudeautomation?“

https://institute.tuwien.ac.at/ifm/11_ifm_kongress_2018/

Ort: TU Wien.

<http://www.ioeb.at/en/leistungen/vernetzung-und-veranstaltungen/ecovation-2018/>

Ort: Wien, Austria Center Vienna

B

„STADT, LAND, FLUSS“ AUF ÖSTERREICHISCH

Und schon sind wir beim „B“ des österreichischen „Stadt-Land-Fluss“-Spiels. Wieder hat die Redaktion nicht unbedingt gebräuchliche Vorschläge für das bekannte Geografie-Spiel. Wenn auch Sie Vorschläge haben, mit welchen seltenen Berg- oder Ortsnamen man das Spiel gewinnen kann, mailen Sie uns: redaktion@kommunal.at

FLUSS

Der **BRAUNAUBACH** ist ein rechter Zufluss der Lainsitz in Niederösterreich und Tschechien. Der Braunaubach entwässert in die Moldau und damit in die Nordsee.



TIER

Die **BLAURAKE** (*Coracias garullus*) ist nahe am Aussterben. Sie ist ein etwa hahengroßer Vogel und wird auch Mandelkrähe genannt. Seit Ende der 1980er-Jahre erhält sich ein sehr kleiner, aber wenigstens relativ stabiler Restbestand in der Südoststeiermark, dessen Umfang aber nahe an der für ein langfristiges Überleben kritischen Mindestgröße liegt.



LAND (BEZIRK)

Der Bezirk **BRUCK-MÜRZZUSCHLAG** entstand am 1. Jänner 2013 durch Zusammenlegung der Bezirke Bruck an der Mur und Mürzzuschlag.

PERSÖNLICHKEIT

INGEBORG BACHMANN (* 1926, + 1973) war eine österreichische Schriftstellerin, die als eine der bedeutendsten deutschsprachigen Autorinnen des 20. Jahrhunderts gilt und u. a. den Roman „Malina“ (1971), den Erzählband „Das dreißigste Jahr“ (1961) sowie das Libretto zur Oper „Der Prinz von Homburg“ schrieb.



BERG

Der oder die **BLEKOWA** ist ein Gipfel der Karawanken (im Bachergebirge) und hat 1745 m Höhe. Er liegt an der Grenze zwischen Kärnten und Slowenien.

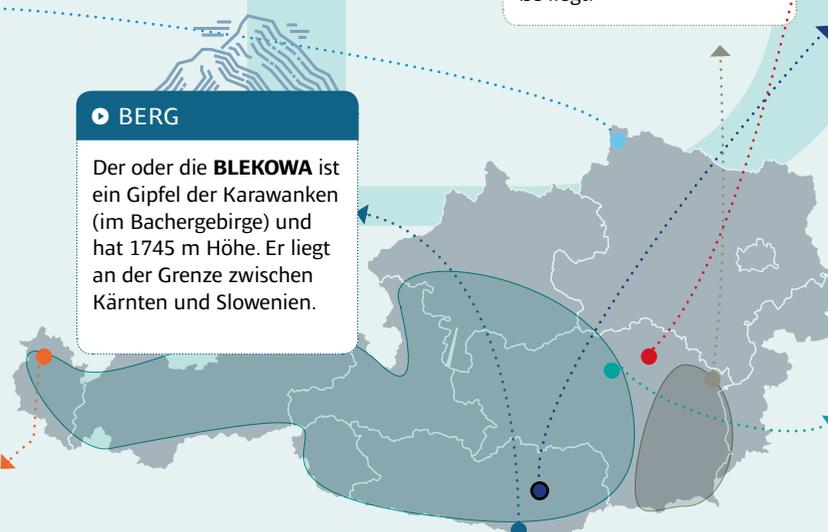
PFLANZE

Die **BÄRTIGE GLOCKENBLUME** (*Campanula barbata*) ist eine Pflanzenart der Gattung Glockenblumen und auch unter den Volksnamen Kuhglocke, Himmelsglöckle und Muttergottesglöckle bekannt. Ihr Verbreitungsgebiet reicht von den Alpen zu den östlichen Sudeten und der Tatra.



STADT/GEMEINDE

BRAND liegt im Bezirk Bludenz im Brandnertal, das zum österreichischen Rätikon gehört, auf 1037 Metern Höhe an der Alvier.



IMPRESSUM

Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zipper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elizabeth.leitner@kommunal.at oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:

<http://kommunal.at/leserservice/>



Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at

Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Daniel Kosak (BM für Nachhaltigkeit und Tourismus), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Christian

Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Mag. Brigitte Trinkl (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Zipper (Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudorf; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage KOMMUNAL: 34.963 (Halbjahresschnitt 2018)



Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichten Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

**ÖSTERREICHS GEMEINDEN
BRAUCHEN ZUVERLÄSSIGE PARTNER.
DAMALS WIE HEUTE.**



**VIelen DANK FÜR
IHREN BESUCH AUF DER
KOMMUNALEMESSE
IN DORNBIRN**

Die großen Themen der Gesellschaft werden damals wie heute vom technologischen Fortschritt getragen. Die Unternehmen der EnergieAllianz Austria, Österreichs führendem Energievertrieb für Strom und Erdgas, begleiten: 3 Landeshauptstädte, 5 Statutarstädte, 88 Stadtgemeinden, sowie 656 Gemeinden – durch die Herausforderungen der Energiewende. Mit verantwortungsvoller Preispolitik, speziellen Energieberatungen sowie 100% Ökostrom aus Österreich sind wir ein zuverlässiger Partner für unsere Kunden aus der öffentlichen Verwaltung. Die EAA vereint das unternehmerische Know-How und die über 100-jährige Erfahrung unserer Gesellschafter: ENERGIE BURGENLAND, EVN, WIEN ENERGIE

**INFO: 01 90410-0 ODER OFFICE@ENERGIEALLIANZ.AT
WWW.ENERGIEALLIANZ.COM**

ARA 360° KREISLAUF- WIRTSCHAFT FÜR ÖSTERREICH

STARTEN WIR
DIE ZUKUNFT JETZT.

Schließen wir gemeinsam den Verpackungskreislauf:
Hochwertige Sekundärrohstoffe für neue Produkte.
Nachhaltige Verpackungen durch ARA Circular Design.
Das ist 360° Kreislaufwirtschaft made in Austria.

DIE TREIBENDE KRAFT IM RECYCLING.

 ara.recycling www.ara.at

ARA 
Altstoff Recycling Austria

